

Tagungsband der CIPRA-Jahresfachtagung

25.-26. Oktober 2001

Chambéry, Kongresszentrum Le Manège, Frankreich

Die Europäische Union und die Alpen



Tagungsband der CIPRA-Jahresfachtagung

25.-26. Oktober 2001

Chambéry, Kongresszentrum « Le Manège », Frankreich

Konferenzorganisation: CIPRA-Frankreich, in Zusammenarbeit mit CIPRA-International



DIE INTERNATIONALE ALPENSCHUTZKOMMISSION

Anfang der Fünfziger Jahre beginnen die führenden nationalen Natur- und Bergschutzvereine, allen voran die Alpenvereine, sich mit den grossen Entwicklungsprojekten in den Alpen (Wasserkraftwerke und Infrastrukturen für den Tourismus) zu beschäftigen. Die IUCN (Weltnaturschutzunion) verspricht ihnen, sich für die Schaffung einer Internationalen Alpenschutzkommission einzusetzen. Am 5. Mai 1952 wird dieses Versprechen in Bayern mit der Gründung der CIPRA eingelöst.

Gründungsziel ist die Erhaltung der Lebensräume in den Alpen ohne Beeinträchtigung der Lebensbedingungen der ansässigen Bevölkerung. Somit ist die nachhaltige Entwicklung von Anfang an Teil des Programms der Organisation.

Während mehreren Jahrzehnten ist die CIPRA v.a. eine „klassische“ Umweltschutzorganisation, die je nach Bedarf punktuell tätig wird – sie verliert allerdings nie den globalen Zugang aus den Augen. Die Idee eines internationalen Abkommens für den Alpenraum, eine der Hauptmotivationen für die Gründung der CIPRA, wird weiterverfolgt und nimmt Mitte der achtziger Jahre konkrete Formen an. Seither ist die Entwicklung und darauffolgende Annahme der Alpenkonvention zu einem prioritären - wenn auch nicht zum einzigen – Ziel der CIPRA geworden, und ihr Name wird nach wie vor mit dem im Jahr 1991 unterzeichneten Text in Verbindung gebracht. Die Alpenkonvention wurde mittlerweile von allen Alpenstaaten und der Europäischen Union ratifiziert.

Die CIPRA nimmt heute als Beobachterin an den Aktivitäten der Alpenkonferenz und den von ihr geschaffenen Gremien teil.

DIE CIPRA-JAHRESFACHTAGUNGEN

Seit mehr als fünfzig Jahren organisieren die CIPRA-International und die nationalen Vertretungen eine jährliche Fachtagung.

Die Tagung dient der Vertiefung und dem Neuanstoss gemeinsamer Überlegungen zu einem der zwölf in der Alpenkonvention aufgeführten oder einem jeweils aktuellen Thema. Dieses Treffen ist ein wichtiges Ereignis, in dessen Rahmen sich nationale Vertretungen sowie ihre internationalen PartnerInnen treffen, ihre jeweiligen Standpunkte darlegen, ihre Erfahrungen austauschen, und sich eine gemeinsame Meinung bilden und diese nach aussen vertreten.

Die Organisation der Tagung obliegt abwechselnd einer der sieben nationalen Vertretungen der CIPRA. Im Jahr 2001 war Frankreich mit der Tagung der Konferenz betraut.

Die Tagungsbände beinhalten die Texte der Berichte und Vorträge sowie die Dokumentation der Ausstellung zum Thema der Tagung. Sie werden in drei bis vier Alpensprachen veröffentlicht (deutsch, französisch, italienisch, slowenisch).

IN DEN JAHREN 1997-2000 VERÖFFENTLICHTE TAGUNGSBÄNDE:

Alpen-Gemeinde-Nachhaltigkeit (1997)

Energiezukunft – Die Öffnung der Strommärkte und die Folgen für die Berggebiete (1998)

Jung sein – alt werden im Alpenraum (1999)

Alpentourismus – Ökonomische Qualität – Ökologische Qualität (2000)

Organisation der Konferenz: Dominique Caël und Bertrand Rivoal (CIPRA-Frankreich)

Moderation der Konferenz: Philippe Descamps

Verantwortung für die Veröffentlichung des Tagungsbandes: Caroline Savier

Herausgeberin: CIPRA-Frankreich

Redaktion: Caroline Savier, Thomas Fleury, Christophe Mutterlein

Die Texte geben die Meinungen der AutorInnen wieder.

Die Erstellung des Tagungsbandes erfolgte durch das Redaktionsteam. Sie basiert auf der Mitschrift der Originalvorträge (französischsprachige und deutsche RednerInnen) bzw. ihrer Dolmetschung ins Französische (italienischsprachige Redner). Die Texte wurden von den AutorInnen nicht gelesen.

Konzeption der Konferenz: René Sournia (Präsident CIPRA-Frankreich), Bertrand Rivoal, Dominique Caël,
Michel Revaz (CIPRA-International)

Korrekturlesen der französischen Texte: Caroline Savier, Emmanuelle Cleemann, Bertrand Rivoal, Michel Revaz

Übersetzung ins Deutsche und Mitschrift der deutschen Vorträge: Renate Zauner

Umschlag: CIPRA-International

Layout: Nadine Carli

Druck: Imprimerie Les Eaux-Clares, Grenoble

Unser herzlicher Dank gilt Philippe Descamps, Chefredakteur der Zeitschrift Montagnes magazine für seine hochwertige Moderationsarbeit und seine Verfügbarkeit für diese Veranstaltung.

Wir danken LOIODICE Conférence Systèmes für die Dolmetschtechnik, dem Dolmetschteam für die Simultanverdolmetschung und dem Team des Kongresszentrums Manège für den herzlichen Empfang und die Mahlzeiten.

Inhaltsverzeichnis

S. 7 – ZIELSETZUNGEN DER KONFERENZ
BERTRAND RIVOAL

S. 9 – ERÖFFNUNG UND BEGRÜSSUNG
ANDREAS WEISSEN
RENÉ SOURNIA
MICHEL BARNIER (VERLESUNG DES TEXTES DURCH RENÉ SOURNIA)
TAHAR OU-RABAH
ALAIN FOURNIER
LOUIS BESSON

S. 29 – EINFÜHRUNGEN
DIE ALPEN, EIN PRÜFSTEIN FÜR EUROPA? – CLAUDE RAFFESTIN
DIE ALPEN, EIN OBJEKT DER POLITIK? – FRANÇOISE GERBAUX

S. 39 – 1. THEMA – REGIONALENTWICKLUNG
DIE AKTIVITÄTEN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION IN BERGGEBIETEN IM RAHMEN DER
REGIONALPOLITIK – PHILIPPE KAPRIÉLIAN
DIE ALPEN UND EUROPA: DIE SITUATION VOR ORT – ENRICO BORGHI
DIE BRENNENDSTEN FRAGEN ZUR LÖSUNG DER PROBLEME IN DEN ALPEN – MANFRED

PILS
DISKUSSION

S. 73 – 2. THEMA – LANDWIRTSCHAFT
DIE LANDWIRTSCHAFTSPOLITIK DER EUROPÄISCHEN UNION IN DEN ALPEN – CLAIRE
SAUVAGET
DIE BERGLANDWIRTSCHAFT IM KONTEXT DER EU-POLITIK: LAGE VOR ORT, UMSETZUNG,
PRIORITÄRE THEMEN – ERWIN STUCKI
DIE GRUNDLAGEN EINER NACHHALTIGEN LANDWIRTSCHAFT – GÉRARD LARRIEU
NACHHALTIGE LANDWIRTSCHAFT IN DEN ALPEN: PRIORITÄTEN UND LÖSUNGSANSÄTZE –
PHILIPPE FLEURY
DISKUSSION

S. 105 – SCHLUSSANSPRACHE – FRANÇOISE GERBAUX

S. 109 – DIE AUTORINNEN UND AUTOREN

S. 115 – DIE CIPRA SETZT AKZENTE



Zielsetzungen der Konferenz

Die internationale CIPRA-Fachtagung 2001 wurde in den Jahren 2000 und 2001 vorbereitet. Wir haben uns von Beginn an das Ziel gesetzt, folgende Frage zu beantworten: Wo stehen die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den Alpen, jetzt wo acht Ausführungsprotokolle unterzeichnet sind, zehn Jahre nach der Unterzeichnung der Alpenkonvention durch die acht Alpenstaaten und die Europäische Union?

Für die CIPRA ist diese Frage von grosser Bedeutung, denn auch wenn die Neuorientierung der EU-Regionalpolitik nun eher den Prinzipien der Alpenkonvention zu entsprechen scheint, so war diese Politik doch lange Synonym für die Entwicklung von Verkehrs- oder industriellen Infrastrukturen, die nicht immer an die Rahmenbedingungen der jeweiligen Region angepasst waren.

Diese Entwicklung wirft immer noch Fragen auf: Über welche Mittel verfügt die Europäische Union, um die Prinzipien eines Textes konkreter umzusetzen, der vom Europäischen Parlament und den verschiedenen nationalen Parlamenten ratifiziert wurde? Welche Bedeutung soll sie diesem Ziel beimessen und welche Mittel soll sie einsetzen um es zu erreichen? Das sind die konkreten Fragen, die wir bei dieser Tagung ansprechen wollten.

Die EU engagiert sich bereits seit mehreren Jahren sehr stark für die Definition einer Politik der Regionen. Auch wenn im allgemeinen eine generelle Sensibilität für spezifische Gebiete (Inseln, Berggebiete usw.) spürbar ist, so ist doch die Betrachtung der Alpen als einheitlichen Raum alles andere als selbstverständlich. Dabei verfügen die Alpen mit der Alpenkonvention über einen Bezugstext und damit über einen politischen Rahmen. Er wurde von Staaten in- und ausserhalb der EU und solchen, die kurz



BERTRAND RIVOAL

CIPRA-FRANCE

vor der Mitgliedschaft stehen, geschaffen. Sie sind an der Definition einer neuen europäischen Dimension beteiligt, die unbedingt berücksichtigt werden muss. Dieses institutionelle Element, in Verbindung mit einer besonderen politischen Geschichte, machen die Alpen zu einer Region, die eine Modellrolle für andere transnationale Bergregionen spielen könnte.

Um unsere Diskussion, deren politische Tragweite in Bezug auf die Vision der Zukunft Europas offensichtlich ist, zu strukturieren, werden wir zuerst zwei Wissenschaftler zu Wort kommen lassen.

Im ersten Vortrag wird uns Claude Raffestin, Professor an der Universität Genf und Spezialist der alpinen Geographie, erklären, wie wir die Realität einer „Region Alpenraum“ verstehen oder erahnen können. Anschliessend wird Françoise Gerbaux, Forscherin am Institut für politische Studien in Grenoble, einige der für die Folgediskussion notwendigen Definitionen liefern: Berücksichtigung der Regionen in der EU-Politik, bestehende Fördersysteme, geographische und kulturelle Auswirkungen usw.

Um unser Thema konkreter diskutieren zu können und die Diskussion bestmöglich zu strukturieren, haben wir uns entschieden, anschliessend zwei zentrale Themen zu behandeln: die Regionalentwicklung und die Landwirtschaft.

Diese zwei Themen bilden heute den Schwerpunkt der Arbeit und des finanziellen Engagements der EU. Für sie werden 80% des jährlichen Haushalts der Union ausgegeben. Allerdings berücksichtigen die angewandten Strategien die Existenz des Alpenbogens nur sehr wenig und übersehen die Notwendigkeit, dort eine kohärente Schutz- und Entwicklungspolitik zu schaffen. Es sei denn, die neuen Vorgaben des Interreg IIIB-Programms schaffen hier Abhilfe...

Wir haben für jedes der zwei Themen Vorträge zu je drei Fragen vorgesehen, wobei jede Frage von Vortragenden mit unterschiedlichem beruflichen und politischen Hintergrund behandelt wird.

- Wie geht die EU vor, welche Leitlinien gibt es und welche Massnahmen sind bezüglich der Politik in den Alpen vorgesehen?
- Wie sieht die tatsächliche Situation vor Ort aus, wie steht es um die Umsetzung dieser europäischen Politik?
- Welches sind die wichtigsten Probleme in den Alpen und welche Lösungsentwürfe können umgesetzt werden?

Es war uns ein Anliegen, der Diskussion einen hohen Stellenwert einzuräumen. Die verschiedenen Vertretungen der CIPRA zeichnen sich ja gerade dadurch aus, dass sie sich auf eine grosse Anzahl von PartnerInnen – sowohl Vereine als auch Institutionen – abstützen, welche im Rahmen von Diskussionen die Entwicklung neuer Ideen und verbindenden Prinzipien zum Schutz und zur nachhaltigen Entwicklung der Alpen erarbeiten.

Genau diese Art von Diskussion wollten wir in Chambéry am 26. Oktober 2001 lancieren. Wir hoffen, dass uns dies gelungen ist.

Eröffnung und Begrüssung



Meine Damen, meine Herren, liebe Freundinnen, liebe Freunde,

Wer durch die Alpen reist, der begegnet immer wieder Slogans, die sagen: „Hier befinden Sie sich im Herzen der Alpen“. Und wenn sie die Alpenkonvention heranziehen, so ist dort in der Präambel des Rahmenvertrages von den Alpen „im Herzen Europas“ die Rede. Es haben also alle irgendwo ein Bestreben, sich in den Mittelpunkt zu stellen, ins Rampenlicht zu rücken, Aufmerksamkeit zu erhalten, ein vitales Zentrum zu sein.

Wenn wir aber die Alpen nüchtern und mit ein bisschen Distanz betrachten, stellen wir fest, dass sie so etwas wie eine zentrale Randregion, d.h. etwas Paradoxes sind.

Von der geographischen Lage her liegen die Alpen ganz klar in der Mitte Europas. Wenn wir aber die Politik, die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen betrachten, stellen wir fest, dass sie sehr oft Peripherie sind. Die wichtigen Entscheidungen fallen oft ausserhalb des Alpenraums, in den Hauptstädten oder auch in Brüssel und in Strassburg.

Im Alpenraum erleben wir heute ein hohes Mass an Verstädterung. Zwei Drittel der alpinen Bevölkerung leben in urbanen Agglomerationen. Und wenn wir uns mit den wirtschaftlichen Aktivitäten beschäftigen, stellen wir fest, dass viele davon nicht besonders angepasst sind und sicherlich nicht die Etikette der Nachhaltigkeit verdienen. Ein aktuelles Beispiel ist der alpenquerende Verkehr. Hier gelten die Alpen nur als lästige Barriere, die möglichst rasch durchstoßen und überwunden werden muss. Tragische Unfälle wie am Montblanc oder gestern am Gotthard zeigen, wie störungsanfällig diese Aktivitäten sind.



ANDREAS WEISSEN

PRÄSIDENT VON CIPRA-
INTERNATIONAL



Viele reagieren auf solche Unfälle mit dem Ruf nach neuen Strassen: „Wir brauchen möglichst viele Strassenachsen, für möglichst viele Lastwagen“, heisst es da, oder „Wir brauchen zusätzliche Tunnels“. Doch Strassenausbauten sind keine Lösung, weil neue Strassen mehr Verkehr, mehr Lastwagen, mehr Unfälle und mehr Risiken nach sich ziehen.

Wir brauchen in der Verkehrspolitik und ganz allgemein in der Alpenpolitik einen anderen, respektvollen Umgang mit den Ressourcen, der Landschaft und den Menschen, die in diesen Regionen leben. Wir brauchen eine Stärkung umweltfreundlicher Verkehrsmittel und v.a. auch eine Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Es macht keinen Sinn, wenn durch Alpentunnels Evian-Mineralwasser von Frankreich nach Italien und San Pellegrino-Mineralwasser von Italien nach Frankreich transportiert wird.

Wer genauer hinschaut, entdeckt, dass die Alpen ein Frühwarnsystem sind. Hier zeigen sich in einem sensiblen Raum die Folgen von ökonomischen Fehlentwicklungen oder politischen Fehlentscheiden früher als andernorts. Und wir alle, ob wir nun in den Alpen leben oder nicht, sind aufgefordert, Schlüsse daraus zu ziehen und daran zu arbeiten, dass unsere Aktivitäten im Alpenraum wirklich nachhaltig, wirklich zukunftsfähig werden.

Seit 1991 besteht die Alpenkonvention. Seit 1995 ist sie in Kraft. Zu den Vertragsstaaten zählen vier gewichtige Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und vier Nicht-Mitgliedsstaaten, von denen sich einzelne, wie Slowenien, um die Mitgliedschaft bemühen. Und auch die Europäische Union ist Vertragspartner der Alpenkonvention.

Die Alpenkonvention liefert auch ein bestechendes Konzept für die Zusammenarbeit innerhalb einer Region. Mit diesem Vertrag wird das vielbeschworene Europa der Regionen ganz konkret. Es wird nicht mehr eine leere Formel bleiben, die von gewissen Politikern dazu missbraucht wird, Vorteile oder Privilegien zu verteidigen. Obwohl die Alpenkonvention im europäischen oder auch im weltweiten Kontext einmalig ist, überrascht das laue Engagement der Europäischen Union. Wir müssen feststellen, dass die VertreterInnen der Europäischen Union bei Treffen der Organe der Alpenkonvention, dem ständigen Ausschuss und der Alpenkonferenz der UmweltministerInnen, in der Regel mit Abwesenheit glänzen.

Die CIPRA hat aufgrund ihrer jüngsten Erfahrung einen Brief an die federführende EU-Kommissarin Margot Wallström gesandt. Wir haben sie gefragt, warum die EU nicht zu Alpenkonventionstreffen kommt, wie beispielsweise zu jenem Anfang September in Aosta. Und wir haben zur Antwort bekommen, dass die Europäische Kommission die Alpenkonvention zwar als sehr wichtig und sehr wertvoll erachtet, aber leider personell nicht in der Lage ist, an diesen Sitzungen teilzunehmen.

Für uns, für die CIPRA, ist das nicht eine Frage des Personals, sondern eine Frage der Prioritäten. Und hier werden Prioritäten eindeutig falsch gesetzt.

Wir müssen daran erinnern, dass die nachhaltige Entwicklung seit dem Vertrag von Amsterdam in der EU eine gewichtige Rolle einnimmt. Auch wurde beschlossen, dass Fragen des Umweltschutzes und des ressourcenschonenden Umgangs mit dem Reichtum in allen sektoralen Politiken Einfluss nehmen sollen. Wenn wir aber näher hinsehen, so stellen wir fest, dass in einem nivellierten Binnenmarkt kaum auf unterschiedliche Entwicklungsvoraussetzungen oder unterschiedliche Dynamiken Rücksicht genommen wird. Mit der Förderpolitik der EU wird darüber entschieden, ob es im Alpenraum mehr oder weniger Nachhaltigkeit gibt, mehr oder weniger Biodiversität und Landschaft – Landschaft auch verstanden als vielfältige Kulturlandschaft – ob es mehr oder weniger Einkommen gibt und qualifizierte Arbeitsplätze.

Wenn man die Budgets betrachtet, so hat die EU-Politik v.a. in zwei Bereichen grosse

Auswirkungen: in der Landwirtschaft und in der Raumentwicklung. Im Jahr 2001 sind für die Landwirtschaft stolze 48 Milliarden Euro vorgesehen, für die Raumentwicklung 20 Milliarden und für den Umweltschutz 0,17 Milliarden. Dies zeigt ganz klar auf, wo Einfluss genommen wird, und die beiden Aspekte Landwirtschaft und Raumentwicklung sind für das zukünftige Gesicht des Alpenraums sehr wichtig.

Ich möchte hier die These für diese Tagung aufstellen, von der ich hoffe, dass sie eine Hypothese ist, die morgen widerlegt werden kann: „Die europäische Politik ist wenig alpenfreundlich, sowohl in den Bereichen Landwirtschaft und Raumentwicklung, als auch insgesamt. Sie ist wenig an die Bedürfnisse im Alpenraum angepasst und nimmt wenig Rücksicht auf die besonderen ökologischen und ökonomischen Verhältnisse. Ich erinnere daran, dass im Bergwaldprotokoll oder auch im Protokoll Landwirtschaft steht, dass wir eine Landwirtschaftspolitik bzw. eine Forstpolitik brauchen, die auf die besonderen Bedingungen im Alpenraum Rücksicht nimmt. Die Protokolle verweisen auch auf Multifunktionalität, weil sowohl Forstwirtschaft als auch Landwirtschaft im Alpenraum eine ganze Reihe von Funktionen erfüllen, die in einem vollständig liberalisierten oder neoliberalisierten Markt keine Entgeltung finden.

Was können, was sollen wir tun? Wir können nicht darauf warten, dass die Europäische Union eine Alpenpolitik formuliert. Wir im Alpenraum müssen selber aktiv werden, und zwar alle AkteurInnen. Man kann es in Abwandlung eines Bibelwortes so sagen: „Wenn die EU nicht zum Berg kommt, muss halt der Berg zur EU gehen“ .

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich möchte zuerst all jenen aufrichtig danken, die das Zustandekommen dieser Konferenz ermöglicht haben, sei es durch finanzielle oder andere Beiträge. Ohne sie wäre diese Konferenz unter der doppelten Schirmherrschaft von Michel Barnier, EU-Kommissar und Bürger unserer Region Hochsavoyen, und Yves Cochet, Minister für Raumplanung und Umwelt, nicht möglich gewesen.

Mein Dank gilt auch Anne-Maire Comparini, Präsidentin der Region Rhône-Alpes und Michel Vauzelle, Präsident der Region Provence-Alpes Côte d'Azur sowie Hervé Gaymard, Präsident des Parlaments des Departements Savoyen, jener Region, in der die CIPRA heute zu Gast ist. Schliesslich möchte ich auch Louis Besson danken, ehemaliger Minister und Bürgermeister von Chambéry, der uns in seiner wundervollen historischen Stadt willkommen heisst, deren Besichtigung ich allen jenen, die sie noch nicht kennen, nur ans Herz legen kann. Sie ist einen Umweg wert, wie man so schön sagt.

Erlauben sie mir, nach diesen hochrangigen Persönlichkeiten auch zwei zentralen Personen zu danken, ohne die diese Konferenz der CIPRA über die Europäische Union und die Alpen nicht möglich gewesen wäre: Dominique Caël und Bertrand Rivoal.

Ich möchte nun auf die zwei Themen dieser Konferenz eingehen: die europäischen Regionalfonds und die Landwirtschaft.

Die CIPRA setzt sich , mittels der Alpenkonvention für eine nachhaltige Entwicklung ein, wie ihr Präsident Andreas Weissen uns soeben in Erinnerung gerufen hat. Der französische Umweltminister Yves Cochet hat bei der Einsetzung des französischen Pilotausschusses für das Internationale Jahr der Berge – eines Ausschusses, in dem auch die CIPRA mitarbeitet – im letzten Juli präzisiert, dass



RENÉ SOURNIA
PRÄSIDENT VON CIPRA-
FRANKREICH

die Alpen der Prüfstein für die nachhaltige Entwicklung in Europa sein sollten.

Wir sind der Meinung, dass die Regionalfonds mittels der Raumplanung mehr in Richtung Qualität sowie harmonische und nachhaltige Entwicklung für zukünftige Generationen orientiert sein sollten.

Wenn wir in den Alpen reisen (in Südtirol, im Wallis, im Aostatal oder auch im französischen Alpenraum), so sehen wir, wie verstädtert die grossen Täler und wie durchlöchert die Landschaften sind.

Wenn wir z.B. den von Genf über Annecy nach Grenoble verlaufenden französischen Alpenabschnitt betrachten – in dessen Herzen wir uns hier in Chambéry befinden –, so stellen wir fest, dass dort fast alle Naturräume verschwunden sind. Dasselbe gilt für das französische Arvetal zwischen Genf und Chamonix und auch für die Ufer des Genfer Sees, sowohl auf Schweizer als auch auf französischer Seite.

Eine vor kurzem durchgeführte Studie des Parlaments des Departements Hochsavoyens zeigt auf, dass dieses Departement bei einer Fortdauer der derzeitigen Entwicklung in 15 Jahren weder über landwirtschaftlichen Boden noch über Baugrund verfügen wird. Dies ist ein langfristiges Warnsignal sowohl aus ökologischer als auch aus ökonomischer Sicht.

Es bedarf also dringend grosser Anstrengungen, und zwar gemeinsam mit der EU genauso wie mit kleinsten Gemeinden, um so jener Entwicklung Einhalt zu gebieten, die die Täler in immer mehr Verkehr jeglicher Art ersticken lässt. Der Kampf gegen die Wiederöffnung des Montblanc-Tunnels ist im Übrigen das Symbol des Scheideweges, an dem wir angelangt sind: Wie lange und wohin werden wir diesen Weg noch weitergehen? Wollen wir nicht eine andere, sanftere, menschlichere Richtung einschlagen?

Wollen wir, dass sich die Städte langsam aber sicher in die Berge ausbreiten?

Müssen wir nicht dafür kämpfen, dass wieder ein Gleichgewicht zugunsten der Gebirge geschaffen wird, um so zu verhindern, dass diese zu einem reinen Rückzugsraum für gestresste StädterInnen werden, wo diese aufatmen, sich erholen und austoben?

Die Städte entziehen den Gebirgen ihre Vitalität: Sie locken die Jugend in die Täler. Wie aber soll die Jugend Lust haben, in den Bergdörfern zu bleiben, wenn es weder ein Minimum an öffentlichen Diensten (Schule, Post, Verkehrsmittel...), noch Geschäfte, noch Landwirtschaftsbetriebe gibt?

Möchten wir, dass unsere Gebirge zu einem riesigen Brachland werden, gespickt mit Aufstiegshilfen, durchzogen von Mountainbike- oder anderen Wegen und seit neuestem auch Abenteuerparks (wobei das Wort Abenteuer eigentlich unter Anführungszeichen gesetzt werden sollte), umgeben von zunehmend überhand nehmenden Wäldern.

Oder wollen wir die Erhaltung und die Ausweitung einer ganzjährigen Besiedelung ermöglichen, in deren Zentrum die LandwirtInnen stehen – Produzentinnen von Qualitätsprodukten, Förster und Gärtnerinnen.

Die Berglandwirtschaft ist unentbehrlich. An ihr führt kein Weg vorbei. Ohne sie wird das Brachland die Oberhand gewinnen, der Tourismus wird sich in andere sterile Zielorte ergiesen und die Gebirge werden sich weiter leeren.

Daher möchten wir, dass die EU-Regionalpolitik und die Regionalfonds der Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen Berg und Tal dienen und dass die europäische Landwirtschaftspolitik wirklich Hilfestellung für Qualität leistet und nicht für Pasteurisierung.

Die Touristen und die Städterinnen lechzen nach Qualität und sind bereit, einen entsprechenden Preis dafür zu zahlen. Das kommt allen zugute. Natürlich sollten wir nicht alles auf die Mono-Industrie Tourismus setzen. Wir müssen auch eine grössere wirtschaftliche Diversifizierung anstreben (Handwerk, neue Informationstechnologien, Telearbeit...).

Dieser kurze Abriss der zwei Konferenzthemen mag manchen zu karikaturistisch und provokativ erscheinen; wenn er aber zu reichhaltigen und konstruktiven Vorträgen und Debatten in gegenseitigem Zuhören und Verstehen und zu Vorschlagsansätzen in Richtung des langfristigen Allgemeinwohls führt, dann hat diese Konferenz der CIPRA vielleicht ihr Ziel erreicht.

Sehr geehrter Herr Präsident,

Sie haben die Freundlichkeit gehabt, mich zur CIPRA-Jahresfachtagung am 25. und 26. Oktober einzuladen. Dafür möchte ich Ihnen meinen Dank aussprechen. Leider ist es mir aufgrund eines aussergewöhnlich gefüllten Terminkalenders nicht möglich, Ihrer Einladung Folge zu leisten, was ich sehr bedaure. Ich möchte dennoch erneut meiner Unterstützung Ausdruck verleihen und in Erinnerung rufen welches Interesse ich den Bergregionen seit vielen Jahren entgegenbringe.

Neben meinen savoyardischen Wurzeln haben mich sieben Jahre an der Spitze des Parlaments des Departements Savoyen in der Überzeugung gestärkt, dass Aktivitäten zugunsten von Berggebieten nur dann wirklich wirksam sein können, wenn sie auf verschiedenen Ebenen verankert sind: auf lokaler Ebene, weil natürlich lokale Akteurinnen, Politiker, Vereine oder Bürgerinnen besser mit der Situation vor Ort vertraut sind; aber auch auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Ich möchte die Politik der EU herausstreichen, die dann voll zur Geltung kommt, wenn es darum geht, alle Berggebiete in Europa einzubeziehen, die verschiedenen Aktivitäten zu koordinieren, um so lokale und regionale Initiativen zu unterstützen oder darum, einen politischen Aktionsrahmen zu definieren.

Aus diesem Grund hat die Europäische Kommission Massnahmen zur Unterstützung von besonders benachteiligten Gebieten, wie z.B. den Berggebieten, ergriffen. Die gemeinsame Regionalpolitik, die – das möchte ich Ihnen in Erinnerung rufen – ein Drittel des Haushalts der EU ausmacht, berücksichtigt die Besonderheiten der

MICHEL BARNIER

EU-KOMMISSAR FÜR

REGIONALPOLITIK UND DIE

REFORM DER INSTITUTIONEN

(VERLESUNG DES TEXTES DURCH

RENÉ SOURNIA)



Berggebiete. So erhalten mehr als 95% der europäischen Berggebiete Beihilfen für ihre Entwicklung oder sozioökonomische Umstellung. Ausserdem werden Programme zur länderübergreifenden Zusammenarbeit umgesetzt, um den Austausch zwischen verschiedenen Gebieten zu erleichtern und gemeinsame Aktivitäten zu entwickeln, wie z.B. in den Bereichen umweltfreundlicher Verkehr, Tourismus, Ausbildung, Schutz von regionalen Qualitätsprodukten usw..

Eines dieser Programme ist das INTERREG-Programm „Alpenraum“, das neben den französischen Regionen Rhône-Alpes, Provence-Alpes-Côte d’Azur und Franche-Comté alle alpinen Regionen Deutschlands, Italiens, Österreichs sowie der Schweiz, Liechtensteins und Sloweniens umfasst. Ich bin überzeugt, dass Bergregionen mit einer Zusammenarbeit, die über nationale Grenzen hinausreicht, nur gewinnen können. Dies ist eine der Hauptbotschaften, die ich Ihnen mit diesem Text übermitteln möchte.

Die Kommission hat im Januar 2001 den zweiten Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in Europa angenommen. In ihm wird der Weg für die Zukunft der europäischen Regionalpolitik vorgezeichnet. Es wird unter anderem vorgeschlagen, der harmonischen Entwicklung der Gebiete mit ständigen natürlichen Nachteilen – wie z.B. den Berggebieten – grösseres Augenmerk zu schenken. Dieser Vorschlag steht nun also zur Diskussion.

Ich möchte Ihnen schliesslich ankündigen, dass ich die Absicht habe, gemeinsam mit meinem Kollegen Franz Fischler, dem Verantwortlichen für die Landwirtschaftspolitik, in der zweiten Jahreshälfte des Jahres 2002 anlässlich des internationalen Jahres der Berge ein europäisches Symposium zu organisieren. Dieses Symposium wird eine Reihe von vor Ort tätigen Akteurinnen mit regionalen, nationalen und europäischen Entscheidungsträgern zusammenbringen und es ermöglichen, aus wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Sicht über die Situation der Berggebiete in Europa Bilanz zu ziehen.

Ich bin überzeugt, dass die Debatten im Rahmen ihrer Jahresfachtagung fruchtbar sein werden und wünsche Ihnen, dass sie es Ihnen erlauben, die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen den Bergregionen zu unterstreichen.

Ich möchte abschliessend noch einmal mein Interesse für diese Fragestellung bekräftigen und wünsche Ihnen einen erfolgreichen Verlauf ihrer wichtigen Tagung.

Christiane Barret war am Eröffnungstag verhindert. Ihre Botschaft wurde durch Tahar Ou-Rabah verlesen, der Referent für internationale Angelegenheiten ist und schwerpunktmässig die Alpenkonvention betreut.

Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Präsidenten der Regional- und Departementalparlamente, sehr geehrte Volksvertreter, sehr geehrte Präsidenten der CIPRA, sehr geehrte Direktorinnen und Direktoren, sehr geehrte Damen und Herren, Die Konferenz, die sie hier in Chambéry abhalten, ist in meinen Augen in zweierlei Hinsicht von besonderer Bedeutung.

Sie findet zu einem Zeitpunkt statt, an dem sich die Unterzeichnung der Alpenkonvention zum zehnten Mal jährt. Ausserdem bezieht sie die VertreterInnen der Europäischen Union, die Vertragspartei der Alpenkonvention ist, direkt mit ein. Das ist ja eine der Besonderheiten dieses internationalen Vertrags.

Sie wollen sich in Ihren Überlegungen auf zwei Hauptachsen konzentrieren: die Regionalentwicklung und die Landwirtschaft. Ich werde es den Fachleuten überlassen, Ihnen zu helfen, die Hauptaktivitäten zu analysieren, die Herausforderungen zu verstehen und zukünftige Lösungsansätze ins Auge zu fassen, die mit Hilfe der europäischen Institutionen umgesetzt werden müssen.

Ich möchte hier nicht im Detail auf die Besonderheiten von Berggebieten eingehen, das überlasse ich den Fachleuten. Gebirge bedecken 19,5% des europäischen Raums und 25% des französischen Staatsgebiets. Sie sind schon seit jeher durch eine grosse Anzahl natürlicher Benachteiligungen gekennzeichnet (Klima, Seehöhe, Abgeschiedenheit und Naturgefahren). Darauf wurde und wird mit einer Politik reagiert, die auf einer Entschädigung



TAHAR OU-RABAH

FRANZÖSISCHES MINISTERIUM
FÜR RAUMPLANUNG UND UMWELT

IN VERTRETUNG VON:

CHRISTIANE BARRET

DIREKTORIN

NATUR UND LANDSCHAFT



der Benachteiligungen basiert und die im Rahmen der nationalen Solidarität umgesetzt wurde. Heute ist das Bild der Berge ein dynamischeres geworden. Die Gebirge sind Gebiete, die Klimaänderungen widerspiegeln und besondere Ökosysteme mit seltenen oder endemischen Arten beherbergen. Sie bieten uns auch nachhaltige Entwicklungsmodelle, die von ihren BewohnerInnen bei ihrer Anpassung an die besonderen Bedingungen der Berggebiete entwickelt wurden. Sie sind eine wahrhafte Herausforderung in Bezug auf den Schutz der Biodiversität. Ist es überhaupt notwendig, in Erinnerung zu rufen, dass sich 60% der Lebensräume des französischen Inventars der Natura 2000-Gebiete (Gebiete von faunistischem oder floristischem Interesse laut Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie) in Berggebieten befinden?

Die Berggebiete spielen eine wichtige Rolle für die Vermeidung von Naturkatastrophen und die Erhaltung der natürlichen Ressourcen, wie z.B. dem Wasser. Ihre landwirtschaftliche Nutzung trägt zur Landschaftserhaltung und zur Produktion von Qualitätsprodukten bei durch Markenprodukte oder geschützte Ursprungsbezeichnungen. Auch finden sich dort Wälder, die eine Vielzahl von Funktionen erfüllen (Produktion, Schutz, Rückzugsraum). Die Berggebiete sind schliesslich auch Gebiete von grossem touristischen Interesse: Sie bieten zwei Saisonen, eine Vielfalt verschiedenster Landschaften sowie Freizeit-, Sport- und Kulturaktivitäten.

Als Grenzraum sind die französischen Berggebiete auch ein Raum europäischer und internationaler Zusammenarbeit insbesondere im Bereich des Artenschutzes. Aus all diesen Gründen müssen sie Gegenstand eines neuen Vertrages mit der Gesellschaft werden. In unserem Zuständigkeitsbereich (Natur- und Landschaftsschutz) wurden mehrere hierauf abzielende Aktionswege vorgeschlagen.

Frankreich hat erstens die Empfehlung zu den Berggebieten, die beim zweiten Weltnaturkongress der Weltnaturschutzunion IUCN in Jordanien verabschiedet wurde, angenommen und engagiert sich im Ratifikationsprozess der Protokolle der Alpenkonvention. Unser Land liefert eine wertvolle Unterstützung für die Betreuung des Netzwerks Alpiner Schutzgebiete, einer Koordinationsstelle für die Verantwortlichen der Schutzgebietsverwaltungen. Frankreich könnte zur Schaffung eines ähnlichen Netzwerkes in den Karpaten beitragen.

Zweitens hat die UNO – wie Ihnen sicherlich bekannt ist – auf Initiative Kirgistans und mit Unterstützung Frankreichs das Jahr 2002 zum Jahr der Berge erklärt. Dieses zielt darauf ab, die besonderen Herausforderungen der Berggebiete zu beleuchten; insbesondere ihre Entwicklung, ihren Schutz und ihre Besiedlung. Die zahlreichen in diesem Zusammenhang ergriffenen Initiativen werden zu einer besseren Berücksichtigung des Lebens in Berggebieten beitragen.

Drittens erscheint es mir zentral, dass die Europäische Union ihren Teil zur Umsetzung einer ehrgeizigen Berggebietspolitik beiträgt.

Ich möchte schliesslich, viertens, die Rolle der NutzerInnen der Berggebiete und der sie vertretenden Vereine ansprechen: Es wäre nützlich, wenn diese mit Politikern, Parkdirektoren, Leitern von Tourismusorten, Landwirtinnen oder Wirtschaftstreibenden zusammenarbeiten.

Es ist mir eine Freude, dass Sie bei den Diskussionen der nächsten beiden Tage, zu den wichtigen Themen Regionalwirtschaft und Landwirtschaft auf die wertvolle Zusammenarbeit mit VertreterInnen der Europäischen Kommission zählen können. Ich wünsche Ihnen bei Ihren Arbeiten viel Erfolg.

Guten Abend sehr geehrte Präsidenten, sehr geehrter Vertreter des Ministeriums für Raumplanung und Umwelt, sehr geehrte Damen und Herren,

Ich möchte Sie zuallererst bitten, die Präsidentin des Regionalparlaments, Anne-Marie Comparini, zu entschuldigen. Sie ist wegen einer heute stattfindenden Plenumsitzung des Regionalparlaments verhindert. Es ist mir eine grosse Freude hier zu sein, nicht nur als Bewohner der Region Rhône-Alpes und in meiner Funktion innerhalb des Regionalparlaments, sondern auch als Vizebürgermeister von Chamonix und Präsident des Gemeindeverbands des Montblanc-Gebietes.

Ich möchte einleitend kurz auf unsere Region und ihre Position zu Berggebieten eingehen. Die Region Rhône-Alpes ist eine grosse Region, deren Landschaft und Wirtschaft durch Industrialisierung, Tourismus und Landwirtschaft gekennzeichnet sind. Letztere konzentriert sich auf die Viehzucht und die Entwicklung von Markenprodukten (insbesondere die Käsesorten Beaufort und Reblochon).

Das Regionalparlament Rhône-Alpes verfolgt keine spezifische „Bergpolitik“. Es wird aber im Rahmen einer auf Verträgen basierenden Politik aktiv, um Initiativen für die lokale Entwicklung und die Aufwertung von Berggebietsregionen zu begleiten (globale Entwicklungsverträge, regionale Naturparks, Almverträge, touristische Verträge, Flussverträge...). Die Region wird in den nächsten sechs Jahren fast 152 Millionen Euro für derartige Aktivitäten investieren. Dies zeigt den Willen des Regionalparlaments auf, die Berggebiete als Gebiete von zentraler ökologischer und wirtschaftlicher



ALAIN FOURNIER
VIZEPRÄSIDENT DES
REGIONALPARLAMENTS RHÔNE-
ALPES, VERKEHRSREFERENT

IN VERTRETUNG VON
ANNE-MARIE COMPARINI
PRÄSIDENTIN DER REGION
RHÔNE-ALPES



Bedeutung zu betrachten, welche Zeugen der Umsetzung wirklich nachhaltiger Politik sind.

Ausserdem messen wir der europäischen Dimension ihrer Konferenz grosse Bedeutung bei. Wir möchten die Region Rhône-Alpes gegenüber dem Rest Europas und unseren benachbarten Partner- und Grenzregionen im In- und Ausland öffnen. Die Region arbeitet teils federführend in Gremien mit, die Berggebiete zusammenführen. Ein Beispiel ist die Arbeitsgemeinschaft der Westalpen, die COTRAO¹. Die Initiative „Espace Mont Blanc“ („Mont-Blanc-Raum“), in welcher Gemeinden des Mont-Blanc-Gebietes in Savoyen und Hochsavoyen, im Aostatal und im Wallis institutionell zusammenarbeiten, wird vom Regionalparlament bei ihren Aktivitäten zur Entwicklung eines Tourismus unterstützt, der sich auf das Entdecken des Natur- und Kulturerbes oder den Schutz von Naturräumen, Tieren und Pflanzen abstützt. Die Region Rhône-Alpes war schliesslich im Rahmen einer Partnerschaft mit dem französischen Staat an der Vorbereitung und Umsetzung der EU-Programme INTERREG III und LEADER beteiligt, die grossteils Berggebiete betreffen.

Die Alpen stehen heute vor gemeinsamen Herausforderungen: Wie können die geographischen Barrieren und diejenigen rechtlichen, administrativen und steuerlichen Hindernisse abgebaut werden, welche den Austausch verlangsamten? Wie können sowohl die Probleme und Bestrebungen der Bevölkerung der Alpentäler als auch jene der Agglomerationen berücksichtigt werden? Das Regionalparlament arbeitet gemeinsam mit dem französischen Staat, den europäischen Regierungen und allen ihren PartnerInnen unentwegt an Lösungen für diese Problemstellungen.

Angesichts der grossen Gefährdung von Mensch, Umwelt und der nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung durch den wachsenden Schwerverkehr bedarf es einer alpenweiten Koordination der Verkehrspolitik. Die Region Rhône-Alpes hat in diesem Zusammenhang soeben eine Motion mit sechs Punkten verabschiedet, in der ein Abkommen gefordert wird, das die betroffenen Staaten, Gebietskörperschaften und wirtschaftlichen Akteure zusammenbringt, um die bereits getroffenen dringlichen Massnahmen zur Organisation des alpenquerenden Güterverkehrs voranzutreiben (Modernisierung des Bahngüterverkehrs, Rollende Landstrasse, Bau der Eisenbahnhochgeschwindigkeitsstrecke Lyon-Turin...).

Ich bin also gespalten zwischen der Befriedigung über das Engagement des Regionalparlaments in der Verkehrsproblematik und der tiefen Trauer über den verheerenden Tunnelbrand in unserem Nachbarland Schweiz vor wenigen Tagen. Ich hoffe, dass die Region im Rahmen des Austauschs mit den Vereinen, den ökonomischen Akteuren und den restlichen Vertreterinnen der Politik zur Definition einer europäischen Politik für den Alpenbogen beitragen kann.

Man sagt manchmal, dass Berge Wasser scheiden und Menschen zusammenbringen. Ich hoffe, dass Ihre Konferenz zur Definition von konkreten und operationellen Elementen für die Alpenpolitik und für die Erhaltung unserer Regionen beiträgt.

Ich danke Ihnen.

¹ Die im Jahre 1982 gegründete Arbeitsgemeinschaft für die Westalpen (COTRAO) ist ein Verein, der durch ein Verständigungsprotokoll zwischen Frankreich, Italien und der Schweiz einen rechtlichen Rahmen erhielt. Ihre Aufgaben umfassen den Informationsaustausch und die Koordinierung von Lösungen für Probleme, die für die beteiligten Kantone und Regionen von gemeinsamem Interesse sind.

Sehr geehrte Präsidenten, sehr geehrte Damen und Herren,

Ich möchte Sie zuallererst herzlich an dieser Konferenz willkommen heissen.

Ich freue mich, dass ein Vertreter der Stadt Chambéry unter Ihnen weilt: Henri Dupassieux ist Referent für nachhaltige Entwicklung und mit der CIPRA sicherlich bestens vertraut, weil die Ziele, die vor 50 Jahren innerhalb weniger Monate festgelegt wurden zum Verwechseln jenen Empfehlungen gleichen, die seit dem Gipfel von Rio den Namen nachhaltige Entwicklung tragen. Sie hatten den Wunsch, die Anforderungen der ansässigen Bevölkerung sowohl mit den wirtschaftlichen Notwendigkeiten als auch mit dem Schutz des Massivs, für das Sie sich einsetzen, in Einklang zu bringen. Ich werde versuchen, einige der Probleme, mit denen Sie sich beschäftigen, zu illustrieren.

Ich möchte als Erstes auf die Verkehrspolitik eingehen. Der LKW-Verkehr ist heute zwanzig Mal höher als vor 21 Jahren. Die alpenquerenden Korridore sind aufgrund der Sicherheitsrisiken und der steigenden Luftverschmutzung störungsanfällig. Dies hat uns dazu bewegt, grosse Anstrengungen im Bahnbereich zu unternehmen. Auch wenn der erste Bahntunnel in Frankreich gebaut wurde (Fréjus, 1871), so hat doch die Schweiz die grössten Anstrengungen unternommen. Als ich in Frankreich vor wenigen Jahren vorübergehend für den Verkehrsbereich verantwortlich war, habe ich gesehen, dass unser Land es zwar schaffte, seine Autobahnen zu finanzieren, es ihm aber nicht gelang, die notwendigen Geldmittel für die Realisierung von Bahnprojekten zu finden.



LOUIS BESSON
BÜRGERMEISTER VON CHAMBÉRY

Die Unterzeichnerstaaten des Verkehrsprotokolls der Alpenkonvention haben sich dazu verpflichtet, der Verlagerung des Güterverkehrs auf die Bahn Vorrang zu geben. Italien hatte Vorbehalte in Bezug auf die sich anhäufenden Pflichten, Österreich hingegen war entschlossen in die Richtung des Rahmenübereinkommens zu gehen. Frankreich hingegen blieb in der Debatte bis 1997 völlig stumm. Der Verkehr ist schliesslich alles andere als eine Priorität für die Europäische Union, die lange Zeit nur einen kleinen Teil ihres Haushalts für Infrastrukturen verwendet hat. Um diese verschiedenen Probleme zu beheben, hat die EU am 12. September 2001 das Weissbuch „Die Europäische Verkehrspolitik“¹ verabschiedet.

Ab 2004 und insbesondere 2005 wird das „multimodale Alpenzentrum“ (pôle multimodal alpin) in Frankreich eine zentrale Stellung einnehmen. Heute werden Basistunnels gegenüber Scheiteltunneln oder Passstrecken bevorzugt, weil sie es ermöglichen, Berggebiete in der Ebene zu durchqueren und gleichzeitig die Landschaft zu erhalten. Der Schadstoffausstoss kann durch die Abwicklung des Verkehrs auf der Schiene auf ein Minimum reduziert werden. Das multimodale Alpenzentrum sollte es ermöglichen, die Tunnels unter den französischen Bergmassiven Belledonne und Chartreuse zu finanzieren.

Der Präsident hat in seinen einführenden Worten auch die Entwicklung der Bautätigkeiten und der Verstädterung angesprochen und zwar insbesondere im französischen Alpenraum. Diese Frage lässt sich nicht allein mit Gesetzen regeln, sondern es müssen auch Verhaltensweisen und Gepflogenheiten der gesamten Bevölkerung berücksichtigt werden. Die Agglomeration Chambéry, die sehr viel Raum beansprucht, ist ein illustratives Beispiel für die Problematik der Verstädterung der Täler. Angesichts dieser Sachlage müssen wir die Zukunft mit neuen Werkzeugen gestalten, wie z.B. dem französischen Gesetz für Solidarität und Stadterneuerung (loi SRU²) und den Schemata für räumliche Kohärenz (SCOT³), die den Gebietskörperschaften und der Bevölkerung zur Verfügung stehen. Bis dato gab es in Frankreich bei der Erstellung städtebaulicher Dokumente keine Anhörungsverfahren. Beispiele dafür sind die Leitlinien für die städtische Entwicklung (Schémas Directeur d'Aménagement Urbain), die lokalen Wohnbauprogramme (Programmes Locaux de l'Habitat), die Pläne für städtische Verkehrssysteme (Plans de Déplacements Urbains) und die

¹ Ziel des EU-Weissbuchs „Die Europäische Verkehrspolitik“ ist eine Neuorientierung der europäischen Verkehrspolitik in den nächsten 10 Jahren mit Bezug auf die Wünsche und Bedürfnisse der BürgerInnen.
Quelle: http://europa.eu.int/comm/energy_transport/de/lb_de.html

² Das Gesetz für Solidarität und Stadterneuerung (loi SRU) wurde am 13. Dezember 2000 veröffentlicht. Das Besondere an diesem Gesetzestext ist, dass er sowohl den Bereich Städtebau als auch die Bereiche Wohnbau und Verkehr behandelt.

³ Oberstes Ziel der Schemata für räumliche Kohärenz (SCOT) ist, dass die PolitikerInnen gemeinsam die Entwicklung städtischer Gebiete definieren. Die Stadterneuerung gewinnt nach und nach mehr Bedeutung als die Ausdehnung in die Peripherie, und die neuen Schemata zielen darauf ab, die verschiedenen Planungsebenen miteinander zu vernetzen.
Quelle: <http://www.equipement.gouv.fr/>

Schemata für die Entwicklung des Handels (Schémas de Développement Commercial), welche Dokumente für Fachleute blieben und sich letztendlich nur stapelten. Durch das Gesetz für städtische Solidarität und Erneuerung werden sich die BürgerInnen bei der Ausarbeitung aller Dokumente im Rahmen einer Anhörung einbringen können. Angesichts der wachsenden Verstädterung haben jene Kommunen, die über keinen Flächennutzungsplan verfügten, die Regeln der beschränkten baulichen Nutzbarkeit des Bodens angewendet. Nun kann mittels der Schemata für räumliche Koheränz das von der städtebaulichen Dynamik betroffene Gebiet definiert werden.

Schliesslich wirft die Periurbanisierungsbewegung, durch die sich entlegene ländliche Gebiete leeren, das Problem der regionalen Entwicklung auf. Wenn man eine Bilanz des Berggesetzes (loi montagne⁴) zieht, so zeigt sich, dass es notwendig ist, in den ländlichen Gebieten das Potential des jeweiligen Gebiets zu identifizieren und zu versuchen es auszu-schöpfen, insbesondere durch gemeindeübergreifende Zusammenarbeit. Dies ist ein Muss für den Erfolg jeglichen Regionalentwicklungsprojekts. Eine Diversifizierung der Aktivitäten kann eine positive Dynamik schaffen und die demographische Entwicklung umkehren. Dies wird durch Beispiele aus Savoyen belegt.

Ich wünsche Ihnen, dass Ihre Tagung Gelegenheit zu regem Austausch, vielfältigen Wortmeldungen und bereichernden Vorschlägen bietet, damit die CIPRA ihren fünfzigsten Geburtstag mit der Überzeugung feiern kann, dass sie von Nutzen war und dies auch weiterhin sein wird.

Danke.

⁴ Das am 9. Januar 1985 veröffentlichte Berggesetz (loi Montagne) erkennt die Besonderheit eines Raumes sowie der Raumordnungs- und Schutzmassnahmen für diesen Raum an. Es definiert Berggebiete als Zonen in denen schwierigere Lebensbedingungen herrschen. Damit wird z.B. die Ausübung gewisser wirtschaftlicher Aktivitäten eingeschränkt, u.a. aufgrund der Seehöhe, der klimatischen Bedingungen und der Topographie. Es handelt sich um ein Raumordnungs- und Städteplanungsgesetz, das darauf abzielt, der Bevölkerung der Berggebiete zu ermöglichen, in ihren Regionen zu leben und zu arbeiten sowie die bestehenden natürlichen, wirtschaftlichen und sozialen Hindernisse zu überwinden.
Quelle: http://www.associations-patrimoine.org/fnassem/pdf/Loi_Montagne.pdf

Die Europäische Union und die Alpen

Einführungen



Die Alpen, ein Prüfstein für Europa?

DIE ALPEN, EIN PRÜFSTEIN FÜR EUROPA?

Die Alpen sind ein Prüfstein für Europa. Natürlich sind sie auch ein Prüfstein für die EU, aber ich bin doch gezwungen zu sagen: für Europa. Auch, wenn ich als Schweizer nicht in der EU bin, so habe ich doch das Gefühl, in Europa zu sein!

In Bezug auf die Alpen klingt mir noch immer ein Satz eines meiner Professoren in den Ohren: „Sehr geehrte Herren, sie haben zwei Vaterländer, ihr eigenes und die Alpen“. Ich bin mir nicht sicher, ob wir damals den tieferen Sinn seiner Bemerkung verstanden haben, da uns natürlich die Geschichtskultur fehlte, die notwendig gewesen wäre, um sie richtig einzuordnen. Im Laufe der Zeit bin ich mir bei der Vertiefung seiner Aussage bewusst geworden, dass wir sehr wohl zwei Vaterländer haben, unser eigenes und die Alpen.

DIE ALPEN, EIN ÖFFENTLICHES GUT

Europa besitzt einen gemeinsamen Alpenmythos. Dieser ist v.a. seit dem 17. Jahrhundert entstanden, im 18. Jahrhundert gewachsen und hat im 19. Jahrhundert beträchtliche Bedeutung erlangt. Warum?

Die Gebirge haben in früheren Zeiten v.a. Furcht eingeflösst. Sie waren das Bild der Unordnung und des Chaos, dem der Mensch ein geordnetes System gegenüberzustellen hatte, um so den göttlichen Plan zu erfüllen. Es gibt eine Reihe von Texten, die zeigen, dass der Alpenmythos alles durchdrungen hat. Ausserdem sind die Alpen auch deshalb ein Prüfstein für Europa, weil sie ein Labor für den gesamten Kontinent darstellen. Die Alpen sind ein öffentliches Gut, weil sie ein



CLAUDE RAFFESTIN

DOKTOR DER

WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN,

ORDENTLICHER PROFESSOR AN DER

UNIVERSITÄT GENÈVE IN DER DISZIPLIN

„STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG“

seltene und empfindliche Güter sind. Der Roman „Der Zauberberg“ von Thomas Mann, der kurz vor dem 1. Weltkrieg spielt, fasst das Europa an diesem mythischen Ort Alpen gut zusammen.

DIE ALPEN, EIN SCHWIERIG ZU FASSENDEN OBJEKT

Die Alpen sind ein Grenzland im Sinne der amerikanischen Besiedlungsgeschichte. Das heißt, sie sind keine Grenze, die sich verschiebt, sondern ein innerer Marsch, der nicht nur eine räumliche, sondern auch eine zeitliche Komponente hat. Trotz der immer wieder neuen Versuche, die Alpen zu verstehen, sind sie vielleicht das am schwersten zu verstehende Objekt. Die Alpen sind etwas Besonderes. Wir haben Schwierigkeiten, sie zu rekonstruieren. Das nährt natürlich den Mythos.

Warum? Weil die Alpen ein Mosaik von Ökosystemen sind, die genauso vielfältig wie empfindlich sind und welche ihre Besonderheit eben genau dem Faktum verdanken, dass sich die Alpen auf einem Breitengrad befinden, der durch die Seehöhe stark korrigiert wird. Sie weisen sowohl Elemente der mediterranen als auch der polaren Welt auf. Die Alpen sind also voller Überraschungen. Aber sie sind nicht sehr reich, und daher haben sich im Laufe der Geschichte v.a. interne und nicht so sehr externe Machthaber für sie interessiert. Letztere waren nur an ihrer Überquerung interessiert, und dies seit Augustus im 1. Jahrhundert. Dann haben die Nutzung der Wasserkraft und die Stromerzeugung Ende des 19. Jahrhunderts die Alpen aufgewertet und zur Ansiedlung der Elektrochemie und der Elektrometallurgie geführt. Seit den fünfziger Jahren haben sich Tourismusorte entwickelt, die einen späten Reichtum in einen sehr armen Raum gebracht haben. Bei all diesen Prozessen spielte das Umweltbewusstsein praktisch keine Rolle.

SPÄTER EINZUG DES UMWELTBEWUSSTSEINS: DIE ALPENKONVENTION

Das Umweltbewusstsein hat in den Alpen erst spät Einzug gehalten, weil die Alpenregionen in den betroffenen Ländern mit Ausnahme von Österreich und der Schweiz Randgebiete sind. Daher wurden Bergpolitiken erst verspätet umgesetzt, insbesondere als sich die Notwendigkeit der Alpenquerung aufdrängte.

Mit der Alpenkonvention versuchte man den Alpen vor etwas mehr als 10 Jahren – in durchaus lobenswerter Absicht – eine Sonderstellung als Lebensraum und unabdingbarem Zufluchtsraum für bedrohte Tier- und Pflanzenarten einzuräumen. Durch die Alpenkonvention wurden die Alpen mittels einer Absichtserklärung zu einem öffentlichen Gut: Belgien und Holland haben eine Grenze mit den Alpen gemeinsam, was beweist, dass wir zwei Vaterländer haben. Worin aber begründet sich das Interesse der EU an den Alpen? Es handelt sich um ein altes Interesse an der Querung der Alpen, das Interesse an der Erschließung von Nord- und Südeuropa. Es handelt sich hierbei um ein durchaus lobenswertes Unterfangen. Aber ich glaube nicht, dass es notwendig ist, dieses Interesse hinter anderen, ebenfalls lobenswerten Bestrebungen zu verstecken, die nicht einmal in Ansätzen umgesetzt wurden.

Es genügt hierzu, das Problem der kulturellen und sozialen Identität der Alpenbevölkerung aufzuwerfen, auf das sich die Alpenkonvention bezieht. Es gibt keine Alpenbevölkerung, die

spezifische demographische Merkmale aufweist. Ausserdem gibt es nicht eine Alpenkultur, sondern mehrere Alpenkulturen. Das ist genau der Grund dafür, dass die Alpen ein öffentliches Gut sind und dass der durch sie entstandene Mythos alle EuropäerInnen zum Träumen bringt. Lassen Sie mich Klartext reden: Die Alpen können nicht auf Absichtserklärungen reduziert werden, sondern bestehen v.a. aus einem ganz realen Bündel von Problemen und umzusetzenden Projekten. Die Erklärung der Alpen zum öffentlichen Gut ist daher ein wahrer Prüfstein für Europa.

Nachdem die Alpen durch die Alpenkonvention zum öffentlichen Gut wurden, gab es von Seiten gewisser alpiner Bevölkerungsgruppen eine Gegenreaktion, weil sie fanden, dass man sie etwas übereilt enteigne. Das erinnert mich an ein historisches Ereignis: Als General Dufour zwischen 1833 und 1865 nach wissenschaftlichen Methoden die Karte der Schweiz anfertigte, eine der ersten modernen Karten, stellte er fest, dass die Topographen in den Berggebieten auf grösste Schwierigkeiten stossen. Warum? Weil die Bergbevölkerung die Arbeit der Topographen als eine symbolische Enteignung ihres Lebensraums empfand. Wir müssen daher vermeiden, dass wir durch in bester Absicht abgegebene Erklärungen der Alpenbevölkerung das Gefühl vermitteln, dass sie enteignet wird. Sie ist es, die entscheiden und in diese Richtung handeln muss. Man kann Menschen nichts bewusst machen, indem man es ihnen von oben aufzwingt; so etwas muss von unten kommen.

DIE BESONDERHEITEN DER ALPEN IM EUROPA VON MORGEN

Die Alpenbevölkerung ist beunruhigt, v.a. weil sie heute vor einem riesigen Problem steht: dem Klimawandel, der das Weiterbestehen des Tourismus in der klassischen Form gefährdet. Es muss daher über andere Formen des Tourismus und über alternative Aktivitäten nachgedacht werden, und die EU muss aufzeigen, dass sie fähig ist, den Alpen zu helfen. In diese Überlegungen müssen alle verfügbaren Mittel einbezogen werden, moderne Kommunikationstechnologien inbegriffen. Zu diesem Zweck werde ich jetzt ein sehr schmerzliches Kapitel der Geschichte der Alpen ansprechen.

Die Alpen sind für den Informationsfluss kein Hindernis. Das heisst, dass die Alpenbevölkerung der restlichen Bevölkerung Europas völlig gleichgestellt ist. Sie kann auf alle verfügbaren Kommunikationsmittel zugreifen und sie weiss sie sehr gut zu nutzen. Ausserdem ist die Alpenbevölkerung im Bereich der Wissenschaft eine hervorragende Informationsproduzentin und -verkäuferin, insbesondere für den Rest Europas. Die Alpen stellen also heute aus Sicht der Information kein Hindernis mehr dar. Im Zeitalter, in dem die Information sich mit der Geschwindigkeit der Menschen weiterverbreitete, war dies allerdings nicht der Fall. Jetzt gibt es zumindest diesen unbestreitbaren Vorteil.

Was also muss zur Rettung der Alpen getan werden? Ihre Bewohnbarkeit ist ein grundlegendes Problem.

Sie betrifft 12 Millionen Menschen in einem Berggürtel, der sich über eine Länge von 1.200 km und auf einer Fläche von 180.000 km² erstreckt, mit einer zu 60% städtischen Bevölkerung. Etwa 66-70% der Arbeitsplätze sind in eben jenen Städten, wobei sich die grossen Städte v.a. am Rand der Alpen befinden. Um die Bewohnbarkeit der Alpen zu retten, muss die Mobilität von Personen und Waren angegangen werden.

Die Schliessung des Montblanc-Tunnels aufgrund des uns allen bekannten tragischen Unfalls und die Schliessung des Gotthardtunnels aufgrund des Unfalls vor wenigen Tagen zeigen klar

die Unfallrisiken auf, die in Strassentunnels bestehen. Diese Unfälle sind natürlich vom Verkehr abhängig. Dieses Problem hat sich seit 28 Jahren von Tag zu Tag verschlimmert. An einer internationalen Konferenz vom 4.-9. Oktober 1973, die von der Region Lombardei in Mailand organisiert wurde, sagte Leo Files, Direktor für Strassenbau des Landes Tirol zum Abschluss der Tagung folgendes: „[...] Es ist an der Zeit, dass wir jetzt auch zur Tat schreiten. (...) Denn sonst könnte es (...) wirklich so sein, dass sich im Jahre 2000 in den Alpen eine Verkehrskatastrophe anbahnt“. Wir befinden uns im Jahr 2001 und die heutige Generation der 20-30jährigen kann uns zu Recht beschuldigen. Wir haben nichts gemacht, und die Verlagerung auf die Bahn wurde nicht umgesetzt, ausser zum Teil in der Schweiz.

Strassentunnel sind nicht nur gefährlich, sie sind auch aus Sicht des Energieverbrauchs problematisch. Die Benutzung der Strasse ist aus energetischer Sicht viermal teurer als jene der Bahn. Dennoch wurde die Mobilität von Personen und Waren in den Alpen vernachlässigt und ist gefährlich geworden. Dabei ist sie eine der Hauptbedingungen für die Bewohnbarkeit der Alpen.

In den Bereichen Telekommunikation, Kommunikation und Information wurden die nötigen Schritte unternommen. Im Bereich der Mobilität der Menschen ist nichts passiert. Ich spreche hier nicht von der vertikalen Mobilität, die heute natürlich nicht mehr denselben Sinn hat wie früher. Das Paar Bewohnbarkeit-Mobilität beinhaltet eine umfassende Mobilität, die Grundlage der nachhaltigen Entwicklung ist. Die nachhaltige Entwicklung beinhaltet insbesondere das Erreichen der Unabhängigkeit eines Gebietes. Unabhängigkeit heisst, zufällige Beziehungen mit jeglichem Punkt des Gebietes möglich zu machen und nicht, wie oft geglaubt wird, dass nichts geändert werden soll. Wir müssen in Richtung einer Vergrösserung dieser Unabhängigkeit gehen.

Seit 28 Jahren hat sich die Unabhängigkeit der Alpen verringert, weil wir nicht mehr über die Mobilität von früher verfügen. Das heisst unter anderem, dass sich die Vielfalt, der Reichtum der natürlichen Ökosysteme und die Biodiversität verringert haben, dies im Übrigen unabhängig von Veränderungen der klimatischen Faktoren. Wir haben so sehr auf empfindliche Ökosysteme eingewirkt, dass die geringsten Klimaveränderungen nun extreme Auswirkungen haben. Denken Sie daran, was im letzten Herbst im Wallis und im Piemont passiert ist. Es mussten unzählige Brücken neu aufgebaut werden, insbesondere in der Provinz Turin und im Aostatal. Wir stehen hier vor einem sehr dringenden Problem: Wo ist die europäische Solidarität in Bezug auf alpine Ökosysteme? Ich sage nicht, dass sie nicht existiert, aber sie zeichnet sich jedenfalls durch sehr grosse Zurückhaltung aus. Wir können den Dingen weiter ihren Lauf lassen, was im Endeffekt im Grunde wahrscheinlich zur Zerstörung der Grundlagen der Existenz der Alpen, d.h. sogar des Alpenmythos führen würde.

Wir müssen in den Alpen enorme Anstrengungen zur Änderung der alpinen Systeme unternehmen, die von einer Reihe von Veränderungen bedroht sind und diese so modifizieren, dass ihre Unabhängigkeit erhalten wird. Das heisst dass wir die Beziehungen erhalten müssen, die wir zu ihnen haben können. Das kann aber nur in zwei Wörtern Ausdruck finden: Bewohnbarkeit und Mobilität.

Die Bewohnbarkeit ist bedroht, weil die Menschheit nicht viel Weisheit zeigt, und die Mobilität ist bedroht, weil es heute ein beträchtliches Verkehrsaufkommen gibt und nur sehr wenige Anstrengungen unternommen werden, um diese Mobilität auf akzeptable Weise zu steigern. Sie wissen aber, dass diese Mobilität und diese Bewohnbarkeit die Grundbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung der Alpen sind. Auf sie werde ich hier nicht eingehen werden, das überlasse ich Anderen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Die Alpen, ein Objekt der Politik?

WAS MACHT DIE BERGGEBIETE IM ALLGEMEINEN UND DIE ALPEN IM BESONDEREN ZU EINEM OBJEKT DER POLITIK?

Um auf diese Fragestellung zu antworten, ist es angebracht, die öffentliche bzw. staatliche Politik zu diskutieren und aufzuzeigen, wie komplex heute ihre Umsetzung angesichts der Gesamtheit der Entwicklungen seit einem Jahrhundert ist.

Die Berggebiete sind im Allgemeinen seit Ende des 19. Jahrhunderts Gegenstand öffentlicher Interventionen. Die ersten Aktivitäten betrafen den Schutz der Böden und der Wälder. Durch die intensive Nutzung der Almen und die Beweidung wurden die Wälder zurückgedrängt, Böden destabilisiert und damit u.a. Überschwemmungen in den Ebenen ausgelöst.

Diese Bewirtschaftung warf für die Bevölkerung der Ebenen in allen europäischen Ländern gewisse Probleme auf, v.a. im Alpenraum. Die staatliche Verwaltung für Wasser und Wald in Frankreich hat hier eingegriffen und die Nutzung der Berggebiete reguliert. So wurden gewisse Waldzonen unter Schutz gestellt, man organisierte den Schutz der Almen und setzte nach und nach eine Politik zum Schutz der Natur um. Frankreich, Italien und die Schweiz sind im Wesentlichen diesem Schema gefolgt. Die Gebirge wurden durch die Idee des Schutzes der Böden zum Wohl aller zum Gegenstand gesellschaftlicher Interventionen.

Da Ebene und Gebirgszonen voneinander abhängig waren, konnte die Erhaltung des Gebirgsraums nicht mehr als reine Aufgabe der einheimischen Bevölkerung angesehen werden, sondern als Aufgabe der Gesamtbevölkerung.



FRANÇOISE GERBAUX

PROFESSORIN AM INSTITUT FÜR
POLITISCHE STUDIEN IN
GRENOBLE



Bis zum Ende des zweiten Weltkrieges haben sich nach und nach sektorale Politiken herausgebildet, die alle parallel zueinander funktionierten und deren Akteure sich absolut nicht bewusst waren, dass sie sich gegenseitig widersprachen, zumindest nicht in Frankreich. Das ist ein Schulbeispiel für die Organisation der politischen Intervention im Neo-Korporatismus: Es wurden bei verschiedenen staatlichen Interventionen – in Landwirtschaft, Tourismus und Naturschutz – im Interesse von Verbänden der Zivilgesellschaft Massnahmen ergriffen und sektorale politische Massnahmen umgesetzt, ohne die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Bereichen zu berücksichtigen.

Dieses Schema verlief in allen Alpenländern nach demselben Muster. Dann wurde die Europäische Union durch die Verabschiedung sektoraler Gemeinschaftspolitiken in den Berggebieten aktiv, und die Bedeutung der Staaten ging zurück. Das beste Beispiel dafür ist die gemeinsame Agrarpolitik (GAP).

DIE SEKTORALEN POLITIKEN: EIN HANDLUNGSMODELL, DAS VON DEN ALPEN IN FRAGE GESTELLT WIRD

Dieses Handlungsmodell wurde aus mehreren, sehr unterschiedlichen Gründen in Frage gestellt.

Zuallererst kam es zu einer Diversifikation der Wirtschaft der Bergregionen; zahlreiche Gebiete sind nicht mehr „benachteiligt, abgelegen oder peripher“, gewisse Zonen können keine Erstattung der Benachteiligungen mehr einfordern. Der Alpenraum ist Zeugnis dieser Entwicklungen.

Auch wurden die lokalen Körperschaften in eine Reihe von Verantwortungsbereichen, wie z.B. Raumordnungsfragen, miteinbezogen. Die nicht koordinierten sektoralen Eingriffe in den Bereichen Landwirtschaft, Tourismus, Wald, Verkehr und Umwelt begannen sich zu widersprechen, wurden ineffizient und verschlimmerten die Nutzungskonflikte in den Berggebieten. Durch diese Inkohärenz sind die Gebirge in den zentralistischen oder föderalistischen Staaten erneut zu einem politischen Thema bzw. einem Thema der öffentlichen Politik geworden.

In den 70er Jahren wurden sich die lokalen Behörden und die Gebietskörperschaften bewusst, dass man nicht mehr sektoral, sondern sektor- und ministerienübergreifend vorgehen und die Abhängigkeiten zwischen Stadt und Land, dem touristischen Sektor und dem Naturschutz-Forst-Landwirtschaftssektor berücksichtigen sollte.

Es entstanden nach und nach in allen Ländern Politiken, die einzelne Gebiete bzw. Regionen als Ganzes betrachten, um so sowohl die Abhängigkeiten zwischen den einzelnen Sektoren als auch die Nutzungskonflikte, die durch die Gesamtheit der Entwicklung zahlreicher Sektoren – Tourismus, Landwirtschaft, Umwelt, Verkehr usw. – entstanden waren, zu berücksichtigen.

Die touristische Entwicklung ermöglichte eine wirtschaftlich tragfähige Entwicklung, auch wenn gewisse Aspekte aus Umweltsicht strittig sind. Das steigende Umweltbewusstsein hat diese Räume aufgrund der realen und v.a. symbolischen Bedeutung der natürlichen Lebensräume in den Gebirgen zu sehr wichtigen Gegenständen der Politik gemacht. Dies

wird durch die Alpenkonvention bezeugt.

Ein wirtschaftlicher Zugang zu diesen Regionen innerhalb der neuen Rahmenbedingungen einer 15 Mitgliedsstaaten zählenden EU verändert die Wahrnehmung ihres Platzes im europäischen Raum. Die betroffenen Regionen sind Verbindungsräume und Schnittstellen zwischen europäischen Ländern. Das raumplanerische Ziel in diesen Regionen kann nicht mehr länger als wirtschaftliche und soziale Integration von peripheren Regionen bzw. Randregionen definiert werden. Ihre geo-wirtschaftliche Rolle als Verkehrswege machen sie zu wichtigen Regionen für Europa. Die Beziehungen zwischen der Stadt und den Bergen haben sich weiterentwickelt. Die Probleme der Regionalentwicklung und das Prinzip der Subsidiarität müssen berücksichtigt werden. Die öffentlichen Interventionen der EU werden derzeit überarbeitet, um jene Ziele einzuhalten, die sie sich gesetzt hat: wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt und europäische Raumordnung.

„Gebietsbezogene“ bzw. „regionale“ Interventionen treten an die Stelle sektoraler Interventionen. Es kommt also zu einer Regionalisierung der Aktivitäten der EU, und die Alpen sind das bemerkenswerteste Beispiel dafür. Die öffentliche Politik ist komplexer geworden, weil diese Regionalisierung nicht selbstverständlich ist. Die Räume sind keine Randgebiete mehr, weder aus wirtschaftlicher noch aus geo-wirtschaftlicher noch aus Umweltsicht. Sie muss sowohl die wirklichen Trümpfe und die Rolle dieses Raumes als auch die verschiedenen Regierungsebenen berücksichtigen – die lokale, regionale und subregionale.

Die Europäische Union und die Alpen

1. THEMA

Regionalentwicklung



Die Aktivitäten der Europäischen Kommission

in Berggebieten
im Rahmen der
Regionalpolitik

DER EUROPÄISCHE FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG (EFRE)

Die Regionalpolitik der Kommission nahm im Jahr 1975 mit der Gründung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) ihren Anfang. Dessen Haushalt, so wie ganz allgemein jener der Politik für wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, ist ziemlich bedeutend: Er macht ein Drittel des Haushalts der EU aus. Das ist der zweitgrösste Ausgabeposten nach der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), es stehen also beträchtliche Mittel für die Regionalpolitik zur Verfügung. Sie belaufen sich für den Zeitraum 2000-2006 auf eine Gesamtsumme von 213 Milliarden Euro, die in den Regionen ausgegeben werden. Die Interventionen des EFRE zeichnen sich durch ihre Ausrichtung auf bestimmte geographische Regionen aus. Sie zielen darauf ab, das Gefälle zwischen und innerhalb der Regionen zu verringern.

Die Interventionen sind nach prioritären Zielen geordnet:

- Ziel 1 betrifft Regionen mit Entwicklungsrückstand.
- Ziel 2 betrifft Regionen mit Problemen bei der wirtschaftlichen und sozialen Umstellung und zwar sowohl in ländlichen als auch in industriellen Gebieten. Solche Regionen finden sich im Alpenraum in den vier Mitgliedsstaaten der EU: Frankreich, Italien, Deutschland und Österreich.

Im Zeitraum 2000-2006 erhalten 95% der Berggebiete EU-Gelder aus den Fonds der Regionalpolitik, sei es als Ziel-1- oder als Ziel-2-Gebiete. Das ist im Vergleich zu anderen Gebieten der EU, wie Küsten oder Inseln, doch recht beträchtlich.

Die Mehrheit der Verwaltungseinheiten, die Berggebiete



PHILIPPE KAPRIELIAN

MITGLIED DES
KOORDINATIONSDIENSTES DER
GENERALDIREKTION
REGIONALPOLITIK – EUROPÄISCHE
KOMMISSION



umfassen, haben spezifische Massnahmen für letztere ergriffen. Ausserdem entscheidet die Europäische Kommission weder über die Prioritäten der Massnahmen, die für eine bestimmte Region ergriffen werden noch über die zu finanzierenden Projekte. Sie schlägt nur einen Aktionsrahmen vor, d.h. ein Programm mit EU-Prioritäten, wie z.B. Umweltschutz, öffentliches Beschaffungswesen, Ausrichtungen im Verkehrsbereich, Gleichstellung usw. Innerhalb dieses Rahmens wählen die Regionen die Prioritäten für ihre Aktivitäten, ihre Massnahmen und die konkreten Projekte, die sich daraus ergeben. So werden z.B. in der Region Rhône-Alpes mit einem Programm für Ziel-2-Gebiete Projekte finanziert werden, welche die Region speziell zur Förderung der Berggebiete auswählt. Bei diesen Aktivitäten kann es sich sowohl um den Schutz von Naturräumen als auch um die Bekämpfung der Abwanderung aus ländlichen Berggebieten oder die Entwicklung von nachhaltigen lokalen Verkehrssystemen handeln.

Die Regionalpolitik ist sektorübergreifend, d.h. nicht sektoral ausgerichtet; sie berücksichtigt alle Gegebenheiten und alle Handlungsmöglichkeiten einer Region. Im Fall der Region Provence-Alpes-Côte d'Azur enthält das Programm eine spezielle Massnahme zur Entwicklung der französischen Südalpen. Bei den Aktivitäten handelt es sich um die Renovierung erhaltenswerter öffentlicher Bauten, die Absicherung und Erhaltung von Gebirgswegen, Hilfestellung bei der Einhaltung der Normen (sehr wichtig, weil dies auch andere Gemeinschaftspolitiken betrifft), die Modernisierung der Aktivitäten im Handels- und Handwerksbereich, die Renovierung von Schutzhütten, einen Plan für die Neulancierung der Kultivierung von Lavendel usw.

Neben den speziell auf die Berggebiete zugeschnittenen Massnahmen umfassen alle Programme auch allgemeinere Massnahmen, die auch Berggebiete betreffen, selbst wenn sie nicht speziell auf diese ausgerichtet sind. So z.B. Massnahmen für die Entwicklung des Tourismus.

EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG (EFRE)

ZIELE

Es handelt sich um ein Finanzierungsinstrument der Europäischen Union, das auf die Reduzierung des regionalen Gefälles und eine ausgewogene Entwicklung der europäischen Regionen durch die Vergabe von Subventionen an lokale AkteurInnen im Rahmen von Entwicklungsprogrammen ausgerichtet ist. Diese werden von der EU, den Mitgliedsstaaten und den Gebietskörperschaften gemeinsam erarbeitet.

Der EFRE ist einer der vier Strukturfonds der EU, die anderen drei Fonds tragen in anderen Sektoren ebenfalls zur ausgewogenen Entwicklung der verschiedenen Regionen der EU bei: Europäischer Sozialfonds (ESF), Europäischer Ausgleichs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL), Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (FIAP).

UNTERSTÜTZTE AKTIVITÄTEN

DIE HAUPTENTWICKLUNGSACHSEN IM RAHMEN DER EINHEITLICHEN PROGRAMMPLANUNGSDOKUMENTE (EPPD) SIND:

Produktive Investitionen zur Schaffung oder Erhaltung von dauerhaften Arbeitsplätzen;

Unterstützung von lokalen Entwicklungsinitiativen, insbesondere für Klein- und Mittelbetriebe: Verbesserung der Dienstleistungen für Klein- und Mittelbetriebe (Management, Forschung), Entwicklung des Technologietransfers, Verbesserung des Zugangs der Unternehmen zu Finanzmitteln, Weiterbildung;

Förderung der Forschung, der technologischen Entwicklung und der Innovation;

Umweltschutz;

Unterstützung von Infrastrukturen im Bildungs- und Gesundheitsbereich (nur Ziel 1: Gebiete mit Entwicklungsrückstand);

Stadtsanierung sowie touristische und kulturelle Entwicklung;

Stärkung der mit der Regionalentwicklung verbundenen Infrastrukturen zur:

- Erhöhung des Wirtschaftspotentials, insbesondere durch die Verkehrs-, Energie und Kommunikationsnetze;
- Umstellung und Modernisierung von Industrieräumen durch ein Dienstleistungsangebot für Unternehmen;
- Revitalisierung von ländlichen Zonen oder von der Fischerei abhängigen Zonen.

GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN:

Der EFRE dient auch der Finanzierung der Gemeinschaftsinitiative INTERREG (überregionale und transnationale Zusammenarbeit) und der Initiative URBAN (wirtschaftliche und soziale Wiederbelebung von krisenbetroffenen Städten und Stadtvierteln).

INNOVATIVE AKTIVITÄTEN UND TECHNISCHE HILFESTELLUNG:

Ermöglichen die Erforschung neuer Ausrichtungen der Regionalpolitik.

HAUSHALT

Die finanzielle Beteiligung der EU beläuft sich auf höchstens 75% der Kosten der in den Ziel 1-Gebieten entwickelten Projekte, auf 50% der Projektkosten in Ziel 2-Gebieten und auf reduzierte Anteile (maximal 15-35%) für Investitionen in Unternehmen.

INFORMATIONSQUELLEN

Europäische Kommission, Generaldirektion für Regionalpolitik:

http://europa.eu.int/comm/regional_policy/index_de.htm

Inforegio: http://europa.eu.int/comm/regional_policy/index_de.htm

Aktuelles und praktische Informationen:

<http://www.mercure-europe.org/>

Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 über die allgemeinen Bestimmungen zu den Strukturfonds, EUR-OP, Verlagshaus der Europäischen Union, 42 Seiten, Amtsblatt L16 vom 26.6.1999.

Verordnung (EG) Nr. 1261/1999 des Europäischen Parlaments und des Rats vom 21. Juni 1999

über den Europäischen Fonds für Regionalentwicklung, EUR-OP, Verlagshaus der Europäischen Union, 5 Seiten, Amtsblatt L161 vom 26.6.1999.

NÜTZLICHE ADRESSEN IN BRÜSSEL

EFRE – Europäische Kommission – Generaldirektion für Regionalpolitik

200 rue de la Loi - B- 1049 Brüssel - Tel.: 00.322.295.15.31 - Fax: 00.322.296.43.15

Kontakt: M. Bernard Lange

http://www.europa.eu.int/comm/regional_policy/index_de.htm

Verfasser: Sources d'Europe, französisches Zentrum für Informationen über die EU

Aktualisierung am 30. Januar 2001

Quelle: <http://www.info-europe.fr/europe.web/document.dir/fich.dir/qr0009>

DAS INTERREG-PROGRAMM

Parallel zu den speziell auf Regionen ausgerichteten Programmen hat die Kommission vor etwa fünfzehn Jahren ein transnationales und grenzüberschreitendes Zusammenarbeitsprogramm geschaffen, das einen wirklichen europäischen Mehrwert darstellt. Der Zeitraum 2000-2006 stellt die dritte Phase dieses INTERREG III-Programms dar, sein Haushalt beläuft sich auf etwa 4,8 Milliarden Euro. Das Programm hat drei Ausrichtungen: grenzüberschreitend, transnational und überregional.

Die grenzüberschreitende Ausrichtung betrifft unmittelbar aneinandergrenzende Gebiete. So sind zum Beispiel im französisch-italienischen Programm die französischen Grenzdepartements (Savoyen und Hochsavoyen) und die gegenüberliegenden italienischen Provinzen erfasst, wobei die zentrale Berggebietszone sowie die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Berggebieten der zwei Länder Vorrang geniessen. Dieses Programm wurde von der EU für einen 7-Jahres-Zeitraum mit 63 Millionen Euro ausgestattet, und die Prioritäten für die Interventionen wurden auf regionaler bzw. subregionaler Ebene festgelegt. Die Festlegung der umzusetzenden Massnahmen obliegt nicht der Europäischen Kommission. Die drei hauptsächlich durchzuführenden bzw. bereits in Durchführung begriffenen Massnahmen sind:

- Schutz des Gebietes, insbesondere gegen Naturgefahren,
- Stärkung der regionalen Identität,
- wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit.

Die wichtigste Ausrichtung in Bezug auf die Finanzmittel und die Konzeptionsebene ist die transnationale. Sie betrifft geographische Räume grösserer Ausdehnung, insgesamt wurden innerhalb der EU 13 Räume homogenen Charakters definiert.

Der Alpenraum ist einer der Räume, innerhalb derer ein INTERREG-Programm umgesetzt wird. Es umfasst alle Alpenregionen der vier betroffenen Mitgliedsstaaten sowie die Schweiz, Liechtenstein und Slowenien, die nicht von EU-Hilfen wie dem EFRE profitieren, weil mit diesen nur Interventionen innerhalb der EU finanziert werden.

Dieses Programm ist für den Zeitraum 2000-2006 mit einer Gesamtsumme von 125 Millionen Euro ausgestattet, davon kommen 58 Millionen aus dem EFRE.

Das Programm zielt vor allem auf die wirtschaftliche Diversifizierung, nachhaltige Verkehrssysteme, die Erhaltung der Umwelt und die Verhütung von Naturkatastrophen (regionale und für gewisse Länder nationale Ebene) ab. Im INTERREG IIIB-Programm für den Alpenraum sind die verschiedenen Behörden jedes Landes integriert, und es besteht ein ständiger Dialog zwischen den verschiedenen AnsprechpartnerInnen.

EIN EUROPÄISCHER MEHRWERT

Das INTERREG IIIB-Programm stellt einen europäischen Mehrwert dar und hatte aus mehreren Gründen mit Startschwierigkeiten zu kämpfen. Erstens, weil es sich nicht um einen sektoralen, sondern um einen gebietsbezogenen Zugang handelt. Sowohl die Mitgliedsstaaten als auch die Nicht-Mitgliedsstaaten der EU haben meist einen sektoralen Zugang zu den Berggebieten gewählt. Sie müssen sich anpassen und sektorübergreifende Projekte umsetzen. Ausserdem ist für manche Mitgliedsstaaten, insbesondere für Frankreich, die

Zusammenarbeit nicht selbstverständlich, sei es auf regionaler oder auf nationaler Ebene. Die Hauptprioritäten für den Zeitraum 2000-2006 wurden von den Regionen festgelegt. Die Programme werden aber nicht während ihrer Umsetzung umgestossen. Im Jahr 2003 wird eine Zwischenbilanz in Form einer Evaluierung der Aktivitäten vor Ort gezogen: Wenn es Schwierigkeiten bei der Projektumsetzung gibt, müssen sie dann umorientiert und die vorgesehenen Finanzmittel in andere Projekte investiert werden? Das sind die Fragen, die wir uns stellen werden.

DIE WESENTLICHEN UMIORIENTIERUNGEN WERDEN IM JAHR 2006 ERFOLGEN, AB DANN WIRD EINE NEUE REGIONALPOLITIK UMGESETZT.

Wie wird sie aussehen? In den Hauptschlussfolgerungen des diesjährigen Berichts über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt wurden einige Hypothesen in Bezug auf die Hauptunbekannte, die EU-Erweiterung, aufgestellt. Hier sind noch viele Fragen offen, und wir haben keine Antwort auf sie, insbesondere was die genaue Anzahl der Beitrittsländer und das Datum ihres Beitritts betrifft.

Die Kriterien für die Förderungswürdigkeit der Regionen und die Definition der prioritären Ziele werden nach Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder sicherlich geändert werden. Letztere werden ab ihrem Beitritt als Gebiete „mit Entwicklungsrückstand“ gelten.

Die heutigen Ziel-2-Gebiete werden weiterhin durch die Regionalpolitik gefördert werden, allerdings ist noch nicht bekannt, in welcher Höhe und in welchen (Teil)Gebieten.

Ein interessanter Punkt, der in diesem Bericht angesprochen wurde und der derzeit untersucht wird, ist die bessere Berücksichtigung der gebietsbezogenen bzw. regionalen Dimension der Interventionen. Ab 2006 werden Programme zur Zusammenarbeit des Typs INTERREG grösseres Gewicht erhalten, weil sie das Hauptmittel zur Überprüfung des europäischen Mehrwertes sind. Weil diese Programme bereits bestehen ist es vorrangig, hier sofort aktiv zu werden und im Rahmen dieses INTERREG-Programmes Massnahmen zur überregionalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu ergreifen.

Die Kommission schafft den Handlungsrahmen, seine Umsetzung obliegt den regionalen und lokalen AkteurInnen. Damit können diese nicht nur sofort konkrete Massnahmen ergreifen, ihre Handlungen sind auch eine Investition in die Zukunft, die darauf abzielen, dass sich die Region 2006 in einer besseren Ausgangsposition für die zukünftige Regionalpolitik befindet. Diese auf Zusammenarbeit basierende Vorgangsweise ist um so klarer und einfacher, als sie relativ homogene Regionen betrifft.

Im Alpenraum sollte es eigentlich relativ einfach sein, diesbezüglich aktiv zu werden, aber es liegt v.a. an den Akteuren vor Ort und an den lokalen und regionalen Politikerinnen, die Richtigkeit dieser Zusammenarbeit aufzuzeigen und v.a. sie zum Leben zu erwecken.

Im Hinblick auf das Internationale Jahr der Berge wird die Generaldirektion Regionalpolitik in Zusammenarbeit mit der Generaldirektion Landwirtschaft im Jahr 2002 für die regionalen und lokalen Akteure und die sozioökonomischen Partnerinnen ein Seminar über die Berggebiete in Europa organisieren. Das genaue Datum der Veranstaltung steht zwar noch nicht fest, sie wird aber wahrscheinlich im zweiten Halbjahr 2002 stattfinden und zwar in Brüssel¹.

¹ Die Politiken der Gemeinschaften und die Berggebiete“ 17.-18. Oktober 2002;
Quelle: http://europa.eu.int/comm/regional_policy/newsroom/index_de.htm#mountain_conference

INTERREG III: ÜBERREGIONALE UND TRANSNATIONALE ZUSAMMENARBEIT (2000-2006)

ZIELE

Die Gemeinschaftsinitiative INTERREG III (2000-2006) trägt durch die Kofinanzierung von lokalen Projekten zur Entwicklung der überregionalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei.

Im Zeitraum 2000-2004 gibt es vier Gemeinschaftsinitiativen: INTERREG (grenzüberschreitende, transnationale und überregionale Zusammenarbeit), EQUAL (transnationale Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt), LEADER+ (Entwicklung des ländlichen Raums), URBAN (Hilfe für benachteiligte Stadtviertel).

Im Programm INTERREG III wird zusätzlich zu den bisher unterstützten Aktivitäten neu auch die Zusammenarbeit nicht aneinandergrenzender Regionen gefördert. Es ist des weiteren sehr stark auf den Erweiterungsprozess der Europäischen Union ausgerichtet.

UNTERSTÜTZTE AKTIVITÄTEN

AUSRICHTUNG A: GRENZÜBERSCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT („alle“ Gebiete, die an Innen- oder Aussengrenzen der EU liegen, gewisse Küstengebiete)

Förderung der Entwicklung von ländlichen, städtischen und Küstengebieten.

Förderung des Unternehmertums, Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben (KMUs), des Fremdenverkehrs und lokaler Beschäftigungsinitiativen.

Schaffung eines integrierten Arbeitsmarktes und Förderung der sozialen Eingliederung.

Gemeinsame Erschließung und Nutzung von Human- und sonstigen Ressourcen in den Bereichen Forschung, technologische Entwicklung, Bildung, Kultur, Kommunikation, Gesundheitswesen und Zivilschutz;

Umweltschutz, Erhöhung der Energieeffizienz, Entwicklung der erneuerbaren Energien.

Verbesserungen des Verkehrs, der Informations- und Kommunikationsnetze und -dienstleistungen sowie der Wasser- und Energieversorgungssysteme.

Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Verwaltung zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung.

Entwicklung des Humanpotentials und des institutionellen Potentials für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

AUSRICHTUNG B: TRANSNATIONALE ZUSAMMENARBEIT (alle europäischen Regionen, insbesondere bereits bestehende geographische Zusammenschlüsse wie der Alpenbogen, Südosteuropa, Nordwesteuropa, die Nordseeregion, die nördliche Randregion, die Ostseeregion, der CADSES-Raum (Mitteleuropa, Adria, Donau und Südosteuropa), Archimed (Griechenland, Sizilien, Kalabrien, Basilicata, Apulien), der atlantische Raum, der Mittelmeerraum und die Regionen in extremer Randlage).

Ausarbeitung von operationellen Strategien für nachhaltige Raumentwicklung auf transnationaler Ebene zwischen Städten oder städtischen bzw. ländlichen Gebieten.

Förderung von effizienten und nachhaltigen Verkehrssystemen, Entwicklung der Informationsgesellschaft.

Umweltschutz und Management der natürlichen Ressourcen, insbesondere des Wassers.
Bessere Integration der Regionen in extremer Randlage in ihr geographisches Umfeld und Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Regionen in extremer Randlage und den anderen Regionen der EU.

AUSRICHTUNG C: ÜBERREGIONALE ZUSAMMENARBEIT (alle europäischen Regionen)

Erfahrungsaustausch und Austausch über optimale Vorgehensweisen zwischen Regionen der Ausrichtungen A und B.

Zusammenarbeit zu Themen wie Forschung, technologische Entwicklung, Unternehmertum, Informationsgesellschaft, Tourismus, Kultur und Umwelt.

HAUSHALT

4,875 Milliarden Euro für den Zeitraum 2000-2006

397 Millionen Euro für Frankreich für den Zeitraum 2000-2006

Maximaler Zuschuss von 75% der Gesamtkosten für Ziel-1-Gebiete und 50% in anderen Regionen; Zwischen 50 und 80% des INTERREG-Topfes müssen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit (Ausrichtung A), zwischen 14 und 44% für die transnationale Zusammenarbeit (Ausrichtung B) und 6% für die überregionale Zusammenarbeit (Ausrichtung C) verwendet werden.

INTERREG wird aus dem EFRE, dem europäischen Fonds für Regionalentwicklung, gespeist.

INFORMATIONEN

Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik:
http://europa.eu.int/comm/regional_policy/index_de.htm

Informationen über Gemeinschaftsinitiativen:
<http://www.mercure-europe.org/>

Mitteilung der Kommission an die Mitgliedsstaaten vom 28. April 2000 über die Leitlinien für eine Gemeinschaftsinitiative betreffend die transeuropäische Zusammenarbeit zur Förderung einer harmonischen und ausgewogenen Entwicklung des Europäischen Raums: INTERREG III, Amtsblatt C143 vom 23.5.2000.

NÜTZLICHE ADRESSEN IN BRÜSSEL

Europäische Kommission – Generaldirektion Regionalpolitik - 200 rue de la loi
B-1049 Brüssel – Tel.: 00.322.295.00.07 - Fax: 00.322.296.32.90 - Kontakt: Esben Poulsen
- Esben.Poulsen@cec.eu.int
<http://www.europa.eu.int/scadplus/leg/de/lvb/g24204.htm>

Verfasser: Sources d'Europe, französisches Zentrum für Informationen über die EU
<http://www.info-europe.fr/europe.web/document.dir/fich.dir/qr000491.htm>

Die Alpen und Europa: die Situation vor Ort

EINFÜHRUNG

Ich möchte mich zu Beginn für die Gelegenheit zur Diskussion über die Politik bedanken, die von der Europäischen Union umgesetzt werden sollte. Bis dato mussten wir feststellen, dass in den vergangenen Jahren bei der Entwicklung der Berggebiete v.a. eine Institution abwesend ist bzw. war: die Europäische Union.

Vielleicht aber beginnt mit den Massnahmen, die derzeit in Angriff genommen werden, eine neue Ära. So wird auf Initiative von Kommissar Michel Barnier im zweiten Bericht über den Zusammenhalt der Europäischen Union zum ersten Mal von „Berggebieten“ gesprochen¹. Wir glauben daher, dass wir heute guten Grund haben, den Sonderfall der Alpen zu besprechen und ganz allgemein jene Schlussfolgerung zu ziehen, die den roten Faden meines Vortrags darstellen wird: Dass die Definition derjenigen Politik, die es in den Alpen umzusetzen gilt, auch die Definition einer europäischen Bergpolitik ermöglicht.

DIE NEUE ROLLE DER BERGGEBIETE

Die Alpen sind wahrscheinlich das wichtigste Beispiel für die neue Rolle der Berggebiete in Europa. Sie sind nicht mehr länger etwas, das spaltet, eine Barriere oder ein Hindernis, sondern Gegenstand der Integration, der Synthese, der Union. Die grossen wirtschaftsstarke



ENRICO BORGHI

PRÄSIDENT DES ITALIENISCHEN
VERBANDS DER BERGGEMEINDEN
UNCEM
(UNIONE NAZIONALE COMUNI,
COMUNITÀ, ENTI MONTANI).

¹ Zweiter Bericht über den Zusammenhalt: Einheit Europas, Solidarität der Völker, Vielfalt der Regionen. In diesem Bericht, der von der Europäischen Kommission am 31. Januar 2001 angenommen wurde, wird versucht, die Bedeutung des Zusammenhalts und die Kohäsionspolitik in Europa klar darzulegen. Diese Aufgabe wird durch die komplexer gewordene Fragestellung der Zusammenführung und des Zusammenhalts der verschiedenen Regionen aufgrund des bevorstehenden Beitritts von 12 Ländern in die EU erschwert. Quelle: Vorlesungsnote von Laurent Davezies, Universität von Paris XII erschienen in DATAR Territoires d'Europe / Territoires du monde, März 2002 Nr. 5

Siehe auch:
http://europa.eu.int/comm/regional_policy/sources/docoffic/official/reports/contentpdf_de.htm



Regionen sind heute durch Gebirge miteinander verbunden: von Südfrankreich und Katalonien bis zu Bayern und dem Rheintal usw.

Haben die Menschen in den Entscheidungszentren, insbesondere der Europäischen Kommission, diese neue Rolle der Gebirge verstanden? Macht es Sinn, sich ein Europa vorzustellen, in dem die Gebirge v.a. eine Barriere zwischen den Ebenen darstellen?

Wir, die Berggebiete, wollen in den Medien und der europäischen Politik nicht nur als „Probleme“ auftauchen. Der Gotthardtunnel wirft Probleme auf, die Gefühle der Abneigung auslösen: „Also diese Berge, wirklich!“

Wenn man die Gebirge als Problem betrachtet, so führt dies zu einer Politik der „Hilfestellung“ und in der Folge zu einer Politik, die Gebirge als Randzonen wahrnimmt.

Die Frage ist aber eine ganz andere! Wenn die Gebirge ein Element der europäischen Integration und ein Beispiel für Integrationskapazität darstellen, dann sind die Alpen die wahre Akropolis Europas. Beim Studium der Geschichte stellt man fest, dass die Europäische Union schon vor dem Modell der Integration der europäischen Gesellschaft existierte. Dann kam es zur Entstehung der industriellen Gesellschaft, die dazu führte, dass sich die Bergbevölkerung den Tälern zuwandte. Die Berggebiete sind also heute nicht länger ein Problem, sondern eine Ressource für all jene, die in ihnen leben aber v.a. auch für jene, die nicht dort leben. Sie sind eine Ressource für die gesamte europäische Gemeinschaft. Mit Gemeinschaft meine ich hier die soziale Gemeinschaft und keine administrative Einheit.

Wenn dieses Konzept verstanden, geteilt und als richtig befunden wird und wenn es die Rolle widerspiegelt, die die Alpen spielen können, dann ist das etwas durchaus Bedeutendes.

Wir müssen uns davor hüten, das Thema Alpen und damit die Rolle der EU in den Alpen als eine Art Mythos eines neuen Arkadiens anzugehen. In der kollektiven städtischen Vorstellung existiert dieser Mythos. Eine Art „Postkarten“-Welt aus grünen Wiesen, auf denen im Schatten einer eindrucklichen Bergkulisse Kuh- und Schafherden weiden. Ein wahres Paradies für leidenschaftliche Alpinistinnen und Wanderer, die den Bergbewohner mit Heidis Grossvater identifizieren.

Wenn wir aber über diesen Mythos hinausgehen und in die Realität eintreten, dann sind die Alpen viel mehr als das. Sie umfassen städtische Zonen, Industriegebiete, landwirtschaftliche Gebiete und einen ausgeprägten Dienstleistungs- und Nahrungsmittelsektor. Wir müssen uns bewusst werden, dass die Alpen eine tiefgreifende Umwälzungsphase durchlaufen, und wir müssen all diese Elemente begreifen, um eine neue Politik zu erarbeiten.

WELCHE STELLUNG HATTEN DIE ALPEN BIS HEUTE IM FORDISTISCH-INDUSTRIELLEN GESELLSCHAFTSMODELL?

Sie waren eine Rohstoffquelle zur Unterstützung der städtischen Industrie, dienten der Metallgewinnung, der Kohleproduktion, der Holzgewinnung, der Nutzung des Wassers zur Stromerzeugung. Auf dieser Basis erfolgte die Industrialisierung der Alpentäler. Nach dem Ende der zweiten Weltkriegs hat die touristische Nutzung des Schnees nach und nach an Bedeutung gewonnen, und der Tourismus wurde schliesslich zu einem wesentlichen, viel Raum beanspruchenden Nutzungsfaktor des Alpenraums.

Dieses Mischmodell, ein auf Rohstoffnutzung, Industrialisierung und Tourismus basierendes Nutzungsmodell, ist mit dem Ende des industriellen Modells in eine Krise geraten. Es handelt sich um einen Zyklus, der je nach Land in den 80er und 90er Jahren sein Ende gefunden hat. Wir fordern nun also von der EU, dass sie uns begleitet, und zwar nicht zur Bewältigung der Krise, sondern durch die Unterstützung eines neuen, vor Ort erarbeiteten Modells, um uns so den Eintritt in die Modernität zu ermöglichen.

EIN „GLOBALER“ RAUM

Wir müssen an einem Modell arbeiten, welches das betroffene Gebiet in den Mittelpunkt stellt und sich auf eine doppelte Spezialisierung, in geographischer und wirtschaftlicher Hinsicht, stützt; wir müssen den wirtschaftlichen Übergang der alpinen Regionen so gestalten, dass sie nicht länger eine Randregion sind.

Heute befindet sich die Wirtschaft in den Alpen in einem Übergang zwischen der Industriegesellschaft und der Informationsgesellschaft. Die Berggebiete sind ein wirklich „glokaler“ Raum, in dem das Globale und das Lokale ständig aufeinandertreffen. So sind z.B. in den italienischen Berggebieten in den letzten Jahrzehnten florierende Banken entstanden, die stark in den Regionen verankert sind. Diese gehen heute im Ausland auf die Suche nach Bündnissen, die man als Finanzkapitalismus bezeichnet, und kehren anschliessend in ihr angestammtes Gebiet zurück. Sie sind nicht mehr jene Einheit, die lokale Kredite, für ihr Gebiet vergibt, aber sie investieren dort. Das ist ein positives Element.

Das negative Element ist der Wasserkreislauf. Bis vor kurzem basierte die Wassernutzung auf einer Art ungeschriebener Verfassung, in der die HauptnutzerInnen des Wassers diese Ressource der Berggebiete anzapften und als Gegenleistung einen Beitrag im Bereich der Wirtschaft, der Produktivität und v.a. der Schaffung von Arbeitsplätzen leisteten. Heute braucht in Italien die ausschlaggebende Institution, das nationale Elektrizitätsproduktions-Unternehmen, keine Hüterinnen der Bergstauseen mehr, sondern Manager, die an der Börse Geschäfte treiben, weil das Wasser mit seinem Mehrwert Teil der neuen Wirtschaft geworden ist.

Wir glauben, dass die Rolle der Politik darin besteht zu helfen, den Gesellschaftsvertrag für die Moderne neu zu schreiben; einen Pakt, der das neue Alpenmodell im Zeichen der nachhaltigen Entwicklung bestätigt. Das ist das politische und nicht technokratische Ziel, das sich die EU setzen muss.

DIE ROLLE DER EU

So kristallisiert sich eine Schlussfolgerung heraus, auch wenn das eine neue Diskussionsplattform erfordert. In Italien haben wir versucht, sie zu liefern, indem wir das Jahr der Berge genutzt und vor einem Monat in Turin die Versammlung der italienischen Berggebiete einberufen haben, an der mehr als 1500 italienische AkteurInnen der Berggebiete teilgenommen haben. Es waren nicht nur Behörden vertreten, sondern auch Forschung, Wirtschaft, Produktion und Kultur. Diese Versammlung hat uns zum Thema „Zukunft der EU“ eine Art Leitfaden übergeben, von dem ich Sie hiermit in Kenntnis setze. Es handelt sich um eine Art Arbeitsplan für das nächste Jahr, den wir auch den Regierungen,

der Kommission und dem Parlament vorlegen wollen. Wenn wir von der Beziehung der Berggebiete zur Europäischen Union sprechen, müssen wir den Begriff „Berggebiete“ in die Grundverträge der EU aufnehmen, weil er heute nicht in ihnen aufscheint. Bei der Neubearbeitung des Vertrages von Amsterdam im Rahmen der EU-Osterweiterung wird es angebracht sein, diese Passage aufzunehmen und zwar nicht als Element von Verbandslobbying, sondern weil die Berggebiete ein grundlegendes Element der Europäischen Union darstellen. Es geht hier nicht darum, die Bergbevölkerung zufriedenzustellen, sondern darum die Berggebiete als Ressource innerhalb Europas anzuerkennen.

Wir haben uns als AkteureInnen der Berggebiete an gewissen Arbeiten beteiligt, so z.B. der bestmöglichen Nutzung der „Agenda 2000“² für die Besonderheiten der Berggebiete. Wir haben hierbei ein von Kommissar Barnier lanciertes Konzept aufgegriffen, in welchem er vorschlägt, für jedes Programmdokument der Ziel-1- und Ziel-2-Gebiete spezifische Ausrichtungen zu entwickeln, die auf die Besonderheiten der Berggebiete eingehen.

In Bezug auf INTERREG IIIB besteht im Alpenraum das Risiko der Ausgrenzung derjenigen, die auf lokaler Ebene für die Programme verantwortlich sind. Ich denke, dass dies ein Fehler ist. Die Mitwirkung der Gebietskörperschaften in diesem Prozess liegt im Interesse des Erfolgs des Programms. Durch dieses Programm wird erstmals auf EU-Ebene vom Alpenraum und den Berggebieten gesprochen und das Prinzip der Besonderheit der Berggebiete finanziell anerkannt. Wir rufen daher dazu auf, die verlorene Zeit wettzumachen, um zu vermeiden, dass wir zum Zeitpunkt der Umsetzung dieses bedeutenden Instruments vor Problemen stehen.

Ich möchte zum Abschluss noch auf zwei Aktivitäten eingehen, die wir ab sofort in Angriff nehmen sollten. Dabei handelt sich erstens um die Schaffung eines Berggebietsamtes, in Anlehnung an die bestehende Institution in Italien bzw. einer spezifischen ministeriellen Delegation, die der Exekutive und damit auch den Gebietskörperschaften untersteht. So könnte die Vergabe der Strukturfonds für den Programmzeitraum 2007-2013 neu definiert werden. Auch eine spezifische europäische Richtlinie für Berggebiete, eine Art „Ziel für Berggebiete“ würde in diese Richtung gehen.

Es handelt sich hier um eine sehr gute Arbeitsbasis, über die wir diskutieren und uns austauschen müssen. Die CIPRA spielt diesbezüglich eine zentrale Rolle. Wir glauben, dass die Alpenkonvention in Italien im Rahmen des heute Gesagten erneut berücksichtigt werden müsste. Es bedarf einer Politik, die von unten gestaltet wird und uns ermöglicht, diese Aspekte zu konkretisieren. Sie muss sicherstellen, dass durch das subsidiäre Zusammenwirken der Vereine, der VertreterInnen der lokalen Autonomie und der lokalen, regionalen und nationalen Regierungen das Thema der Besonderheit der Berggebiete nach Brüssel getragen wird, wo – was vielleicht keine grosse Überraschung ist – die weit entfernten Alpen kaum wahrgenommen werden.

Herzlichen Dank.

² Die Reform „Agenda 2000“ betrifft den Zeitraum 2000-2006 und beinhaltet bedeutende Änderungen der Regionalpolitik. Sie zielt darauf ab, die EU-Erweiterung auf Länder, die aufgrund ihres Entwicklungsstands durchgehend Recht auf EU-Strukturbeihilfen haben, zu berücksichtigen. Aufgrund dieser Tatsache wurde entschieden, die Anstrengungen auf die wichtigsten Bedürfnisse zu konzentrieren und eine Verteilung der Subventionen nach dem Giesskannenprinzip zu vermeiden. Die Ziele der Regionalpolitik wurden am 1. Januar 2000 von 7 auf drei reduziert:

- Ziel 1: Regionen mit Entwicklungsrückstand deren BIP pro Kopf weniger als 75% des EU-Durchschnitts beträgt. Für dieses Ziel werden 70% der verfügbaren Geldmittel verwendet;
- Ziel 2: Unterstützung der Regionen mit wirtschaftlicher und industrieller Umstellung; dieses Ziel ist auf genau definierte städtische oder ländliche Zonen ausgerichtet (11,5% der Ausgaben)
- Ziel 3: Aktivitäten zur Förderung der Entwicklung der Humanressourcen (12,3% der Geldmittel).

Quelle: <http://www.senat.fr/europe/barnier-1099.html>

Die brennendsten Fragen

zur Lösung
der Probleme
in den Alpen

Zu Beginn meines Vortrages über die Bedeutung der Alpen als traditioneller europäischer Kulturraum zu sprechen, würde bedeuten, Eulen nach Athen zu tragen. Lassen sie mich nur einen kleinen Aspekt hervorheben, der meines Erachtens noch ein bisschen zu kurz gekommen ist. Den Aspekt, dass das Leitmotiv der Wirtschaft in den Alpen immer ein Leben mit der Natur war. Man musste auf die besonderen naturräumlichen Bedingungen, die Topographie, das Klima und den Boden, Rücksicht nehmen. Die Wirtschaft und auch die Landwirtschaft in den Alpen mussten sich in ihrer Kleinräumigkeit und in ihrer Vielfalt nach der Natur richten. Ich denke, dass dieses Leitmotiv in den letzten Jahrzehnten etwas verloren gegangen ist.

DIE ALPEN VOR DEM HINTERGRUND DER GLOBALISIERUNG

Meines Erachtens ist es wichtig, in der gesamten Diskussion den Blick auch auf die globale Entwicklung zu lenken: Die Industrialisierung der Wirtschaft, die Liberalisierung der Märkte und die Konzentration der Produktion an den günstigsten Stellen bei einer gleichzeitigen Verbilligung des Verkehrs. Ich denke, dass dies die traditionellen, lokalen Wirtschaftsmodelle tendenziell in Frage stellt. Wir stehen also vor einem Strukturwandel mit sehr einschneidenden Veränderungen.

Die Europäische Union möchte die wettbewerbsfähigste Region der Welt werden (Beschlüsse von Lissabon) und ist im Bereich der Liberalisierung recht aktiv. Natürlich hat die EU auch das Ziel der nachhaltigen Entwicklung in die Verträge aufgenommen. Aber ich denke, dass wir immer mehr merken, dass wir laufend an die Grenzen jenes tra-



MANFRED PILS

GENERALSEKRETÄR DER
NATURFREUNDE INTERNATIONAL
(ÖSTERREICH)



ditionellen europäischen Kultur- und Naturraumes stossen, den die Alpen darstellen. Aber wir stossen nicht nur in den Alpen an diese Grenzen, sondern überall in Europa. Ein Beispiel sind die vielen Verkehrsstaus oder auch die Unfälle der letzten Zeit. Sie zeigen die Grenzen der Zentralisierung der Produktion auf. Es ist sozusagen auf Dauer nicht ökonomisch, sich auf wenige Standorte zu konzentrieren, weil dort am günstigsten produziert wird und dann die Waren oder die Teilwaren ständig hin- und herzufahren. Die Lebensmittelskandale der letzten Jahre zeigen deutlich die Grenzen einer industrialisierten Landwirtschaft auf. Die Bemühungen um eine weitere Liberalisierung in den Bereichen der Telekommunikation, der Energie, der öffentlichen Dienstleistungen, usw. werden weltweit vorangetrieben, und die Europäische Union ist natürlich an dieser Entwicklung beteiligt. Das wird zwar zu Kostensenkungen führen, hat aber auch einen Preis: Das Gemeinwohl und den Verlust sozialer Verantwortung.

Ich möchte dies nur an kleinen Beispielen illustrieren: Postpakete werden durch die Liberalisierung sicher billiger, aber sie werden entweder nicht mehr überall hingeliefert oder eben zu höheren Kosten. Die Opfer sind Randgebiete oder Personen, die weniger mobil sind, wie z.B. ältere Personen. Wir müssen sehr aufpassen, dass diese Politik nicht zu sehr an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbeigeht.

Es gibt normalerweise zwei Reaktionen auf diese Entwicklung. Es gibt diejenigen, die sagen: Wir wollen zurück zur alten Tradition, also zu einem ganz bewussten Konservatismus. Ich denke, dass das nicht der richtige Weg ist. Das ist keine Antwort auf die Globalisierung. Diese kann auch nicht mehr rückgängig gemacht werden. Es gibt natürlich auch eine andere Reaktion, die neue, globale Regelungen einfordert. Sie alle haben sicherlich in den letzten Wochen die Entwicklung der Globalisierungsbewegung verfolgt. So gibt es z.B. in Deutschland nun die Bewegung ATTAC, die sich für eine Regelung des internationalen Finanzmarktes einsetzt. Sie hatte vor einem Jahr 30 Mitglieder. Vor zwei Wochen wurde von dieser Organisation in Bonn eine Konferenz für 500 Leute angesetzt, gekommen sind 5000.

Die EU scheint also ein neoliberales Konzept zu verfolgen, und dagegen wenden sich viele Menschen. Das ist allerdings keine gewollte Entwicklung, sondern ein Konstruktionsfehler der Europäischen Union, die ursprünglich als Friedensprojekt ausgelegt war und sich dann zu einer Wirtschafts- und Währungsunion weiterentwickelte, und Wirtschaft und Währung sind nun einmal die Elemente einer neoliberalen Politik. Ich bin sehr oft in die Aktivitäten der EU eingebunden und weiss, dass z.B. die Kommission diese Politik eigentlich nicht wünscht. Aber es sind natürlich die Mitgliedsstaaten, die aufpassen, dass hier keine Kompetenzgrenzen überschritten werden. D.h. man befürwortet zwar europäische Solidarität, will aber nicht die dazu vielleicht notwendigen Koordinationsmechanismen einrichten.

Viele Staaten reagieren im Moment falsch auf diese Situation. Je mehr negative Auswirkungen diese Globalisierung hat, desto mehr versuchen sie auf Autonomie und Subsidiarität zu pochen, also auf eine Wiedererlangung der nationalen Souveränität. Ich halte das für ein fragwürdiges Konzept. Das ist ungefähr so, wie wenn Schrebergärtner grosse Hecken bauen, um sich vor Autobahnen zu schützen. Dadurch werden weder die Autobahnen noch die Luftverschmutzung verhindert. Es ist also ein sehr hilfloses Konzept, in einer solchen Situation auf Autonomie zu setzen und nicht auf eine Veränderung der globalen politischen Rahmenbedingungen.

Das ist der Rahmen, in dem wir uns bewegen und in dem sich die Europäische Union bewegt. Frau Gerbaux hat zu Recht eingefordert, dass wir von einer sektoralen Politik zu einer gebietsbezogenen bzw. regionalen Politik übergehen müssen. Ich denke, dass das richtig ist. Wir müssen uns aber darüber im Klaren sein, dass die EU in diesem Bereich keine Kompetenzen hat.

Ein Beispiel dafür ist das Ende der Neunziger Jahre verabschiedete Europäische Raumentwicklungskonzept¹. Darin wurden verschiedene Ziele für den Europäischen Raum festgelegt, u.a. auch für Berggebiete. Allerdings handelt es sich um ein völlig unverbindliches Dokument, denn die EU hat in diesem Bereich keine Kompetenzen und ist auf die freiwillige Mitarbeit der Mitgliedsstaaten angewiesen. Ich wage daran zu zweifeln, dass die Ziele wirklich so umgesetzt werden wie vorgesehen. Abgesehen davon ist auch das Konzept aus verschiedensten Gründen bereits Ergebnis eines Kompromisses mit sehr eingeschränkten Zielen.

HAUPTPROBLEME DES ALPENRAUMS AUS DER SICHT DER REGIONALENTWICKLUNG

Eines der Hauptprobleme im Alpenraum ist der zunehmende Konzentrationsprozess, der dazu führt, dass Räume entsiedelt werden, es zu einem Verlust an Infrastruktur kommt (wie z.B. an Postämtern, Geschäften und allem, was sozusagen die Lebensqualität des Menschen ausmacht). All diese Einrichtungen finden sich nur noch in zentralen Räumen, und die, die es sich leisten können, wandern dorthin aus. Diejenigen, die es sich nicht leisten können, bleiben auf lokaler Ebene verankert und leiden darunter. Dieses Konzept bringt mehr Verkehr mit sich, und Einkaufen findet nur noch an zentralen Orten statt. Es gibt sozusagen eine Zweiteilung des Alpenraums und zwar in jedem Land. Diese führt einerseits zu einer Überlastung und Zersiedlung von urbanen und semiurbanen Räumen und andererseits zu einer vollkommenen Entleerung des ländlichen Raumes. Dies ist eine gravierende Entwicklung, die wir ernst nehmen müssen und der wir nicht tatenlos zusehen können.

Damit verbunden sind natürlich ein Rückgang der Landwirtschaft und damit ein Rückgang der alpenangepassten Bewirtschaftung und der Verlust einer traditionellen Kulturlandschaft, also etwas, was auch für den Tourismus durchaus von Bedeutung ist.

Wir erleben gerade im Tourismus das Entstehen von Monostrukturen mit einer hohen Abhängigkeit der lokalen Bevölkerung vom Tourismus und sehr negativen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt. Gerade bei Krisen und Katastrophen, wie wir sie jetzt erleben, ist eine derartige Wirtschaftsstruktur besonders anfällig. Und ich habe heute von Herrn Borghi gehört, dass dies die zweite Phase der Alpenwirtschaft war, und dass wir am Ende dieser Ära angelangt sind. Ich würde das nicht so drastisch sagen. Dies stimmt vielleicht für jene Regionen, in denen die Wachstumsgrenzen erreicht sind. Aber es gibt natürlich eine Vielzahl alpiner Regionen, in denen dieses Modell auch noch weiterhin Zukunft haben kann und vielleicht auch noch Zukunft haben wird, wenn rechtzeitig auf ein naturkonformes Wachstum umgestellt wird.

¹ Das Europäische Raumentwicklungskonzept (EUREK) zielt darauf ab, auf EU-Ebene die politischen Ziele und die Hauptprinzipien der Raumentwicklung zur Sicherstellung der nachhaltigen Entwicklung des europäischen Raums in Respekt seiner Vielfalt zu definieren.
Quelle: <http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/lvb/g24401.htm>

Wir stehen in den Alpen vor einem zunehmenden Verlust intakter Natur- und Kulturlandschaften. Dabei geht es nicht darum, die Alpen irgendwie zu musealisieren oder einen städtischen Mythos umzusetzen. Es geht vielmehr darum, ihre angepasste Wirtschaftsweise zu erhalten. Es geht ums Bewirtschaften und nicht ums Schützen und Bewahren.

VORSCHLÄGE UND MASSNAHMEN

Ich möchte vorausschicken, dass die Alpen ein Laboratorium für Nachhaltigkeit sind. Sie brauchen also ein Entwicklungsleitbild, das die Natur als Grundlage der Wirtschaft in den Alpen erhält und die Lebensqualität der alpinen Bevölkerung sichert. Die Alpen werden als Problem und Hindernis wahrgenommen, sind aber in Tat und Wahrheit Lebensraum. Sie sind Lebensraum für 13 Millionen Menschen, und es geht um die Lebensqualität in diesem Lebensraum und nicht um die Beseitigung von Hindernissen.

Wir brauchen erstens mehr Kooperation anstelle von Konkurrenz. Wir haben heute sehr viel vom Recht der lokalen Bevölkerung auf Selbstbestimmung gesprochen, aber in der Alpenpolitik ist in den letzten Jahren sehr viel daran gescheitert, dass die einzelnen Regionen und die einzelnen Nationalstaaten ganz unterschiedliche Interessen haben. Sie ziehen also nicht am selben Strang. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass alle Regionen vor den gleichen Problemen stehen und dass wir diese nur lösen können, wenn wir auf überregionaler Ebene gemeinsame Politikkonzepte anstreben und gemeinsam die Rahmenbedingungen verändern. Wir müssen also z.B. im Bereich des Verkehrs versuchen, eine vernünftige Wegekosten-Richtlinie zu schaffen, so dass der Verkehr nicht zu billig ist und damit auch der angesprochene Konzentrationsprozess etwas gebremst wird – stoppen wird man ihn nicht können. Es gibt sehr viele Rahmenbedingungen, die wir auf europäischer Ebene ändern müssen. Dazu sind aber zur Zeit weder die Mitgliedsstaaten noch die Regionen bereit. Wir werden diese Ziele nur erreichen, wenn wir gemeinsam auftreten und uns Verbündete suchen: Verbündete bei den Bürgern, bei den Gemeinden und natürlich auch bei den NGOs.

Zweitens brauchen wir integrierte Ansätze. Kein Wirtschaftszweig der Alpen kann für sich bestehen oder überleben. Tourismus braucht Natur, Kultur, gesunde Lebensmittel und eine gesunde Umwelt. Die Landwirtschaft kann viele dieser Güter bereitstellen, aber sie kann nicht mit einer industriellen Produktion landwirtschaftlicher Güter konkurrieren. Die Verkehrspolitik muss diese Ziele unterstützen. Was wir also eigentlich brauchen, sind integrierte Politikansätze für geographische Regionen wie die Alpen. Wir denken aber immer sektoral (Verkehrspolitik, Landwirtschaftspolitik, Regionalpolitik). Wir verbinden und vernetzen die einzelnen Bereiche nicht und können daher mögliche Synergien nicht nutzen. Die Europäische Union hat z.B. ein Projekt zum integrierten Küstenzonenmanagement ins Leben gerufen. Es verfügt nur über wenige Mittel, und es handelt sich letztendlich um nicht mehr als ein Konzept, aber ich denke, dass das der richtige Weg ist. Vielleicht brauchen wir auch so etwas wie ein integriertes Gebirgszonenmanagement. Ich denke, dass im neuen, sechsten Umweltaktionsprogramm, das derzeit verhandelt wird und sogenannte thematische Strategien vorsieht, dieses Modell des integrierten Küstenzonenmanagements auf andere

Räume ausgedehnt werden kann, insbesondere auf den Alpenraum.

Dritter Punkt: Wenn es um Raumordnung geht, dann brauchen wir das Leitbild einer kompakten Entwicklung in Städten und in touristischen Gebieten. Die Zersiedelung und weitere Erschließung von Naturregionen müssen gestoppt werden. Raumordnungspolitik und Förderpolitik sind hierfür die besten Mittel. Es geht überhaupt nicht darum, die Entwicklung zu verhindern, sondern darum einzusehen, dass eine kompakte Besiedelung und Bewirtschaftung letztendlich ökologischer und auch ökonomischer sind als die derzeitige grossflächige Bewirtschaftung, die in den Alpen an ihre Grenzen gestossen ist und daher nicht mehr weiter betrieben werden kann.

Viertens: Natürlich brauchen wir eine Förderung der regionalen Wertschöpfung durch die Konzentration auf lokale Stärken und Vorzüge. Es gibt inzwischen im Alpenraum sehr viele solche Projekte, z.B. Vorschriften, welche die Verwendung von lokalen Bauhölzern fördern. Das führt zu einer ganz neuen Architektur wie z.B. in Kärnten (Österreich). Auch in der Landwirtschaft gibt es innovative Ansätze wie z.B. die Käsestrasse im Bregenzerwald. Die Landschaftsgestaltung, also die Erhaltung dieser typischen Landschaftsformen, ist ja Grundlage des Tourismus aber auch Grundlage der lokalen Identität, des Heimatgefühls, der Zufriedenheit der Menschen, und das alles muss sozusagen Basis der lokalen Entwicklung sein. Wenn wir diese lokalen Ressourcen benutzen, dann passiert regionale Wertschöpfung ganz automatisch, und wir müssen uns das nicht als eigenes Ziel setzen.

Natürlich brauchen wir fünftens einen sorgfältigen Umgang mit der Natur in den Alpen. Ich habe schon gesagt, dass es dabei nicht alleine um den Schutz von seltenen Tieren und Pflanzen geht, um Nationalparks und Schutzgebiete. Diese sind zweifellos wichtig, aber wir dürfen uns nicht sozusagen Feigenblätter schaffen. Wir dürfen nicht sagen, dass wir sowieso 10% der Fläche als Nationalpark reserviert haben und mit dem Rest tun können, was wir wollen. Das ist der falsche Ansatz. Wir müssen diese Bewirtschaftung und die traditionellen Kulturlandschaften überall erhalten und nicht nur in einigen Reservaten. Wir brauchen vielleicht mehr Ruhezone, die uns davor schützen sollen, dass weitere Gebiete „hart“ erschlossen werden, d.h. mit Strassen, Seilbahnen und mechanischen Erschliessungsmethoden. Das soll nicht heissen, dass Menschen dort nicht hingehen können. Alle, die dort zu Fuss hingehen, laufen oder mit dem Rad fahren etc. können in diese Regionen gehen so oft und so viel sie wollen. Es geht um die Mittel, die eine Massenbenutzung dieser Regionen möglich machen.

NATURA 2000² ist ein System in der EU, das genau diesen Charakter hat. Es wird leider zu sehr als Schutzsystem verstanden, dabei müssen 60% aller NATURA 2000-Gebiete bewirtschaftet werden. Es handelt sich hierbei also eigentlich um die Erhaltung traditioneller Bewirtschaftung. Und ich denke, man sollte dieses System auf Landschaftsschutz, auf Ruhezone und die sogenannten sensiblen Gebiete, wie sie jetzt schon in einigen EU-Politiken definiert sind, ausdehnen. Im Bereich Umwelt hat die EU ja Kompetenzen, das

² Ziel des NATURA 2000-Netzwerkes ist die Bewahrung der Biodiversität im europäischen Raum. Es sichert die Erhaltung oder Renaturierung natürlicher Lebensräume von Wildtier- und Wildpflanzenarten von gemeinschaftlichem Interesse. Es setzt sich aus Gebieten zusammen, die von den Mitgliedsstaaten auf Grundlage der „Vogelrichtlinie“, (1979) und der „Habitatrichtlinie“ (1992) ausgewählt werden. Seine Schaffung hat auch zum Erreichen der Ziele der verabschiedeten Biodiversitätskonvention beigetragen, die am Erdgipfel in Rio de Janeiro im Juni 1992 verabschiedet wurde.
Quelle: <http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/lvb/l28076.htm>

ist die einzige Kompetenz, die sie wirklich hat. Mittels dieser Umweltkompetenz kann einiges erreicht werden³.

Mein sechster Punkt ist die Frage der Indikatoren und des Benchmarkings. Wir haben zuwenig Daten über nachhaltige Entwicklung und brauchen eine ordentliche, schonungslose Bestandsaufnahme, v.a. auf Gemeindeebene. Denn v.a. Gemeinden sollten wissen, wie sich ihre Regionalentwicklung und das Landschaftsbild in den nächsten 10 Jahren verändern, um darauf reagieren zu können. Zur Zeit ist die Datenbasis einfach zu gering.

SCHLUSSFOLGERUNG

Meine Damen und Herren, ich habe heute auch gehört, dass wir in den Strukturfonds der Europäischen Union ein Zielgebiet „Gebirge“ einfließen lassen sollten. Hier steht natürlich die Frage des Geldes im Vordergrund. Wenn wir ein Zielgebiet „Alpen“ haben, dann gibt es möglicherweise mehr Geld für den Alpenraum. Ich möchte hier die Hoffnungen nicht zu sehr fördern, weil wir alle wissen, dass mit der Erweiterung der Europäischen Union die Mittel für die Strukturfonds der traditionellen Gebiete drastisch zurückgehen werden. Ich glaube daher nicht, dass es sich hierbei um eine gute Strategie handelt. Aber ich denke auch, dass es generell nicht die richtige Strategie ist, immer im Hinterkopf zu haben: wie können wir mehr Geld zu uns ziehen? Ich glaube wichtiger ist die Frage: Wie können wir die Rahmenbedingungen in Europa so verändern, dass sie den Alpen nicht schaden, sondern der Entwicklung der Alpen nützen. Und da glaube ich, dass auch im Rahmen der heutigen, bestehenden Möglichkeiten der EU vieles gemacht werden kann. Einerseits könnten einzelne Mitgliedsstaaten über den Mechanismus der verstärkten Zusammenarbeit tatsächlich eine Politik für den Alpenraum umsetzen. Es gibt eine Möglichkeit der Umsetzung in den einzelnen Politikbereichen: Verkehrspolitik, Regionalpolitik, Energiepolitik. Und es gibt natürlich auch die neue Nachhaltigkeitsstrategie der EU, welche die Integration von Umweltbelangen in andere Politikbereiche vorschreibt oder das sechste Umweltaktionsprogramm, das viele Handlungsmöglichkeiten eröffnet, die wir nutzen müssen. Nutzen werden wir sie aber nur dann, wenn wir entsprechend Druck von unten erzeugen und die BürgerInnen und Gemeinden zu einer solchen Politik animieren.

³ Im sechsten Umwelt-Aktionsprogramm werden die Prioritäten für die Umweltaktivitäten im Zeitraum 2001-2010 festgelegt. Es handelt sich hierbei um die Umweltausrichtung der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung. In ihm werden einige Ziele des fünften Aktionsprogramms, das im Jahr 2000 abgeschlossen wurde, weiterverfolgt. Es geht aber darüber hinaus und zwar durch einen strategischeren Zugang, der vier prioritäre Bereiche umfasst: Klimawandel, Natur und biologische Vielfalt, Umwelt und Gesundheit sowie Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und des Abfalls.
Quelle: Zeitschrift Environnement: „Ambiente y territorio y valle d'aosta“
http://www.regione.vda.it/territorio/environment/200115/2001-15_4.ASP

Diskussion

über die europäische Regionalpolitik

FULVIO FORRER

CIPRA-ITALIEN & NATIONALES INSTITUT FÜR STÄDTEBAU

Ich möchte einfach einige Punkte aufgreifen, die heute Vormittag angesprochen wurden. Es wurde insbesondere in Erinnerung gerufen, dass die Alpen ein reichhaltiges und vielfältiges aber auch sehr empfindliches harmonisches Ganzes sind. Ausserdem müssen die Berge als Ressource und nicht als Problem wahrgenommen werden. Diese zwei Punkte sind wichtig.

Die heutige Situation wurde durch die Komplexität und die grosse Anzahl der an den Berggebieten interessierten Institutionen hervorgerufen. Ich möchte hier nicht den BürgermeisterInnen die Verantwortung zuschieben. Wir haben es mit vier Entscheidungsniveaus zu tun, mit vier verschiedenen AnspechpartnerInnen. Die Situation ist aufgrund der Entscheidungen der verschiedenen Institutionen ganz offensichtlich schwierig und gespannt. Diese Institutionen und ihre Struktur erscheinen mir nicht als günstige Bedingung für die Lösung der Probleme, vor denen wir heute stehen.

In Italien liegt die Zuständigkeit für Umweltprobleme bei den Regionen, jene für grundlegende Orientierungen im Raumordnungsbereich bei der nationalen Regierung. Ich möchte hier in Erinnerung rufen, dass die Alpenkonvention 10 Jahre alt ist, und dass sie trotz der Entwicklung der letzten Tage und der Einigung in Bezug auf gewisse Protokolle weitgehend ignoriert wurde. Dabei haben wir es einerseits mit Staaten zu tun, die lange über einen Vertrag diskutiert haben und ihn letztendlich nicht respektieren und damit aufzeigen, dass sie keine akzeptablen Gesprächspartner sind und andererseits mit Regionen, die dazu aufgerufen sind, eine etwas positivere Rolle zu spielen, sich aber nicht engagieren.



MODERATION:
PHILIPPE DESCAMPS



Angesichts dieser Feststellung ist die Europäische Union eine akzeptable Gesprächspartnerin zur Lösung dieser Probleme. Sie hat ja erklärt, dass sie ihre Interventionen und Aktivitäten zur Förderung der Berggebiete verbessern will und scheint konkrete Projekte zu verfolgen, die in Richtung nachhaltige Entwicklung gehen, insbesondere in Richtung „benachteiligter“ geographischer Gebiete wie die Berggebiete. Letzteres ist ein Element, das in der europäischen Integration eine wichtige Rolle spielen kann. Die EU ist also sicher eine akzeptable Gesprächspartnerin.

Die EU wird aber oft nur als Geldgeberin wahrgenommen. Sie tritt auf die Bühne und verkündet: „Ich kann Ihnen Geld geben!“ Ich denke, dass die EU in dieser Hinsicht viel selektiver vorgehen, sehr präzise Kriterien für Finanzierungen festlegen und jene Projekte, die eine effektive Verbesserung herbeiführen, kräftig unterstützen müsste. Ich denke, dass es in der Folge von zentraler Bedeutung ist, dass die Resultate der unterstützten Aktivitäten geprüft werden. Ich denke, dass viele der bis heute umgesetzten Projekte sehr viel Oberflächliches, aber nur sehr wenig Konkretes bewirkt haben.

Ausserdem habe ich nicht das Gefühl, dass sich die Projekte durch ihre Genialität auszeichnen. Einerseits aufgrund eines Defizits, das ich als kulturelles Defizit seitens der Organisationen bezeichnen würde, die sie konzipiert haben, andererseits aufgrund der für die Kompetenzverteilung gültigen Finanzierungsmechanismen. Die Gemeinden werden aufgefordert Projekte zu managen, sind aber nicht an der Ausarbeitung der grundlegenden politischen Leitlinien beteiligt.

Die Schlussfolgerung aus meinen Überlegungen ist eine Frage:

Glauben Sie, dass wir unter diesen Rahmenbedingungen Fortschritte machen können, indem wir versuchen, die Situation zu verbessern, indem wir Mechanismen finden, die es erlauben, dieses Übereinkommen und die anderen notwendigen Initiativen tatsächlich umzusetzen? Oder glauben Sie, dass es prioritär ist, den schwerfälligen und bedeutenden institutionellen Rahmen und die Kompetenzverteilung zu reformieren?

PHILIPPE KAPRIÉLIAN

MITGLIED DES KOORDINATIONSDIENSTES DER GENERALDIREKTION REGIONALPOLITIK – EUROPÄISCHE KOMMISSION

Es stimmt, dass die Kommission und die EU bereits Projekte in den Bereichen Umwelt und nachhaltige Entwicklung umgesetzt haben. Die Auswahl der Projekte in diesem Rahmen fällt – genauso wie im Rahmen der Regionalpolitik – in die Kompetenz der Regionen und nicht in die Kompetenz der Kommission. Die Kommission stellt 213 Milliarden Euro für die Regionalentwicklung zur Verfügung, wählt aber die Projekte nicht selber aus. Dasselbe trifft auf alle Regionalprogramme und INTERREG-Programme zu. Auch hier sind es die Regionen selbst, die in Abhängigkeit der von ihnen gewählten Strategien und Prioritäten jene Projekte auswählen, die sie finanzieren möchten.

Ausserdem haben Sie sicher vermutet, dass bei der Vergabe einer derart grossen Summe – im letzten Zeitraum waren es etwas weniger als 213 Milliarden – eine Evaluierung der Auswirkung und Verträglichkeit der Projekte erfolgen muss, v.a. auch deswegen, weil die Kommission im Hintergrund mit dem Parlament und dem Rechnungshof zusammenarbeitet.

Diese verlangen Rechenschaft über die Verwaltung des Haushaltes, die Art der Ausgaben, das Erreichen der Ziele, usw.

Die Kommission ist verpflichtet, Evaluierungen zu erstellen und Rechenschaft abzulegen. Sie nimmt diese Aufgabe immer intensiver wahr, weil im neuen Zeitraum 2000-2006 die Evaluierung komplett in den Programmprozess integriert wurde. Vor der Umsetzung der Programme im Jahr 1999 oder 2000 wurde eine erste Evaluierung erstellt, nach Ablauf der Hälfte des Zeitraums (2003) wird eine neuerliche Evaluierung erfolgen, und die letzte Evaluierung schliesslich wird auf den Endresultaten basieren. Im Zusammenhaltsbericht, über den heute morgen berichtet wurde, werden diese Punkte bereits überblicksmässig angesprochen.

CHRISTIANE BARRET

DIREKTORIN FÜR NATUR UND LANDSCHAFT DES FRANZÖSISCHEN MINISTERIUMS FÜR RAUMPLANUNG UND UMWELT

Ich möchte gerne auf die Rolle der Regierung eingehen. In Frankreich braucht die Umsetzung der Alpenkonvention Zeit. Das ist ja auch in anderen Ländern der Fall, aber das heisst nicht, dass wir alles, was bereits getan wird, politisch abschreiben sollten. Auf Regierungsebene steht noch die Ratifizierung der meisten Protokolle aus. Einige wurden angenommen, und bei der Konferenz in Luzern im Jahr 2000 wurde mit der Annahme des Verkehrsprotokolls ein grosser Schritt nach vorne gemacht.

Ausserdem möchte ich zwei konkrete Umsetzungen der Alpenkonvention erwähnen:

- Die Schaffung des Netzwerkes Alpiner Schutzgebiete. Es gibt ja in unseren Alpen eine ganze Reihe solcher Gebiete. Es handelt sich hierbei um eine konkrete Umsetzung auf Staatsebene und auf der Ebene der vor Ort mit dem Management der Gebiete betrauten Personen. Das Netzwerk verfügt über verschiedenste Ausrichtungen in den Bereichen Naturschutz und Regionalentwicklung. Die Forderung nach der Schaffung eines entsprechenden Netzwerkes in den Karpaten zeigt auf, wie sehr sich dieses Netzwerk bewährt hat.
- Der sehr starke Wille der Staaten zur Schaffung eines ständigen Sekretariats, das nächstes Jahr seinen Betrieb aufnehmen sollte. Dieses wird helfen, die Identitäten, die Kohärenz der Politiken und ihre Umsetzung zu bekräftigen.

Dies sind zwei Beispiele, die illustrieren sollen, dass die Schaffung von Institutionen auf internationaler, in diesem Fall europäischer Ebene immer zuviel Zeit in Anspruch nimmt. Dass es aber wichtig ist, einen Stein nach dem anderen zu setzen, damit das Gebäude Form annimmt und zwar auch in Zusammenarbeit mit der EU.

MARCO CHICHELLI

REFERENT FÜR BERGGEBIETE, REGION PIEMONTE (ITALIEN)

Es ist offensichtlich, dass der zukünftige Vertrag für den europäischen Zusammenhalt eine privilegierte Ausrichtung für den Alpenraum und die Berggebiete vorsehen sollte. Dies wird nur dann möglich sein, wenn es von Seiten der Union einen starken politischen Willen zur Entwicklung der Berggebiete gibt und die lokale Bevölkerung in die Umsetzung der Politik für ihre eigene Entwicklung miteinbezogen wird. Die drei INTERREG Programme stellen einen Anfang dar, und wir verfügen nun über die Erfahrung der grenzüberschreitenden

Zusammenarbeit im Alpenraum. Zusammenarbeit und Entwicklung müssen durch die grenzüberschreitenden Regionen und nicht durch die nationalen Regierungen und die EU gestaltet werden. Es ist angebracht, die AkteurInnen dieser Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen einzubeziehen, damit sie nicht nur ihre eigene Entwicklung gestalten können, sondern auch an der Konzeption und Programmplanung dieser Entwicklung beteiligt sind. So könnte die INTERREG-Erfahrung Basis einer wahrhaft prioritären Ausrichtung sein, die auf regionaler und EU-Ebene entschieden wird; und es wäre so vielleicht möglich, besser mit allen Ländern der EU zusammenzuarbeiten.

Ich bedaure schliesslich, dass das nächstjährige Seminar der EU über Berggebiete in Brüssel stattfindet. Dies gibt Aufschluss über die Distanz zu den Berggebieten und den dort lebenden Menschen. Herr Kapriélian, wenn Sie den Ort, an dem dieses Seminar stattfindet, noch mal überdenken könnten, wäre dies bereits ein positives Zeichen.

Herzlichen Dank!

PHILIPPE KAPRIÉLIAN

Da die zwei Fragen miteinander verbunden sind, werde ich versuchen, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, indem ich beiden Rednern antworte. Manchmal wird gesagt, dass die Kommission nicht für die Regionalpolitik zuständig ist. In Wahrheit teilt sie sich, im Gegensatz zur gemeinsamen Agrarpolitik, die Zuständigkeit mit den Mitgliedsstaaten. Die Kommission schlägt die Aktionsrahmen und die Programme vor, innerhalb derer die Regionen jene Projekte wählen, die sie finanzieren wollen. Man kann nicht gleichzeitig mehr Subsidiarität, also mehr Macht auf lokaler Ebene und mehr Eingriff auf EU-Ebene verlangen. Es gibt hier eine Diskrepanz, die es zu beseitigen gilt. Ausserdem ist es Ziel der Regionalpolitik, das Entwicklungsgefälle innerhalb der EU zu verringern. Sie hat heute 15 Mitgliedsstaaten, und die Politik gilt in gleichem Masse für alle benachteiligten Regionen, in- und ausserhalb der Alpen.

Die Aussage, die EU sei auf der Ebene der Berggebiete abwesend, ist in Anbetracht der bedeutenden finanziellen Mittel, die diesen Gebieten gewidmet sind, falsch. Ausserdem kann ich auf die Frage, ob es in Zukunft ein Ziel Berggebiete geben wird, leider nicht antworten. Fest steht, dass die räumliche Dimension bei regionalen Aktivitäten direkter berücksichtigt werden wird. Man kann sich also ein Ziel für spezifische Aktivitäten in benachteiligten Zonen vorstellen, im Vertrag existiert dies bereits. Es wurde in Erinnerung gerufen, dass das Wort Berggebiet nicht in den Verträgen erwähnt wird. Das stimmt, aber benachteiligte Regionen oder Gebiete beinhalten natürlich auch Berggebiete. So ist durchaus vorstellbar, dass es spezifische Aktivitäten für Berggebiete gibt, genauso wie spezifische Aktivitäten für Inseln, Küstengebiete und andere Gebiete. Dieser Ansatz wird derzeit untersucht.

ENRICO BORGHI

PRÄSIDENT DER UNCEM (ITALIENISCHER VERBAND DER BERGGEMEINDEN)

Während unserer Überlegungen von heute Vormittag haben sich zwei Hauptaspekte herauskristallisiert. Sie betreffen die Institutionen, insbesondere jene auf zentraler Ebene, d.h. die

EU im Zusammenspiel ihrer Institutionen, sowie die periphere Ebene der lokalen Institutionen. Ich habe die Tatsache unterstrichen, dass dies die zwei Ebenen sind, an denen wir arbeiten müssen. Dazu müssen wir deren Stärken und Schwächen anerkennen. Wir sollten nicht in eine Entwicklung verfallen, in der verschiedene Strukturen aneinandergereiht werden: Von den lokalen Strukturen, die ihre Autonomie einfordern, über die Regionen und die nationalen Regierungen bis zur Ebene der Europäischen Union, die das Paradies darstellt. Die zwei Grundelemente für das Zusammenspiel zwischen dem Globalen und dem Lokalen sind die Gemeinde und die EU, und wir müssen daher an den für diese zwei Ebenen ausschlaggebenden institutionellen Aspekten arbeiten. Lokal zu denken darf nicht zu einer Ideologie werden, die man als „Lokalismus“ bezeichnen könnte und die nur zu Abwehrreaktionen führen würde; genauso wie die Globalisierung nicht als etwas Übergeordnetes wahrgenommen werden darf, ein nicht greifbares Konzept, das über den Köpfen jener schwebt, die die lokale Realität leben, denn auch das würde zu Abwehrmechanismen führen. Aus Gegen- oder Abwehrreaktionen kann nichts Positives entstehen.

Angesichts dieser Situation möchten wir ein Ziel Berggebiete entwickeln, aber kein Instrument, das auf Hilfestellung basiert, weil das nur die Möglichkeiten von Berggebieten einengt. Es gibt allerdings eine gewisse Anzahl von Problemen, die aufgrund ihrer spezifischen Besonderheit mit der globalen Situation in Beziehung stehen und daher einer Lösung globaler Natur bedürfen.

Denken Sie z.B. an die Schliessung zahlreicher Einrichtungen der „funktionellen Unabhängigkeit“ (so z.B. in Italien). Diese sind ein bedeutender Faktor für die Lebensqualität in ländlichen Gebieten und damit von zentraler Bedeutung für die Aufrechterhaltung der Besiedlung der Berggebiete. Ich denke hier an die Post, Sozialdienste, Krankenhäuser. Diese hängen von der globalen Entwicklung ab, die Europa gerade durchläuft – ob wir dies wollen oder nicht.

Wir kennen also die Probleme, aber wie können wir sie lösen? Wir wissen wir z.B., dass es in Italien nicht mehr möglich ist, auf öffentliche Ausgaben zurückzugreifen, um in Berggebieten die Postbüros, die kleinen Schulen, die Krankenhäuser oder die Dienstleistungen für ältere Personen aufrechtzuerhalten. Das ist ein wirkliches Problem! Wer ausser der EU kann umfassend auf diese Situation reagieren? Natürlich können wir uns mit einem auf Marktgesetzen basierenden System zufriedenstellen, in dem die demographisch gesehen Schwachen zwangsläufig ausgegrenzt werden. Unbewohnte Berggebiete sind eine Quelle von Problemen, die wir angehen müssen.

Ich möchte auf das bereits angesprochene Ziel „Berggebiete“ zurückzukommen. Es wäre vielleicht richtiger, wenn ich von einer EU-Richtlinie sprechen würde. Wir sollten unsere Überlegungen nicht auf eine traditionelle Politik öffentlicher Ausgaben stützen, weil es sich nicht um einen klassischen keynesianischen Eingriff handelt. In Bezug auf die oben erwähnten Probleme müsste es in einer guten Politik eine sehr starke Wechselwirkung zwischen der zentralen und der peripheren Ebene geben. Die beiden Niveaus widersprechen sich nicht, im Gegenteil: Zur Lösung der gegebenen Probleme müssen sie sich ergänzen.

Ich habe hier versucht, einige Überlegungen anzustellen. In Italien hat dieser Prozess bereits stattgefunden und die Gemüter sind reif für einen weiteren Schritt. Dort wurde vor kurzem bei einer Volksabstimmung eine tiefgreifende Reform der Verwaltung, mit einem ganz neuen

föderalistischen Modell angenommen. Es besteht aus drei Ebenen, die zum Aufbau des Staates - in diesem Fall der Republik - beitragen. Das Modell umfasst eine zentrale, eine regionale und eine lokale Ebene, die im Grunde gleichwertig sind und nach dem Prinzip der Subsidiarität aktiv werden. Im Rahmen der neuen europäischen Verfassung sollte sich die Europäische Union an diesem Modell orientieren und innovative politische „Lösungen“ entwickeln. Es bringt nichts, neuerlich eine Politik der öffentlichen Ausgaben vorzuschlagen, von der wir genau wissen, dass sie nicht durchführbar ist.

CLAUDE RAFFESTIN

DOKTOR DER WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN, EMERITIERTER PROFESSOR DER UNIVERSITÄT GENÈVE IN DER DISZIPLIN „STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG“

In seiner Rede hat Herr Borghi, ein lokaler Politiker, wirklich den Kern des Problems angesprochen. Seit 12 Jahren werden in Bezug auf die Alpenkonvention Absichtserklärungen abgegeben. Deren Umsetzung stösst auf Schwierigkeiten, weil sie nicht genügend Unterstützung findet. Es stimmt, dass die Europäische Kommission keine Ahnung davon hat, was Berggebiete sind, um das einmal ganz offen zu sagen. Das ist im Übrigen normal, weil die Berge recht weit weg sind. Wenn man aber will, dass die Alpen weiter der Lebensraum sind, von dem Herr Pils gesprochen hat, dann brauchen wir eine richtige Berggebietspolitik, und der gesamte Alpenraum muss als eine Region betrachtet werden. Die Schweiz ist nicht unbedingt ein gutes Beispiel, aber dort kann eine Bergpolitik in Betracht gezogen werden. Dazu müssen wir die Dringlichkeit der Sachlage in den Alpen begreifen (Alpenquerungen, Unfälle...). Wenn ein spezifisches Problem auftritt, dann darf man im jeweiligen politischen System nicht einfach wie gewohnt weiterfahren, sondern man muss das Problem analysieren um zu versuchen, eine spezifische Politik zu verfolgen. Die EU aber setzt ihre sehr allgemeine Regionalpolitik zur Lösung eines sehr spezifischen Problems ein.

JEAN-PIERRE COURTIN

VIZEPRÄSIDENT DER ORGANISATIONEN MOUNTAIN WILDERNESS FRANKREICH UND PRO MONT BLANC

Wir fordern unseren Teil in der Diskussion ein. Herr Borghi hat gesagt, dass die verschiedenen Gruppen nicht gegeneinander ankämpfen sollen. Wir haben das Gefühl, dass es in Bezug auf sehr wichtige Punkte, die über die Interessen der Bevölkerung der Alpentäler hinausgehen, von Seiten der lokalen politischen Institutionen eine Art Ablehnung, Misstrauen und manchmal Hass gibt. Und zwar sowohl gegenüber den Vereinen, die sich für ihr Vereinsziel einsetzen, als auch gegenüber dem Staat. Nun sind wir aber in Berggebieten genauso wie in anderen Räumen unweigerlich aufgerufen, Solidarität und Verantwortung zu leben. Es muss uns daher gelingen, mit den Anforderungen aller zu leben. Wir, die AkteurInnen der Berggebiete, haben manchmal den Eindruck, dass uns unser Recht durch für uns fragliche Raumordnungsentscheidungen entzogen wird. Ich denke aber, dass die lokalen und regionalen Regierungen nicht das Recht haben, staatliche Eingriffe abzulehnen. Es stimmt, dass dem Staat im Zusammenhang mit autonomen Regionen, dem Föderalismus oder der französischen Dezentralisierung oft die Schuld zugeschoben wird. Er sollte aber nichtsdestotrotz gewisse Interessen, die vielleicht über die unmittelbaren Interessen der Täler hinausgehen, verteidigen.

Ausserdem stellen wir fest, dass die Berggebiete reich sind und es innerhalb der Regionen eine gemeindeübergreifende Solidarität geben muss.

MICHEL ZISMAN

MITGLIED VON MOUNTAIN WILDERNESS FRANKREICH

Françoise Gerbaux hat uns gesagt, dass wir in den siebziger Jahren von sektoralen zu regionalen Überlegungen übergegangen sind. Dieser Paradigmenwechsel ist nicht auf den Alpenraum beschränkt. Ich möchte das Beispiel Frankreichs anführen, wo im Guichard-Bericht (1976) eine Reihe von Erwägungen berücksichtigt wurden, insbesondere all jene Probleme, die auf die Zersplitterung des französischen Staatsgebiets zurückzuführen sind. Es gibt ja in unserem Land 36.000 Gemeinden, zwei Drittel von ihnen haben weniger als 1.000 EinwohnerInnen.

Gibt es aus Struktursicht eine Besonderheit der Alpenpolitik?

FRANÇOISE GERBAUX

PROFESSORIN AM INSTITUT FÜR POLITISCHE STUDIEN IN GRENOBLE

Die Frage der Dezentralisierung und des Übergangs von sektoralen zu regionalen Politiken stellt sich in ganz Frankreich. Die einzelnen Regionen nehmen ihre regionale Politik unterschiedlich in Angriff. So haben z.B. nicht alle Regionalparlamente eine wirkliche Regionalpolitik ausgearbeitet. Die Regionen Rhône-Alpes, Midi-Pyrénées, Bretagne, Elsass und Poitou-Charentes nehmen hier eine Vorreiterrolle ein. Die Besonderheit der Alpen besteht in ihrer Extremität und zwar in dem Sinn, dass es sich um eine Zone mit sehr unterschiedlichen räumlichen Entwicklungen handelt. Wenn man allein die Gebirgsmassive der französischen Nord- und Südalpen betrachtet, so gibt es dort Gebiete mit starkem Bevölkerungsschwund und Rückgang der Landwirtschaft und gleichzeitig Gebiete mit sehr intensiver Landwirtschaft oder sehr hoher Qualität. Es handelt sich hierbei um heterogene oder Durchgangsgebiete, in denen sich die Städte in der Nähe der Berge befinden. Die Alpen sind ein Labor, weil sie aus Sicht der Fragen Verkehr, Naturgefahren, Nähe von Stadt und Land und Landwirtschaft so grosse Kontraste aufwerfen, dass diese gemanagt und reguliert werden müssen. Das Problem besteht darin, zu wissen, wie diese Extremsituationen angesichts der verschiedenen politischen und administrativen Ebenen angegangen und reguliert werden können.

PHILIPPE KAPRIÉLIAN

Ich werde zuallererst versuchen, auf Herrn Raffestins kritische Anmerkungen zu antworten, die ich als etwas ungerecht empfinde, auch wenn sie vielleicht zum Teil richtig sind. Ich glaube nicht, dass man heute noch sagen kann, dass Brüssel die Berggebiete nicht berücksichtigt. Die Problematik und das Interesse für die Bergbevölkerung werden heute viel klarer aufgezeigt. Das findet seinen konkreten Ausdruck in unserer heutigen Anwesenheit und in darüber hinausgehenden Aktivitäten. Ausserdem ist der für die Regionalpolitik verantwortliche Kommissar ein Savoyarde.

Sie haben gesagt, dass die Kommission ihre Regionalpolitik verfolgt, ohne die verschiedenen Entwicklungen zu berücksichtigen. Das stimmt nicht, denn die Regionalpolitik zählt zu jenen

Politikbereichen, die sich seit ihrer Gründung am meisten weiterentwickelt haben, und dies insbesondere durch die seit mehr als 10 Jahre bestehenden Programme der grenzüberschreitenden und transnationalen Zusammenarbeit. Die Kommission ist auch heute noch Vorreiterin in diesem Bereich, weil die Regionen nicht die Gewohnheit hatten, mit ihren Nachbarn zusammenzuarbeiten, und schon gar nicht mit ihren Nachbarn im Ausland. Dies ist der Grund für die Schwierigkeiten bei der Einführung des INTERREG-Programms; es handelte sich um eine neue Denk- und Arbeitsweise, die in den Mitgliedsstaaten und Regionen nicht angewendet wurde. Das INTERREG-Programm muss natürlich noch verbessert werden, weil seine Vorgangsweise nicht ausgefeilt genug ist und weil für das Programm im Vergleich zur enormen Gesamtsumme von 200 Milliarden Euro nur einige Millionen Euro ausgegeben werden. Und doch handelt es sich um einen ersten Schritt, und das Ziel besteht darin, die INTERREG-Vorgehensweise letztendlich in die Programmplanung zu integrieren. Angesichts der Resultate dessen, was im Rahmen aller INTERREG-Programme bis 2006 konkret vor Ort umgesetzt wird, kann diese Vorgehensweise dann allgemein eingeführt werden. Dies um so mehr als alles, was die Raumordnung betrifft, in die Kompetenz der Mitgliedsstaaten fällt, welche sich mit Händen und Füßen gewehrt haben, als die Kommission das Europäische Raumentwicklungskonzept (EUREK) lancierte und umsetzte. Es handelt sich hierbei um eine Studie, die auf EU-Ebene die verschiedenen Regionen untersuchte, um Programme zu entwickeln, die an homogene Gebiete angepasst sind. Die Mitgliedsstaaten hatten Schwierigkeiten damit, einen Teil ihrer Kompetenzen im Bereich Raumordnung an die Kommission abzugeben.

Damit komme ich auch zu dem, was Herr Borghi bezüglich der Beziehungen und Verbindungen zwischen den verschiedenen Entscheidungsebenen gesagt hat. Die Kommission hat in Bezug auf die Regelungen für den Zeitraum 2000-2006 mit den Staaten verhandelt, damit diese einen neuen Verordnungsentwurf annehmen. Durch die Einsetzung eines Begleitsausschusses, der die Kommission, nationale, regionale und lokale Behörden und gewisse Wirtschafts- und Sozialpartner (Handelskammern, Vereine usw.) umfasst, soll eine grössere Anzahl von Partner ins Programmanagement einbezogen werden. Die Kommission hat versucht, in den neuen Vorschriften eine Ausweitung dieser Partnerschaft einzubauen, da letztere oft zu begrenzt ist, weil die Wahl der Partnerinnen in die Kompetenz des jeweiligen Mitgliedsstaates fällt. Dies führte je nach institutionellem Aufbau der Staaten zu sehr unterschiedlichen Situationen. So gab es z.B. in Frankreich, einem sehr zentralisierten Land, von Seiten der Begleitausschüsse grossen Widerstand gegen die Einbeziehung der lokalen Behörden (Gemeinde oder Departement) und erst recht gegen die Einbeziehung von Vereinen oder Wirtschafts- und Sozialpartnern. Auch in den anderen Ländern gab es Widerstand von Seiten der Mitgliedsstaaten bezüglich der Ausweitung dieser Partnerschaft. Dies ist also eines der Probleme, vor dem die Kommission im neuen 6-Jahres-Zeitraum steht.

MANFRED PILS

GENERALSEKRETÄR DER NATURFREUNDE INTERNATIONALE (ÖSTERREICH)

Ich möchte auf den Beitrag von Françoise Gerbaux reagieren und auf zwei Punkte eingehen: Die Dezentralisierung und die Rolle der Europäischen Union. Wenn man die Länder, deren Verwaltungsstruktur stark zentralisiert ist (Frankreich und Italien), mit föderalistischen Ländern (Deutschland und Österreich) vergleicht, stellt man fest, dass die Fehlentwicklungen

im Alpenraum durch die Dezentralisierung nicht unbedingt verhindert werden. Daher muss das Thema der Organisation der Verwaltung sehr gut von jenem der politischen Rahmenbedingungen getrennt werden, d.h. von den Regeln für Raumplanung, Regionalentwicklung oder Verkehr. Diese müssen auf nationaler und europäischer Ebene geregelt werden.

In Bezug auf die Rolle der EU herrscht folgendes Bild vor: Die EU steht auf der Seite der kleinen Regionen und nicht der Nationalstaaten. Das mag vielleicht sogar ideologisch stimmen, weil die EU tatsächlich auf der Seite der schwachen Regionen steht. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, wie Verträge und Regelungen entstehen.

Der Vertrag über die Europäische Union oder der zukünftige Vertrag über die europäische Strukturförderung, werden nicht von der Europäischen Kommission ausgearbeitet. Sie werden von den Nationalstaaten festgelegt, an die die zukünftigen Verordnungen gerichtet sind. Wenn wir etwas am Verhältnis zwischen europäischer, nationaler oder lokaler Ebene verändern wollen, müssen wir zuallererst in unseren eigenen Staaten lobbyieren und sie zwingen, in andere Richtungen zu denken. Um dies zu erreichen, müssen alle Alpenregionen zusammenarbeiten und ihre Abgeordneten überzeugen. Ich glaube nicht, dass es im Alpenraum eine transnationale Solidarität gibt, in der wir gemeinsame Konzepte verfolgen. Solange wir nicht gemeinsam auftreten und dabei die Zusammenarbeit mit Bürgern, Gemeinden und Zivilorganisationen suchen, werden wir nichts an den bestehenden Verhältnissen ändern, wo die EU-Entscheidungen letztendlich in Rom oder Paris fallen.

GUIDO PLASSMANN

NETZWERK ALPNER SCHUTZGEBIETE¹

Ich möchte auf den Vortrag von Manfred Pils zurückkommen. Er hat in Bezug auf die alpinen Schutzgebiete nur die Nationalparks und Naturschutzgebiete (15% des Alpenraums) als Beispiele für eine Schutzpolitik erwähnt, die in Richtung nachhaltige Entwicklung geht. Es gibt aber auch andere Instrumente, z.B. die regionalen Naturparks in Frankreich, die Biosphärenreservate oder die Ruhezone in Österreich. Diese Schutzsysteme ermöglichen es, neue Entwicklungsmethoden zu testen und eine wahre Politik im Sinn der Alpenkonvention ein- und umzusetzen, wobei bedauerlicherweise die EU in diesen Prozessen nur wenig präsent ist.

Das Netzwerk Alpiner Schutzgebiete ist eine erste Initiative, die über reine Schutzaspekte hinausgeht. Innerhalb dieses Netzwerks findet ein Austausch zwischen allen Verwaltungen der Schutzgebiete (ca. 2000 in den Alpen) statt, eine transalpine Zusammenarbeit, im Sinne der EU. Sie funktioniert seit Jahren mittels Austauschprogrammen, gemeinsamen Produkten und der Harmonisierung der Managementmethoden in den Schutzgebieten. Wenn heute die sechs Länder der Karpaten, verschiedene Länder und Kulturen, die gleiche Initiative ergreifen wollen und als Beispiel das gut funktionierende alpine Netzwerk heranziehen, dann gibt das ein sehr positives Bild der Alpen ab. Auf dieser Grundlage bleibt nur zu wünschen, dass sich

¹ Das am 16. Oktober 1998 bei der fünften Alpenkonferenz gegründete Netzwerk Alpiner Schutzgebiete vereint alle Verwaltungen alpiner Schutzgebiete. Sein Ziel ist eine engere Zusammenarbeit der Alpenstaaten zur konkreten Umsetzung des Alpenkonventionsprotokolls „Naturschutz und Landschaftspflege“.
Quelle: <http://www.alparc.org>

die EU stärker einbringt, weil unser Geist ein europäischer ist.

ANONYM

Es wurde gesagt, dass das Alpenmassiv benachteiligt ist und dass daher eine entsprechende Politik umgesetzt werden muss. Die Alpen sind aber weder Afghanistan noch das Atlasgebirge. Es ist wichtig zu wissen, dass die Einkommen und Produktionskapazitäten innerhalb der Abgrenzung der Alpenkonvention zu den höchsten in Europa zählen. Auf eine gewisse Art und Weise sind die Alpen ein potentieller Motor Europas. Wir können also nicht von einem benachteiligten Berggebiet sprechen, sondern von einem Berggebiet mit eigenen Anforderungen und räumlichen Besonderheiten.

Das wirft das grosse Problem auf, das von Manfred Pils angesprochen wurde, nämlich das Wissen, dass die Dezentralisierung zwar ein Rezept ist, aber nicht ausreicht. Wir müssen uns die Frage anders stellen. Die nachhaltige Entwicklung, für die die Alpenkonvention Garant sein muss, basiert auf den Prinzipien der Zusammenarbeit und der Subsidiarität, aber auch auf jenem der Verantwortung. Das Problem besteht darin, gut zu definieren, was man unter „Berggebieten“ versteht, weil diese zweigeteilt sind: Auf der einen Seite stehen die reichen, wohlhabenden und wirtschaftlich starken Talböden, auf der anderen die Hänge, die per Definition weniger gut dastehen. Die lokalen Regierungen müssen eine gewisse Unabhängigkeit erhalten, d.h. in Entscheidungen eingebunden werden, es bedarf aber einer gewissen Kontrolle der Leistungen. Ich kenne Berggemeinden, die Ortschaften in grosser Seehöhe umfassen. In diesen Ortschaften, die mit dem Talboden durch Strassen verbunden sind, wohnen Familien, deren Kinder zur Schule gehen. Man hat aber von Seiten der Gemeinde dort nicht die nötigen Investitionen getätigt, sondern es vorgezogen, in stärker bevölkerte Ortschaften zu investieren, die ein grösseres Wählerpotential darstellen.

Es muss gelingen, mittels der Alpenkonvention das Konzept der Verantwortung auf allen Ebenen zu vermitteln, was aufgrund der Vielfalt und der Komplexität keine leichte Aufgabe ist.

PHILIPPE TRAUB

NATIONALPARK VANOISE (FRANKREICH)

Ich möchte zur regionalen bzw. gebietsbezogenen Dimension zurückkommen. Die verschiedenen Rednerinnen und Redner haben mehrmals die Stärkung der regionalen gegenüber der sektoralen Vorgangsweise betont. Es gibt aber mehrere Ebenen des regionalen Zugangs: Die Ebene Berggebiete im Allgemeinen, die Ebene Alpenbogen, die Ziel-1- und Ziel-2-Gebiete, die institutionellen Abgrenzungen Region, Departement, Provinz und die lokalere Ebene. Wie definiert man bei all dieser Vielfalt die räumliche Abgrenzung und die gebietsbezogenen Politiken? Welche Rollen spielen die EU, die Staaten und die Regionen bei der Definition der Abgrenzungskriterien?

Auf lokaler Ebene gibt es mehrere mögliche Logiken. Herr Kapriélian hat von homogenen Gebieten mit einer gewissen Kohärenz gesprochen. In Frankreich definiert das Raumordnungsgesetz v.a. die Agglomerationen oder die „pays“ (Gebiete, Gegenden), d.h. homogene Gebiete im Umfeld eines Aktivitätszentrums. Es gibt aber auch eine Logik der Gebirgsmassive, weil letztere im Naturerbe der Alpen oft eine wichtige Rolle spielen und Gegenstand von Verwaltungssystemen sind. Gleichzeitig sind die grossen Naturräume ein

Trumpf für eine gewisse Art von touristischer Entwicklung, die Teil einer Logik der nachhaltigen Entwicklung ist. Können sie die Stärken eines regionalen Zugangs darstellen? Sind nur die Behörden oder Gruppen von Gebietskörperschaften oder auch andere Strukturen, die an der Verwaltung dieser Gebiete beteiligt sind, Träger eines Projekts bzw. einer Zukunftsstrategie für diese Gebiete?

PHILIPPE KAPRIÉLIAN

Die Regeln für den Einbezug der regionalen und lokalen Ebene in die Strukturfonds der Regionalpolitik sind einfach. Nachdem die Programme von der Kommission verabschiedet worden sind, ist die Region unsere Ansprechpartnerin. Zu Beginn werden die Programmentwürfe allerdings von der nationalen Behörde zentralisiert, in Frankreich ist es die staatliche Raumordnungsbehörde DATAR. Dann wird in jeder Region ein Begleitausschuss eingesetzt. Dieses Gremium kontrolliert die Umsetzung, entscheidet über Projekte und evaluiert sie. In Frankreich gibt es in diesem Gremium im neuen Zeitraum einen gemeinsamen Vorsitz des Präfekten der Region (Generalsekretär für regionale Angelegenheiten - SGAR) und des Präsidenten des Regionalparlaments.

In den anderen Mitgliedsstaaten kann die Situation jeweils etwas anders aussehen, der gemeinsame Vorsitz des Begleitausschusses umfasst aber immer eine regionale Komponente. Die Einbeziehung der anderen Ebenen, insbesondere der lokalen Ebene, erfolgt innerhalb des Begleitausschusses: Es handelt sich normalerweise um Ansprechpersonen und PartnerInnen, die an den Programmen beteiligt sind und die im Begleitausschuss vertreten sein müssen. Auch hier aber fällt die Auswahl der PartnerInnen in die Kompetenz des Mitgliedstaates. Im Allgemeinen sind die lokalen Behörden eingebunden. Die Schwierigkeit liegt auf Ebene der Wirtschafts- und Sozialpartner.

Zur Frage der bereits bestehenden räumlichen Einheiten, wie „pays“ (Gebiet, Gegend) oder Gemeindeverband ist anzumerken, dass diese wirksam in die regionale Vorgehensweise der Strukturfonds eingebunden werden können. Allerdings handelt es sich um eine subregionale Ebene, die zwar in die Begleitausschüsse integriert, aber von der Kommission nicht von Amts wegen aufgenommen werden kann. Wenn diese Einheiten Teil des Begleitausschusses des sie betreffenden Projektes sein wollen, müssen sie sich zuerst vorstellen und dann vom gemeinsamen Vorsitz des Begleitausschusses akzeptiert werden. Ausserdem müssen sie sich in einem Gebiet befinden, das Anspruch auf Strukturfonds hat.

ERWIN STUCKI

VERANTWORTLICHER DER WESTSCHWEIZER ZWEIGSTELLE DES INSTITUTS FÜR AGRARWIRTSCHAFT AN DER EIDGENÖSSISCHEN TECHNISCHEN HOCHSCHULE ZÜRICH (SCHWEIZ)

Ich gehe von der Idee aus, dass die Generaldirektion Regionalpolitik die federführende Instanz der Umsetzung der Alpenkonvention ist, weil es sich um einen gebietsbezogenen Ansatz handelt. Ich möchte dies überprüfen und dann die Frage stellen, welche Humanressourcen, technischen und finanziellen Ressourcen von der EU mittels der Regionalpolitik zur Verfügung gestellt werden, um die Alpenkonvention wirklich umzusetzen. Wird automatisch ein kleiner Teil des im INTERREG IIIB für die Alpen vorgesehenen

Geldes für die Alpenkonvention ausgegeben?

PHILIPPE KAPRIÉLIAN

Innerhalb der Alpenkonvention gibt es eine thematische Aufteilung. Sie fällt v.a. in den Verantwortungsbereich der Generaldirektion Umwelt, aber die Protokolle, die eine andere Direktion betreffen (z.B. das Verkehrsprotokoll), werden von dieser verwaltet.

Ausserdem gibt es auf der Ebene der Regionalpolitik keine speziell für die Alpenkonvention reservierten Mittel. Die Finanzierung erfolgt entweder über regionale Programme oder über INTERREG.

HENRY DUPASSIEU

STELLVERTRETER DES BÜRGERMEISTERS VON CHAMBÉRY – BEAUFTRAGTER FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG, UMWELT UND GESUNDHEITSSCHUTZ (FRANKREICH)

Als neugewählter Politiker habe ich einige Schwierigkeiten mit dem Begriff der nachhaltigen Entwicklung. Heute verwenden alle PolitikerInnen diesen Begriff, aber alle nach ihrer eigenen, oft sehr restriktiven Definition. Wir müssen dringend eine einfache gemeinsame Definition finden, wenn wir den Begriff der nachhaltigen Entwicklung nicht jeglichen Sinnes entleeren wollen.

Die zweite Schwierigkeit ist die Entwicklung von der sektoralen hin zur regionalen Politik. V.a. in Rhône-Alpes, wo man nach und nach versucht, eine regionale Politik umzusetzen, wird offensichtlich, dass die PolitikerInnen oft noch einen Reflex der sektoralen Politik haben und alle mit ihrem Projekt bei der „Registrierkasse“ vorstellig werden, ohne dass dieses zwangsläufig Teil einer regionalen Logik ist.

Um diese regionale Logik zu erreichen und auf EU-Ebene gehört zu werden, scheinen mir zwei Punkte wichtig: Eine genauere Ausrichtung und viel mehr Zwang bezüglich der zu erreichenden Ziele.

PHILIPPE DESCAMPS

Kann man sagen, wie viele EU-Beamten an dieser Frage arbeiten, gibt es einen Haushalt für diese Vorgehensweise, gibt es innerhalb der Kommission hierfür eine eigene Struktur?

PHILIPPE KAPRIÉLIAN

Nein, weil es Generaldirektionen gibt, die das Gegenstück zu Ministerien auf nationaler Ebene darstellen. Bei der Regionalpolitik gibt es sowohl eine geographische Unterteilung, in der Personen damit beauftragt sind, die Programme mehrerer Regionen pro Land zu verfolgen als auch eine Unterteilung in Bezug auf die Begleitung der Koordinierung und die Evaluierung von Finanzeinheiten. In den anderen Generaldirektionen wird ähnlich gearbeitet. Wir arbeiten bei sehr vielen Themen, insbesondere bei Regionalprogrammen, mit anderen Generaldirektionen zusammen, weil wir einen regionalen Zugang verfolgen. Die anderen betroffenen Dienste (Umwelt, Verkehr, Wettbewerb, Landwirtschaft, Beschäftigung und Bildung) werden sofort in alle in der Regionalpolitik angenommenen Programme einbezogen.

gen. Sie werden auch deswegen einbezogen, weil wir so feststellen können, ob unser Zugang im Einklang mit ihrer jeweiligen Politik und ihren Aktivitäten in den verschiedenen Regionen steht.

SCHLUSSWORT VON CHRISTIANE BARRET

DIREKTORIN FÜR NATUR UND LANDSCHAFT IM MINISTERIUM FÜR RAUMORDNUNG UND UMWELT (FRANKREICH)

Wenn man als Bergbevölkerung von den Bergen redet, hat man nicht unbedingt dieselbe Vision wie Menschen, die die Berge von der Ebene aus betrachten.

Zu den Faktoren, die für die Berggebiete besonders von Bedeutung sind, gehören sicherlich folgende:

- Die Identität der Personen, die in ihnen leben und sie gestalten
- Die Qualität aller dort gesetzten Aktivitäten (landwirtschaftliche Produkte, Massentourismus und sanfter Tourismus, ihre Entwicklung in Bezug auf Städtebau und Infrastrukturen).
- Die langfristige Sichtweise, weil die in den Berggebieten getroffenen Massnahmen oft irreversibel sind.

Sie muss dies auf den verschiedenen politischen Ebenen geltend machen (von der lokalen Ebene bis zur EU). Mir scheint, dass hier die Staaten im Rahmen ihrer Raumordnungs- und Umweltschutzpolitik eine besondere Verantwortung haben. Es müssen mehrere Elemente berücksichtigt werden: Die Entwicklung des Klimas, die Naturgefahren, die Kompatibilität verschiedenster, dort stattgefundener Planungen und die Erhaltung dieser Räume.

Welche Werkzeuge sollen zum Einsatz kommen? Wir haben sehr viel von der Alpenkonvention gesprochen. Sie ist innerhalb eines langen Zeitraums nach und nach gereift, und wir stossen bei ihrer Umsetzung auf Schwierigkeiten, weil sich nur zögerlich Fortschritte einstellen. Auch hier liegt die Verantwortung bei den Staaten, die die Urkunden ratifizieren, ständige Sekretariate schaffen und die verschiedenen Werkzeuge dieser Konvention entwickeln müssen. Es gibt aber nicht nur die Staaten und das Parlament, um dies aufzuzeigen, sondern auch die wirtschaftlichen AkteurInnen und die NGOs. Wir sind heute Vormittag hier auf Initiative einer NGO zusammengekommen, die eine besondere Verantwortung im Naturschutzbereich hat, einem Bereich, der mir in meiner derzeitigen Funktion natürlich sehr wichtig ist.

Ich möchte zum Schluss anmerken, dass die Bewahrung der Biodiversität, des Reichtums und der Landschaften der Berggebiete einer der wesentlichen Aspekte der Umsetzung der Alpenkonvention ist. Wir müssen uns mit den NGOs und anderen PartnerInnen für diesen Aspekt einsetzen. Ich möchte des weiteren unterstreichen, dass auf französischer Ebene der Pilotausschuss der Alpenkonvention alle PartnerInnen einbezieht, nicht nur jene auf administrativer und institutioneller Ebene, sondern auch NGOs. Ausserdem müssen wir uns auf einige Meilensteine in den Alpen stützen. Ich möchte hier das Beispiel der Vereinigung Pro Mont Blanc erwähnen, die sich zum Ziel gesetzt hat, das Montblanc-Massiv und sein Umfeld zum Weltnaturerbe erklären zu lassen. Die Gesamtheit der Politik und der umgesetzten Aktivitäten wird immer durch solch bahnbrechende Taten vorangebracht. Damit schliesse ich meine kurze Betrachtung zur Bedeutung der Verantwortung der Staaten bei der Umsetzung der Alpenkonvention und der Zukunft der Alpen.

Die Europäische Union und die Alpen

2. THEMA

Landwirtschaft



Die Landwirtschaftspolitik der Europäischen Union

in den Alpen

Die bedeutendste Gemeinschaftspolitik, die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), wurde 1975 durch eine auf Berggebiete ausgerichtete Massnahme um eine räumliche Dimension erweitert.

Die GAP, deren Grundstein auf der Konferenz von Stresa (1958) gelegt wurde, wurde in den sechziger Jahren für die wichtigsten gemeinschaftlichen Marktordnungen umgesetzt.

Ihre Interventionsinstrumente sind seither oftmals vertieft, reformiert und diversifiziert worden, sowohl in Bezug auf die Marktpolitik als auch in Bezug auf die Entwicklung einer Strukturpolitik. Letztere betraf anfangs nur Agrarstrukturen im engeren Sinn. Sie wurde nach und nach auf die Dimension der Entwicklung des ländlichen Raums erweitert. Zuerst auf Grundlage der ersten Richtlinie für benachteiligte Gebiete und Berggebiete (75/268/EWG), dann durch ihre Einbeziehung in die Gemeinschaftspolitiken der Strukturfonds und schliesslich durch die Umsetzung von Programmen und Aktivitäten, die vermehrt im Rahmen einer Programmplanung umgesetzt wurden.

Die neueste und aufgrund ihres Umfangs bedeutendste Reform der GAP ist die Agenda 2000. Sie wurde 1999 im Rahmen der Reform mehrerer anderer Gemeinschaftspolitiken angenommen. Diese Agenda wurde im Hinblick auf eine zukünftige Erweiterung der EU nach Mittel- und Osteuropa ausgearbeitet. Sie zielt darauf ab, den verschiedenen Erwartungen der landwirtschaftlichen Produzenten und anderer Akteurinnen der Gesellschaft in Bezug auf Sicherheit und Qualität der Lebensmittel, den Umweltschutz und dem generellen Gleichgewicht zwischen den Gebieten bestmöglich



CLAIRE SAUVAGET

GENERALINSPEKTORIN FÜR

LANDWIRTSCHAFT,

HAUPTVERWALTERIN DER

GENERALDIREKTION

LANDWIRTSCHAFT

DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION



Rechnung zu tragen. Die GAP befindet sich in der Tat aus Marktsicht nicht mehr in der Situation Ende der fünfziger Jahre, in der die EU 6 Mitgliedstaaten umfasste und ein Mangel an landwirtschaftlichen Produkten herrschte. Die EU hat heute 15 Mitgliedsstaaten und wird bald mehr als 20 haben. Das Konzept der erneuerten GAP beruht insbesondere auf der Förderung einer multifunktionalen Landwirtschaft, die die landwirtschaftliche Marktpolitik und die neue Politik der Entwicklung des ländlichen Raums umfasst. Aus Haushaltssicht umfasst der erste, die GAP betreffende Bereich die Unterbereiche „gemeinschaftliche Marktordnungen“ und „Entwicklung des ländlichen Raums“.

Neben der Förderung der produktiven Aktivitäten zielt diese Politik auf die Förderung einer Landwirtschaft ab, die die Gesamtheit der von den LandwirtInnen unserer Gesellschaft geleisteten Funktionen und Dienstleistungen anerkennt und entschädigt. Dies ist integraler Bestandteil des EU-Landwirtschaftsmodells, das die Kommission im Rahmen der internationalen Verhandlungen über den Welthandel verteidigen will.

Die GAP zielt neben dem Erreichen eines besseren Marktgleichgewichts und präziserer Normen für die Definition der Produkte auf eine bessere Berücksichtigung der regionalen Dimension ab. In Bezug auf Berggebiete werden hierfür verschiedene Mittel eingesetzt:

- Verschiedene Marktordnungen, die über das Beihilfensystem für gewisse Ackerkulturen durch die Auszahlung von Beihilfen in der Form von Hektarprämien hinausgehen. Seit 1992 ist dies ein wichtiges, direkt an die Fläche und viel indirekter an die produzierten Mengen gebundenes Element. Es basiert auf der Situation in den vorhergehenden Jahren. Gewisse gemeinschaftliche Marktordnungen umfassen Elemente, die speziell an benachteiligte Gebiete oder Berggebiete angepasst sind. Denken Sie z.B. an die Prämie für die Extensivierung der Rinderhaltung oder die Prämie „ländlicher Raum“ für Rindfleisch. Beim Management der Milchkontingente wurde aber auch ein Spielraum für die Mitgliedsstaaten gelassen, die Richtmengen an gewisse Kategorien von Produzenten umverteilen können. Die Mitgliedsstaaten haben bei diesen Umverteilungen einen gewissen Spielraum bei der Auswahl der profitierenden Kategorien. Man kann davon ausgehen, dass dieser in Frankreich genutzt wurde und dass die Berggebiete davon profitieren können. Seit der Einführung der Milchquoten ist der Anteil der Berggebiete an der französischen Milchproduktion von 10 auf 12% gestiegen.

Die Politik für qualitativ hochwertige Produkte ist für die Berggebiete von grosser Bedeutung. Sie ist seit den im Jahr 1992 verabschiedeten Bestimmungen integraler Teil des gemeinsamen Besitzstands und zielt darauf ab, Qualitätsbezeichnungen zu definieren und zu vermarkten. Die geschützten Ursprungsbezeichnungen (g.U.¹), die geographisch geschützten Angaben (g.g.A.²) und die Gemeinschaftlichen Bescheinigungen besonderer Merkmale sind Zeichen des Willens, die Beziehung zwischen einem Produkt und einem Gebiet bzw. ein besonderes Herstellungsverfahren anzuerkennen und gleichzeitig ein Werkzeug für eine Erhöhung des Produktwerts zu schaffen. Ich möchte hier als Beispiel die verschiedenen geschützten französischen Käsesorten, den Tannenhonig der Vogesen (g.U.) oder die Äpfel und Birnen aus Savoyen (g.g.A.) zitieren. Alle neuen Mitgliedsstaaten müssen diese Rechtsvorschriften

¹ Der Begriff geschützte Ursprungsbezeichnung sagt aus, dass die Verarbeitung und Herstellung in einem bestimmten geographischen Umfeld mit einem anerkannten und festgestellten Wissen stattfinden müssen.

² Im Fall der geographisch geschützten Angaben bleibt die Verbindung mit dem Gebiet zumindest in einem der Stadien Erzeugung, Verarbeitung und Herstellung bestehen, und das Produkt kann ein besonderes Renommee geniessen.
Quellen: http://www.europa.eu.int/comm/agriculture/foodqual/quali1_de.htm

umsetzen.

Die räumliche Dimension, die die Berggebiete besonders betrifft, wird durch eine ehrgeizige Politik berücksichtigt, die einen immer integrierteren Ansatz zur Entwicklung des ländlichen Raums verfolgt. Sie bietet den Berggebieten und insbesondere dem Alpenbogen zahlreiche Möglichkeiten und ist das Hauptthema meines heutigen Vortrages.

DIE LEITLINIEN: VERSTÄRKUNG DER PROGRAMMIERUNG UND BESSERE ANWENDUNG DES SUBSIDIARITÄTSPRINZIPS

Alle Massnahmen der Entwicklung des ländlichen Raums müssen in ein Programmplanungs-Dokument integriert werden, das auf der geeigneten geographischen Ebene erstellt und durch die von den Mitgliedsstaaten gewählten Behörden nach Konsultierung verschiedener Wirtschafts- und SozialpartnerInnen ausgearbeitet wird.

Ich möchte hier ganz besonders die Gemeinschaftsinitiative LEADER+, eine Verlängerung von LEADER und LEADER II, herausstreichen, die im Bereich der Agrarpolitik und der Entwicklung des ländlichen Raums das Pendant zur Gemeinschaftsinitiative INTERREG für die Regionalpolitik darstellt. In Bezug auf Partnerschaften beruht LEADER+ auf einem Bottom-Up-Ansatz: Der Gründung und den Vorschlägen lokaler Aktionsgruppen. Dies kann in Bezug auf die Dauer der Umsetzung des Prozesses, der es ermöglicht, die Besonderheiten der betroffenen Gebiete gut nach oben zu tragen und die Erstellung einer besonders detaillierten Analyse der betroffenen Erfordernisse, von Nachteil sein.

Alle erwähnten Programme werden aus dem EU-Haushalt (Beitrag des EAGFL³) und den Haushalten der Mitgliedsstaaten kofinanziert. Sie werden von den Mitgliedsstaaten präsentiert und von der Kommission auf Grundlage der bei ihr eingelangten Vorschläge angenommen. Die Quelle der EU-Geldmittel variiert je nach Region und den getroffenen Massnahmen. Die Gemeinschaftsinitiative LEADER+ wird im gesamten EU-Gebiet durch die Abteilung Ausrichtung des EAGFL finanziert. Massnahmen, die den Programmen der Strukturfonds der Ziel-1-Gebiete entsprechen, werden ebenfalls von der Abteilung Ausrichtung des EAGFL finanziert. Die Finanzierung aller anderen Massnahmen in- und ausserhalb von Ziel-1-Gebieten erfolgt durch die Abteilung Garantie des EAGFL (jährliche Obergrenzen: 4,3 Milliarden Euro für EAGLF Garantie und etwas mehr als 3 Milliarden Euro für EAGL Ausrichtung, wenn man die für die LEADER-Initiative verwendeten Geldmittel berücksichtigt). All diese Programme unterliegen einer ständigen Überwachung und Evaluierung.

Vier Massnahmen betreffen die Pläne für die Entwicklung des ländlichen Raums im gesamten EU-Gebiet:

- Die Vorruhestandsregelung
- Die Ausgleichszahlungen für benachteiligte Gebiete und Berggebiete sowie für Gebiete, die Umweltauflagen erfüllen müssen. Das ermöglicht es z.B. die Einschränkungen gewisser landwirtschaftlicher Nutzungen oder Techniken, die vom NATURA 2000-Programm auferlegt werden, zu entschädigen bzw. zu berücksichtigen, da es unmöglich ist, eine ausgleichende Entschädigung für natürliche Benachteiligungen in Berggebieten (Hanglage, Seehöhe, klimatische Schwierigkeiten...) zu erhalten. Auch rechtliche Einschränkungen können so ent-

³ EAGFL: Europäischer Ausgleichs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft

schädigt bzw. berücksichtigt werden. Diese zwei Arten von Entschädigungen können kumuliert werden.

- Die Agrarumweltmassnahmen und die Aufforstung von landwirtschaftlichen Böden sind ebenfalls Massnahmen, die im gesamten EU-Gebiet durch den EAGFL Ausrichtung Garantie finanziert werden.

- Die anderen Massnahmen werden entweder durch den EAGFL Ausrichtung Ausgleich (Ziel-1-Gebiete) oder durch den EAGFL-Garantie (restliche Gebiete) finanziert.

95% der europäischen Berggebiete liegen in Ziel-1- oder Ziel-2-Gebieten. Die anderen Massnahmen, die nicht überall vom EAGFL-Garantie für Ziel-1-Gebiete finanziert werden, müssen in die Programmplanung der Strukturfonds integriert werden. Die Mitgliedsstaaten können das Ziel 2 entweder durch Pläne für die Entwicklung des ländlichen Raums oder durch Programmplanung finanzieren. Diese Lösung wurde von Frankreich für jene Regionen gewählt, die nicht in Ziel-1- oder Ziel-2-Gebieten liegen. Diese Massnahmen der Entwicklung des ländlichen Raums können durch die Programme für die Entwicklung des ländlichen Raums finanziert werden.

EAGFL: DER EUROPÄISCHE AUSGLEICHS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT

Der im Jahre 1962 geschaffene EAGFL ist ein finanzielles Instrument der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), das der Unterstützung der Agrarmärkte (Ausrichtung Garantie) und der Förderung der Entwicklung des ländlichen Sektors (Ausrichtung Ausgleich) dient. Der EAGFL ist einer der 4 Strukturfonds der Europäischen Union.

UNTERSTÜTZTE AKTIVITÄTEN

Der EAGFL wurde zur besseren Strukturierung der Gesamtheit der von ihm unterstützen Aktivitäten mit zwei Ausrichtungen ausgestattet: Der Ausrichtung Garantie und der Ausrichtung Ausgleich, wobei nur die Ausrichtung Ausgleich zu den Strukturfonds gerechnet wird.

DER EAGFL – AUSRICHTUNG GARANTIE

Dient der vollständigen und exklusiven Finanzierung der Ausgaben für die landwirtschaftliche Marktordnung:

- . Ausfuhrerstattung in Drittländer;
- . Eingriffe zur Regulierung der Agrarmärkte;
- . Aktivitäten zur Entwicklung des ländlichen Raums ausserhalb der Programme der Ziel-1-Gebiete, mit Ausnahme der Gemeinschaftsinitiative für die Entwicklung des ländlichen Raums (LEADER+);
- . finanzieller Beitrag der EU zu punktuellen tierärztlichen Aktivitäten, Kontrollaktivitäten im tierärztlichen Bereich und Programmen zur Ausrottung und Überwachung von Tierkrankheiten (veterinärrechtliche Massnahmen) sowie pflanzenschutzrechtliche Massnahmen;
- . Informationsaktivitäten zur gemeinsamen Agrarpolitik;
- . Hilfe für den Vorruhestand;
- . Massnahmen zur Bewaldung von landwirtschaftlichen Böden;
- . Gewisse Massnahmen in Bezug auf die Nutzung der Fischereiressourcen.

DER EAGFL - AUSRICHTUNG AUSGLEICH

Dient der Förderung von Investitionen für die Entwicklung des ländlichen Raums in Ziel-1-Gebieten (Förderung der Entwicklung und Strukturanpassung von Regionen mit Entwicklungsrückstand):

- . Förderung der Qualität der Produkte der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelindustrie;
- . Verbesserung der ländlichen Infrastruktur
- . Dorferneuerung und -entwicklung, Denkmalpflege und Umweltschutz;
- . Finanzierungstechniken;
- . Aktivitäten in Zusammenhang mit der Forstwirtschaft;
- . Forschung und Entwicklung im Bereich land- und forstwirtschaftlicher Technologien;
- . Berufsausbildung, Verbesserung der Lebensbedingungen...

Die Gemeinschaftsinitiative LEADER+

Der EAGFL finanziert Projekte, die im Rahmen von LEADER+ durchgeführt werden, d.h. Strategien zur integrierten Entwicklung des ländlichen Raums, Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Gebieten und Vernetzung ländlicher Gebiete.

Spezifische Aktivitäten:

Es handelt sich um Vorzeigeprojekte, Projekte für Wissenstransfer und Studien, die direkt von der EU finanziert werden. Diese Aktivitäten müssen von den betroffenen nationalen Behörden unterstützt werden und prioritäre Regionen oder Sektoren betreffen.

GEOGRAPHISCHER SEKTOR

Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Griechenland, Grossbritannien, Italien, Irland, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien.

FUNKTIONSWEISE

Der EAGFL wird von der Europäischen Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft, verwaltet und umfasst alle Kredite zugunsten der GAP.

Die zuständigen nationalen Behörden jedes Landes wählen in Partnerschaft mit der Europäischen Kommission die Projekte aus und verwalten die EAGFL-Kredite.

Die aus VertreterInnen der regionalen, nationalen und EU-Ebene zusammengesetzten Begleitausschüsse sind für die Betreuung und Zwischenevaluierung der verschiedenen Aktivitäten verantwortlich.

HAUSHALT

Im Zeitraum 2000-2006 werden jährlich ca. 4,3 Milliarden Euro für Massnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums und deren Betreuung ausgegeben werden.

Quelle: <http://www.info-europe.fr>

HAUPTAKTIVITÄTEN, DIE BESONDERS AN BERGGEBIETE, LAUT DEFINITION DER VERORDNUNG (EG) NR. 1257/1999 ÜBER DIE FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS DURCH DEN EAGFL, ANGEPAST SIND

DIE BENACHTEILIGTEN GEBIETE MIT UMWELTBESCHRÄNKUNGEN

In Berggebieten kann der Boden nur begrenzt genutzt werden, und die Produktionskosten sind aufgrund der kurzen Vegetationszeit, der klimatischen Bedingungen und der schwierigen Nutzungsbedingungen bedeutend höher als anderswo. Die LandwirtInnen dieser

Regionen haben im Rahmen der benachteiligten Gebiete Anrecht auf Ausgleichszahlungen, die darauf abzielen, ihnen eine nachhaltige landwirtschaftliche Nutzung zu ermöglichen, welche die Umweltaforderungen berücksichtigt. Diese Zahlungen werden künftig in Abhängigkeit von der Fläche ausgezahlt. Diese Massnahme ist seit 2001 gültig, wobei für manche Mitgliedstaaten ein Übergangsmechanismus vorgesehen ist; die Flächenprämie beträgt 25 bis 200 € pro Hektar. 200 € sind im Übrigen eine Obergrenze, die in Abhängigkeit vom Durchschnitt und auf Programmebene berechnet wird. In Berggebieten mit extrem schwierigen Nutzungsbedingungen können die pro Hektar ausgezahlten Summen beträchtlich höher sein. Es handelt sich um Entschädigungen, die an die Bedingung geknüpft sind, dass während 5 Jahren auf einer definierten Fläche Landwirtschaft betrieben wird. Mit ihnen wird ein landwirtschaftliches Ziel aber auch das sehr klare Ziel der Stabilisierung der Bevölkerungszahlen verfolgt. Es handelt sich um ein Hilfssystem, das LandwirtInnen ermöglichen kann, bei der Bewirtschaftung spezifischer Zonen die ihnen zukommende Rolle zu erfüllen und Umweltprobleme zu vermeiden. Es ist notwendig, dass „Europa III“ nicht nur mit der Verpflichtung verbunden ist, während fünf Jahren Landwirtschaft zu betreiben, sondern auch damit, auf der betroffenen Fläche bestimmte landwirtschaftliche Praktiken zu respektieren. Es ist nicht Ziel, auf Ebene der EU, der Mitgliedsstaaten oder der Regionen gute landwirtschaftliche Praktiken zu definieren, sondern solche Praktiken für die jeweiligen Flächen unter Berücksichtigung ihrer Besonderheit festzulegen. Es liegt dann an den Mitgliedsstaaten, bei der Vorlage ihrer Entschädigungssysteme die Berggebiete mehr oder weniger stark zu berücksichtigen. Im nationalen französischen Programm für die Entwicklung des ländlichen Raums ist vorgesehen, dass die Berggebiete und Gebirge 53% der NutzniesserInnen und 53% der Weideflächen ausmachen; es werden aber 76% der Ausgaben in diese Gebiete gehen. Das zeigt sehr gut auf, welche Anstrengungen in Bezug auf Berggebiete gemacht werden.

Ausserdem sind in der EU-Gesetzgebung gewisse Beihilfen vorgesehen, mit denen verschiedene Aktivitäten bis zu einem gewissen Prozentsatz subventioniert werden können. Dieser liegt z.B. für Investitionen in Landwirtschaftsbetrieben bei 40% der förderfähigen Ausgaben. Es ist geplant, dass dieser Anteil in Berggebieten und benachteiligten Gebieten bis zu 50% betragen kann. Dabei ist vorgesehen, dass der Prozentsatz für junge LandwirtInnen, welche eine besonders interessante und dynamische Zielgruppe darstellen, in den 5 Jahren nach ihrer Betriebsübernahme 5% höher ist. So variiert z.B. im Programm der Region Trient in Italien der subventionierbare Anteil in Abhängigkeit des Investitionstyps aber auch in Abhängigkeit der Verwendung traditioneller Materialien, die zur Erhaltung traditioneller Merkmale des Lebensraums des Gebietes notwendig sind. Das ist eine innovative und interessante Methode, und es können in diesem Rahmen verschiedene Anpassungen vorgenommen werden.

DIE AGRARUMWELTMASSNAHMEN

Die Agrarumweltmassnahmen wurden im Jahr 1992 im Rahmen der GAP-Reform eingeführt und im Rahmen der Agenda 2000 weiterentwickelt. Die Mitgliedsstaaten sind verpflichtet, diese Massnahmen in einem Programm für die Entwicklung des ländlichen Raums umzusetzen. Sie zielen darauf ab, die Vielfalt der Ökosysteme zu berücksichtigen. So wurden z.B. im Programm für die Entwicklung des ländlichen Raums der Provinz Bozen (Italien) Massnahmen

für verschiedene Almtypen aufgeführt. In verschiedenen deutschen Programmen sind für die allgemeine Massnahme „Extensivierung“ höhere Beträge für Berggebiete vorgesehen, um die besonders schwierigen Nutzungsbedingungen zu berücksichtigen. Dasselbe gilt für die sogenannten Artikel 33-Massnahmen der Grundverordnung für die Entwicklung des ländlichen Raums, die insbesondere auf die Diversifizierung der Aktivitäten der Landwirtschaft sowie Umstellungen in- und ausserhalb des Landwirtschaftsbetriebes abzielen. Es handelt sich hierbei um Massnahmen, die gemessen an den Infrastrukturen Bestandteil vieler Entwicklungsprogramme oder operationeller Programme der Strukturfonds zur Umsetzung von Massnahmen der Entwicklung des ländlichen Raums sind. Durch sie können z.B. Infrastrukturen geschaffen werden, die einen besseren Zugang zu den Weidegebieten ermöglichen. Es ist wichtig, die Aktivitäten zur Verhütung von Naturkatastrophen zu erwähnen, weil diese die Durchführung von Wiederherstellungs-Massnahmen in Berggebieten ermöglichen. Auch die Forstwirtschaft spielt eine wichtige Rolle, z.B. in Bezug auf Massnahmen in Schutzwäldern. Während der Verhandlung der EU-Verordnung für die „Entwicklung des ländlichen Raums“ hat die österreichische Präsidentschaft darauf bestanden, dass derartige Massnahmen in die förderungsberechtigten Massnahmen im forstlichen Kapitel aufgenommen werden. Die Instrumente existieren. Es liegt nun an den Mitgliedstaaten, ein positives Zeichen zu setzen. Dabei sind die einzigen Vorgaben von Seiten der EU-Gesetzgebung die Anwendung der Agrarumweltmassnahmen und ein Gleichgewicht zwischen den einzelnen Massnahmen.

DIE ZUKUNFTSAUSSICHTEN

Die Kommission hat vor kurzem der Gesamtheit der Programme für die Entwicklung des ländlichen Raums zugestimmt. Auf der Homepage der Generaldirektion Landwirtschaft (<http://europa.eu.int/>) finden Sie für jedes der Programme ein Informationsblatt, auf dem die Programme vorgestellt werden und eine für die Region verantwortliche Behörde sowie eine Kontaktstelle angeführt sind.

Die Kommission hat bis dato etwa die Hälfte der Programme der Gemeinschaftsinitiative LEADER gutgeheissen und studiert derzeit die ersten Jahresberichte zur Umsetzung der Pläne für die Entwicklung des ländlichen Raums. Die Ausrichtungen und Massnahmen für die Entwicklung des ländlichen Raums, welche die Generaldirektion Landwirtschaft betreffen, sind in den einheitlichen Programmplanungsdokumenten und den operationellen Programmen festgeschrieben.

Diese Arbeiten ermöglichen auch eine erste Übersicht darüber, welche Massnahmen wie stark genutzt wurden. Dies liefert die Grundlage für die Vorbereitung der mittelfristigen Revidierung der Agenda 2000, die vom Europäischen Rat in Berlin beschlossen wurde. Ausserdem wurde das Jahr 2002 zum Internationalen Jahr der Berge erklärt und bietet damit Gelegenheit für eine ganze Reihe von Veranstaltungen. In diesem Zusammenhang wird die Kommission ein Seminar organisieren, das den derzeitigen Beihilfesystemen gewidmet ist, damit sich alle AkteurInnen sowohl über gute Praktiken als auch über Massnahmen, die sich vielleicht als eher enttäuschend erweisen, austauschen können. Dieses Seminar wird nützliche Elemente für die Überprüfung der derzeit laufenden Programme im Jahr 2003 sowie für die Überlegungen für die Zeit nach 2006 liefern.

Ich danke Ihnen.

Die Berglandwirtschaft im Kontext der EU-Politik:

Lage vor Ort,
Umsetzung,
prioritäre Themen

DIE HAUPTMERKMALE DER BERGLANDWIRTSCHAFT

Ich bin seit fünfzehn Jahren an Forschungen über die Berglandwirtschaft im Alpenbogen (von Bozen bis Grenoble) beteiligt.

Die Berglandwirtschaft ist heute ein von der Internationalisierung des Handels geprägter Wirtschaftssektor. Dies wirkt sich wie folgt aus:

- ein hoher Preisdruck, weil der Alpenraum plötzlich von diversen Produkten wie Milch, Käse, Gemüse oder Obst konkurriert wird und zwar sowohl auf dem europäischen Markt als auch dem Weltmarkt.
- Wettbewerbsdruck und Wettbewerbsverlust dieses Wirtschaftssektors und ein Rückgang des Marktwertes dieser landwirtschaftlichen Produktion;
- Rückgang der Einkommen und damit eine soziale Abwertung.

Dies ist eine sehr deutliche Bedrohung, die mehr oder weniger schnell fortschreitet. Dazu kommt die Änderung der Bodennutzung.

Diese Abwertung erfolgt nicht nur auf Tal- oder Regionsebene, sondern auf selektive Art auch innerhalb eines Landwirtschaftsbetriebs. Der Landwirt bzw. die Landwirtin muss wählen, welches Grundstück noch bewirtschaftet wird und welches brach liegen bleibt.

Andererseits werden die gesellschaftlichen Funktionen der Landwirtschaft offensichtlich und es scheint, dass sich in dem Mass, in dem die Berglandwirtschaft an wirtschaftlichem Wert verliert, ihre anderen „Wohltaten“ herauskristallisieren. Das bringt uns zum Begriff der Multifunktionalität. Die Regierungen sind aufgerufen, Mittel zu finden, um diese Transfers und diesen Gesellschaftsvertrag, von dem der Landwirtschaftssektor



ERWIN W. STUCKI

VERANTWORTLICHER DER
WESTSCHWEIZER ZWEIGSTELLE
DES INSTITUTS FÜR
AGRARWIRTSCHAFT AN DER
EIDGENÖSSISCHEN TECHNISCHEN

immer abhängiger wird, zu entschädigen.

Der dritte Aspekt meiner Feststellungen ist die grosse Vielfalt der Rahmenbedingungen auf lokaler Ebene, seien sie natürlicher, wirtschaftlicher, institutioneller oder kultureller Natur. Heute Vormittag wurde die Wichtigkeit des räumlichen Zugangs bei der besseren Berücksichtigung der Rahmenbedingungen angesprochen. Ich versuche seit einigen Jahren, die Anwendung einer Typologie zu fördern, die aus einem europäischen Projekt namens SUSTALP entstanden ist. Es handelt sich um eine Typologie, die auf Gemeindeebene im ganzen Alpenraum sehr gut anwendbar ist. Sie scheint mir ein geeignetes Mittel, um vor Ort Vergleiche anzustellen und aktiv zu werden. Wir suchen also globale Strategien und Aktivitäten, die gut an die lokale Situation angepasst sind.

DIE AKTUELLE ÖFFENTLICHE POLITIK

Wir hatten in unserem Forschungsteam in den Jahren 1993-94 Gelegenheit zur Durchführung einer systematischen Analyse der landwirtschaftlichen Strukturpolitik und der Regionalpolitik der EU sowie der Schweiz im Rahmen der Entwicklung des ländlichen Raums. Es war vorgesehen, dass als Grundeinheit entweder Gemeinden oder Landwirtschaftsbetriebe herangezogen werden. Wir haben dann alle Verwaltungsebenen durchgearbeitet und festgestellt, dass jede von ihnen ein Anrecht auf ihre eigene Politik hatte. Eine Politik, die zur EU-Politik hinzukam, sie abänderte oder schon vor ihr existierte. Das Schema für die Schweiz ist viel einfacher.

Wir haben aus unserer Arbeit v.a. folgende Schlüsse gezogen:

- es besteht trotz der neuen GAP eine grosse Heterogenität der Strukturmassnahmen,
- es gibt einige gemeinsame Bezugspunkte für diese spezifische Politik zugunsten der Berglandwirtschaft und eine Vielfalt von Strukturmassnahmen.

In der EU gibt es 23 verschiedene Massnahmen, in der Schweiz auf Ebene der Eidgenossenschaft 29. Wenn wir auf die Ebene des Bundeslandes, der Region oder der Provinz gehen, so steigt die Anzahl der Massnahmen (so wurden z.B. in Südtirol 65 verschiedene Massnahmen mit Bedeutung für die Landwirtschaft und die Regionalentwicklung identifiziert). Es besteht nur eine sehr schwache räumliche Differenzierung der Massnahmen der Europäischen Union, die nicht an alle lokalen Gegebenheiten angepasst werden können. Die Differenzierung ist in der Schweiz viel grösser, aber die Massnahmen werden ungleich umgesetzt.

PRIORITÄRE ZIELE FÜR DIE AUSRICHTUNG DER BERGLANDWIRTSCHAFT

Die prioritären Ziele der Politik sind die nachhaltige Nutzung der alpinen Ökosysteme (geeignete Nutzung der natürlichen Ressourcen), die Aufrechterhaltung der sozialen Systeme (ausreichende Besiedelung oder Besiedelungsdichte für eine gegebene wirtschaftliche Lebensfähigkeit) und die Erhaltung der Landschaft.

Aus Sicht der Berglandwirtschaft geht es darum, Gewinn abwerfende landwirtschaftliche Praktiken zu gewährleisten. Diese sollten sowohl auf der Nachfrage des Marktes für land-

wirtschaftliche Qualitätsprodukte als auch auf der sozialen Forderung eines annehmbaren Einkommens beruhen.

Aus Sicht der öffentlichen Wirtschaft müssen folgende Ziele erreicht werden:

- Sicherstellung der Kosten notwendiger öffentlicher Güter;
- Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur Bezahlung dieser öffentlichen Güter und Förderung der mit Externalitäten verbundenen Marktkreisläufe;
- Nutzung des Marktes für vermarktbare Produkte, damit die KonsumentInnen den Bergbauern signalisieren können, dass sie ihre Produkte schätzen, weil sie vielleicht mit Landschaften und Bewirtschaftungen hoher Qualität einhergehen.

OPERATIONELLE VORSCHLÄGE ZUR FÖRDERUNG DES WISSENS UND DER PRAKTIKEN FÜR EINE NACHHALTIGE LANDWIRTSCHAFT IM ALPENBOGEN

Unsere operationellen Vorschläge auf Basis der durchgeführten Forschungen lauten derzeit wie folgt:

1. Herausstreichen der Bedeutung eines marktorientierten Zugangs zur Berglandwirtschaft, weil letztere nicht nur durch die Pflege schöner Landschaften überleben können wird. In diesem Bereich wurde bereits beträchtliche Arbeit geleistet. Sie verdient es, in Bezug auf die Qualität und die Quantität der Produkte für den Markt gestärkt zu werden. Wir haben von geschützten Ursprungsbezeichnungen gesprochen, wo jeder in seinem Bereich arbeitet (Beaufortkäse, Abondancekäse...). dies ist eine Vorgehensweise von öffentlichem Interesse, die in den Ostalpen nur wenig bekannt ist. Wenn die Regierung eine Schutzbezeichnung anerkennt, bezeugt sie das Interesse des öffentlichen Sektors an Qualitätsprodukten. In diesem Fall gibt es herausragende Verbündete in Kreisen, die sich für Natur- oder Umweltschutz interessieren. Dieses Verfahren beinhaltet nämlich die Ausarbeitung von vertraglich festgelegten Pflichtenheften, die ausgehandelt werden und durch die an ein Gebiet angepasste Nutzungsmechanismen vorgegeben werden können. Denken Sie z.B. an den Erfolg des französischen g.U.-Käses aus der Region Beaufort: Für die PariserInnen ist der Kauf dieses Käses sehr wohl ein Akt der Unterstützung dieser Region.

Diese Arbeit wird zum Teil durch einen anderen Wert der Gesellschaft bedroht, durch jenen des „Nullrisikos“, d.h. z.B. dem Verbot aller Produkte, die aus Rohmilch hergestellt werden. Die Pasteurisierung ist der Tod aller Bergspezialitäten und möglicher Bündnisse mit VertreterInnen des Umwelt- und Naturschutzes.

2. Das zweite wichtige Element ist die Messung der nur sehr wenig bekannten gesellschaftlichen Erwartungen. Sie sind je nach Gebiet - vom Tourismusort bis zum verlassenem Tal - sehr unterschiedlich. Es muss also ein europäisches Panel für diese Landwirtschaft in den Alpen geschaffen werden, das gemeinsam an der Definition und der Messung der gesellschaftlichen Erwartungen arbeitet.

3. Der dritte operationelle Vorschlag ist die Stärkung der internationalen Zusammenarbeit, etwas, das sich die Mehrheit unter uns wünscht.

Als Beobachter der Forschung bin ich immer wieder darüber erstaunt, dass man von Brüssel

erwartet, dass es Geldmittel locker macht. Mit dem INTERREG III-Programm und der Alpenkonvention, die vielleicht erfolgreich abgeschlossen werden kann, wurden in unseren jeweiligen Ländern Geldmittel in die Alpenforschung gesteckt. Wenn es uns gelingt, uns auf die Tatsache zu einigen, dass es für ein Vorankommen einer Förderung von Forschung und konkreten Aktivitäten der Partnerschaft zwischen den Forscherinnen und den Akteuren vor Ort bedarf, dann können wir in unseren nationalen Haushalten bzw. in allen unseren Programmen 10% für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit lockermachen, ohne überhaupt nach der Meinung von Brüssel zu fragen. Das wäre ein grosser Schritt.

Die Grundlagen einer nachhaltigen Landwirtschaft

Die Landwirtschaft in den Alpen zählt seit vielen Jahren für ihr Überleben nur auf ihre Kapazität zur besseren Vermarktung ihrer Produkte, die Pluriaktivität und eine Politik der Entschädigung von Benachteiligungen. Sie war zumindest in Frankreich die grosse Verliererin bei der Verteilung öffentlicher Geldmittel, die bis in die jüngste Vergangenheit zu 90% auf Produkte und Märkte und damit auf Gebiete mit grossem Produktionsvolumen ausgerichtet waren.

Einige Zahlen: Die Entschädigung für natürliche Benachteiligungen (eine Beihilfe, die LandwirtInnen unter bestimmten Bedingungen erhalten) beträgt in Frankreich für die Berggebiete etwa 427 Millionen Euro. Das ist genauso viel, wie im selben Land für den Anbau von „Silomais“ ausgezahlt wird.

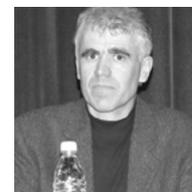
Ausserdem sind die Alpen auch eines der wenigen Gebiete, in dem es der Landwirtschaft gelang, Praktiken zu definieren und beizubehalten, die es ermöglichten, diesen Raum ohne direkte Bezahlung der Gesellschaft zu bewirtschaften und zu erhalten.

¹ SUACI französische Nordalpen: Gemeinsamer Departements-übergreifender Dienst für landwirtschaftliche Entwicklung der Landwirtschaftskammern der Departemente Hochsavoyen, Savoyen und Isère.

Die vier Werkzeuge des SUACI zur Entwicklung der Berglandwirtschaft:

- Sicherstellung der Qualität der Produkte: Begleitung der einzelnen Landwirtschaftszweige in ihrer Arbeit zur Verbesserung ihrer Produkte von der Aufzucht bis zur Verarbeitung.
- Kollektive Organisation zur Vermarktung dieser Produkte: Begleitung von Gruppen von ProduzentInnen bei der Definition und der Umsetzung von Strategien zur Vermarktung ihrer Produkte.
- Aufbau von Beziehungen zwischen der Landwirtschaft und der Region: Suche nach geeigneten Mitteln zur Integration der vielfältigen räumlichen Funktionen bzw. der Umwelthanforderungen in die Praktiken der Landwirtschaftsbetriebe
- Umsetzung einer Landwirtschaftspolitik, die an die französischen Alpen angepasst ist: Streben nach Anerkennung der Besonderheiten der Landwirtschaft in den Alpen auf französischer und europäischer Ebene, Teilnahme an der Umsetzung einer angepassten Politik.

Arten der Intervention: Arbeiten im Bereich Forschung und Entwicklung, Betreuung von Entwicklungs-, Studien- und Beratungsprogrammen.
Quelle: www.anda.asso.fr/acteurs/orgterr_montagne_principale.asp



GÉRARD LARRIEU

GESCHÄFTSFÜHRER SUACI ¹

FRANZÖSISCHE NORDALPEN

(IN VERTRETUNG VON CHARLES GALVIN)



DIE POSITIONIERUNG DER LANDWIRTSCHAFT IN DEN ALPEN

Diese ist für die Zukunft praktisch ausweglos. Wir stellen in der Tat fest, dass in den Alpen genauso viele Betriebe verloren gingen wie in anderen Regionen und dass dort immer noch die niedrigsten Einkommen zu verzeichnen sind.

Die Herausforderung besteht heute in einem völligen Umdenken und zwar nicht in Bezug auf die Landwirtschaftspolitik, sondern in Bezug auf die Stellung der Landwirtschaft in der Gesellschaft und im Alpenraum.

In der Gesellschaft nimmt in Zusammenhang mit dem Alpenraum, einem symbolischen Raum, eine Haltung Gestalt an, bei der die alpine Umwelt und die nachhaltige Nutzung im Vordergrund stehen. Die Menschen stellen sich die Frage, wie die Landwirtschaft ihren Erwartungen entsprechen könnte. Wenn nun z.B. die Alpenkonvention es ermöglicht, eine nachhaltige Entwicklung umzusetzen, d.h. die beiden Ziele Produktion und Schutz zu berücksichtigen, dann sind die LandwirtInnen sicherlich bereit, wirkliche Alternativen für die Alpen aufzubauen.

DIE GRUNDLAGEN EINES PROJEKTES DER NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG IN DEN ALPEN

Im Rahmen der Produktionsfunktion müssen Qualitätsprodukte auf effiziente Weise produziert werden. Um dies zu erreichen ist es notwendig, die Kontingente beizubehalten, Vermarktungs- und Diversifizierungsinitiativen zu betreuen und gleichzeitig Forschungen zur Qualität der Produkte durchzuführen und den Wettbewerbsvorteil und die Produktionsfunktion aufrechtzuerhalten, weil diese den landwirtschaftlichen Berufen Sinn gibt. In den Alpen wird sie nur ein Grund- oder Zusatzeinkommen darstellen. Wenn die Landwirtschaft nicht mehr auf diese Produktionsfunktion zählen kann, dann ist es sehr wahrscheinlich, dass sie weiterhin aus gewissen Tälern verschwindet und dass sie sich in anderen Sektoren so sehr konzentriert, dass sie die Funktion der Landschaftspflege nicht mehr erfüllen kann.

Die Funktion der Landschaftspflege muss vermehrt aufgezeigt und anerkannt werden. Ihre Erfüllung hängt nicht an den LandwirtInnen, sondern an einer starken Anerkennung von Seiten der Gesellschaft. Ihre Bezahlung muss auf Grundlage eines klaren Vertrages zwischen der Landwirtschaft und der Gesellschaft erfolgen, die in diesem ihre Erwartungen darlegt. In den verschiedenen Gebieten werden dann die Projekte in Abhängigkeit jener Funktionen ausgearbeitet, die die Landwirtschaft umsetzen muss, um die gesellschaftlichen Erwartungen zu erfüllen. Schliesslich müssen auch die Modalitäten definiert werden, mittels derer die von den LandwirtInnen sichergestellten Funktionen entschädigt werden.

Wir müssen also von einer Politik der Anerkennung und Entschädigung für Benachteiligungen zu einer Logik übergehen, die auf der Erwartungshaltung der Gesellschaft, Plänen für verschiedene Gebiete und der Anerkennung der Funktionen der Landwirtschaft basiert.

Schliesslich stellt sich noch die Frage, ob die Landwirtschaft nicht auch eine touristische

Funktion innehaben könnte: die Vermittlung des Natur- und Kulturerbes der Alpen an die Bevölkerung, wobei sie insbesondere die Gäste ansprechen würde, die sehr daran interessiert sind, das sich sehr rasch ändernde Natur- und Kulturerbe zu verstehen.

DIE HERAUSFORDERUNGEN VON MORGEN: UMSETZUNG EINES PROJEKTES FÜR EINE NACHHALTIGE LANDWIRTSCHAFT IN DEN ALPEN

Ich möchte auf vier Punkte eingehen:

- Die Definition von Umwelterwartungen: Können wir die Gesellschaft begleiten, um diese Erwartungen im Rahmen eines umfassenden Projektes zu definieren? Es geht nicht nur darum, ein Gebiet zu nutzen oder die Entwicklung städtischer Gebiete zu managen, sondern auch um die Definition jener Gebiete, die wir in den Alpen von morgen schaffen wollen. Nur auf diesen Plänen aufbauend können wir die von uns gewünschte Landschaft, die zu erhaltende Umwelt, die zu entwickelnden touristischen Beherbergungsstrukturen definieren. Der Beruf LandwirtIn wird diese verschiedenen Funktionen umfassen müssen.

- Die Bezahlung dieser Funktionen: Sie muss zwangsläufig all diese Betriebe betreffen. Wir müssen über ihre Aufteilung nach Arbeitseinheiten nachdenken und, in Abhängigkeit von den Beiträgen zur Bewirtschaftung der Flächen, vielleicht auch vermehrt über eine flächenabhängige Aufteilung. Dies bedeutet auch, dass der Mechanismus der Verteilung der öffentlichen Gelder neu definiert werden muss.

- Wir brauchen Entwicklungsprogramme, die es ermöglichen, diese Umsetzung einer multifunktionalen Landwirtschaft zu begleiten. Für die LandwirtInnen geht es nicht nur um eine Weiterentwicklung ihrer Funktion, sondern um eine Revolution ihres Platzes in der Gesellschaft. Das bedingt eine Reihe von Anpassungen in den Bereichen Aus- und Weiterbildung, der Definition der Funktionen, der Arbeitskräfte, usw.

- Versuch der Schaffung eines ständigen, heute fehlenden Dialogs zwischen Landwirtschaft, Politik, Staat und Europäischer Union. Heute Vormittag wurde sehr oft auf den mangelnden Willen von Seiten der EU hingewiesen. Gerechterweise muss man sagen, dass das Konzept für die Alpen vielleicht nicht klar genug ist. Es ist Aufgabe der Alpenbevölkerung, dieses zu untermauern. Von der EU sollte nur eine Reaktion oder eine begleitende Aktivität erwartet werden. Wir müssen versuchen, die Visionen aller in einem gemeinsamen Konzept zu integrieren. Das ist eine wahre Herausforderung.

Abschliessend möchte ich sagen, dass die Landwirtschaft ein Bereich sein kann, in dem man Produktions- und Schutzfunktionen parallel angeht, anstatt sie nebeneinanderzustellen oder gar gegeneinander auszuspielen. Diese Entwicklung läuft aber nicht nur über Anpassungen, sondern bedingt, dass die derzeitige Situation wirklich geändert wird. Sie zwingt uns dazu, den Platz der Landwirtschaft zu überdenken. Sie bedingt auch, dass wir das Funktionieren der Betriebe und die Beziehungen zwischen LandwirtInnen und der restlichen Bevölkerung überdenken. Die Reform der GAP bietet eine reelle Perspektive für die Verankerung dieses neuen Zugangs. Der ausschlaggebende Massstab ist natürlich die Region bzw. ein

bestimmtes Gebiet. Dazu bedarf es ausserdem eines starken politischen Willens im gesamten Alpenraum.

Lassen Sie uns versuchen, für eine gewisse Anzahl von für den Alpenraum repräsentativen Regionen diesen neuen Zugang und diese neuen Prinzipien zu wählen, damit wir nicht auf zu neokorporatistischen Eindrücken oder Vorschlägen verharren. Lassen Sie uns versuchen, die Bedingungen für die Umsetzung und deren Kosten zu evaluieren, um nicht nur Empfehlungen aussprechen, sondern auch gemeinsam die Bedingungen und die Möglichkeiten der Umsetzung einer solchen Entwicklung definieren zu können.

Nachhaltige Landwirtschaft in den Alpen:

Prioritäten und Lösungsansätze

Mein heutiger Vortrag basiert auf einem Forschungs- und Entwicklungsprogramm, das fünf verschiedene Länder umfasste (Frankreich, Italien, Schweiz, Österreich und Deutschland) und das von der Europäischen Kommission im Rahmen des fünften Rahmenprogramms für Forschung und Entwicklung¹ finanziert wurde. Ich arbeite mit Erwin Stucki zusammen, und ich werde daher einige in meinem Vortrag vorgesehene Punkte streichen, weil wir in Bezug auf sehr viele Prioritäten gleicher Meinung sind.

WAS IST NACHHALTIGE LANDWIRTSCHAFT UND WIE WIRD SIE VON DEN VERSCHIEDENEN AKTEURINNEN IN DEN ALPEN ANGEANGANGEN?

Im EU-Projekt haben wir uns die Frage gestellt, ob die nachhaltige Landwirtschaft in den Alpen eine Vision ist, die von allen geteilt wird. Nachhaltige Landwirtschaft ist Teil zahlreicher Dokumente (EU-Modell, Alpenkonvention) und Diskussionen (lokale Akteurinnen, Landwirte, Umweltverantwortliche). In den Alpen gibt es in Bezug auf den Begriff nachhaltige Landwirtschaft einen grösseren Konsens als in anderen EU-Regionen. So gründet z.B. in Frankreich die Idee einer vernünftigen Landwirtschaft v.a. auf der Umweltdimension der Nachhaltigkeit und nicht auf ihrer wirtschaftlichen oder sozialen Dimension. Es handelt sich um ein Wort, das in Projekten und Konzepten mit Bezug zur Landwirtschaft in den Alpen nur selten verwendet wird.

Es stellt sich dann die Frage, was hinter dem Wort „Nachhaltigkeit“ steckt und ob diesbezüglich Überein-



PHILIPPE FLEURY

KOORDINATOR DES EUROPÄISCHEN PROGRAMMS SAGRI-ALP IM SUACI/GIS (DIENST FÜR LANDWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG / WISSENSCHAFTLICHE INTERESSENSGEMEINSCHAFT) FRANZÖSISCHE NORDALPEN

¹ Das fünfte Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung (1998-2002): <http://www.europa.eu.int/scadplus/leg/de/lvb/l23001.htm>



stimmung herrscht oder nicht. Auf einer gewissen Ebene ist dies der Fall. Die bedeutenden Themen sind hierbei das Ressourcenmanagement (Beziehungen zwischen Landwirtschaft und Umwelt), die landwirtschaftlichen Einkommen und die soziale Komponente der Nachhaltigkeit (Arbeit, Platz der Landwirtschaft im lokalen Leben).

Seit 1992 steht schliesslich in den EU-Texten, dass die nachhaltige Landwirtschaft eine Komponente der Entwicklung des ländlichen Raums sein kann.

Dies wirkt sich auf die Art des Zugangs zur Entwicklung des ländlichen Raums und auch zur Landwirtschaft aus und führt uns zurück zu den Diskussionen dieses Vormittags über sektorale und räumliche Politik.

Das angestrebte Gleichgewicht ist je nach Akteuren und Ziel unterschiedlich. So sehen einige AkteurInnen hauptsächlich die Umweltkomponente, andere die wirtschaftliche (landwirtschaftliches Einkommen). Ein Konsens über die Themen ist also das Ergebnis eines Konsens über das Gleichgewicht ihrer Inhalte. Wenn man auf dem Niveau der Themen bleibt, kann man sehr rasch die bedeutendsten Probleme der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft in den Alpen formulieren: Die Einkommen sind hier durchschnittlich 30-40% niedriger als in der Ebene und zwar in allen Ländern, inklusive der Schweiz. Die Alpen, ein reichhaltiger und empfindlicher, von der Landwirtschaft gestalteter Raum, sind doppelt gefährdet: durch eine relativ begrenzte Intensivierung und durch die Tendenz zur Nutzungsaufgabe.

Der dritte wichtige Punkt für gewisse Akteure ist die übermässige Arbeitsbelastung der Landwirtinnen. Wir werden uns heute des geringen Anteils der Landwirte (2 bis 3% der Erwerbstätigen) und der Verringerung ihrer Bedeutung in der Gesellschaft bewusst.

WEGE, PRIORITÄTEN UND LÖSUNGSANSÄTZE

Es besteht der Wille, ein lebensfähiges Netz landwirtschaftlicher Nutzung aufrechtzuerhalten, weil die Landwirtschaft zum sozialen Leben und zum Umweltschutz beiträgt. Hierbei sind zwei Punkte wichtig:

DIE FÖRDERUNG UND DER SCHUTZ VON QUALITÄTSPRODUKTEN UND DIE UNSICHERHEIT ÜBER DIE ENTWICKLUNG DER ÖFFENTLICHEN BEIHILFEN

Die französischen Ausgleichszahlungen für natürliche Benachteiligungen (IHCN)² werden neu diskutiert werden. Es geht darum, von einer Logik der Entschädigung der Benachteiligungen zu einem an Umweltauflagen gebundenen System überzugehen. Das System der Milchkontingente steht zur Diskussion. Eine gewisse Anzahl von Unsicherheiten lässt befürchten, dass die Berglandwirtschaft mit voller Wucht von der Konkurrenz der Betriebe der Ebene getroffen wird. Wir müssen also nachdenken, uns organisieren und vorausdenken, um so mögliche Änderungen vorwegzunehmen und Lösungen zu finden. Diese müssen ermöglichen, dass die Berglandwirtschaft und ihre Produkte nicht einer Preislogik ausgesetzt sind, die von einem globalisierten Hintergrund geprägt ist. Die Produktqualität ist hierbei besonders wichtig.

² Die französischen Ausgleichszahlungen für natürliche Benachteiligungen (IHCN) werden an ViehhalterInnen in benachteiligten Gebieten ausgezahlt. Sie sind auf 50 GVE (Grossvieheinheiten) pro Betrieb begrenzt.
Quelle: <http://www.vienne.chambagri.fr/InfosPratiques/AidesComp/Animales/IHCN.htm>

DIE ENTWICKLUNG DER MULTIFUNKTIONALITÄT DER BETRIEBE DURCH EINE GLOBALE VORGEHENSWEISE

Der erste Punkt besteht darin, Umwelt, Wirtschaft und Arbeit in Einklang zu bringen. Heute werden die Agrar-Umweltmassnahmen oft auf der Grundlage zusätzlicher Arbeitskosten oder einem Einkommensverlust pro Hektar berechnet. Eines der wichtigen Probleme der Nachhaltigkeit in den Betrieben in den Alpen ist die Arbeitsbelastung und die Vergütung, die LandwirtInnen für Umweltpraktiken erhalten. Wenn man die drei Bestandteile der Nachhaltigkeit global betrachtet, so wirken sich die Agrar-Umweltmassnahmen positiv auf die Umwelt und die wirtschaftliche Situation der Betriebe aus (zusätzliches Einkommen). Oft besteht aber die Gefahr, dass in Bezug auf die Arbeitszeit ein Widerspruch besteht, denn die Massnahmen schaffen zwar ein zusätzliches Einkommen, dieses reicht aber nicht für die Anstellung einer zusätzlichen Arbeitskraft in dem Betrieb aus. So sind die LandwirtInnen, die einen Vertrag für diese Massnahmen abschliessen, gezwungen, Zusatzarbeit zu leisten. Dies birgt das Risiko, dass sich der soziale Graben zwischen der Landwirtschaft und dem Rest der Gesellschaft ausweitet - v.a. in Frankreich wo vor kurzem die 35-Stunden-Woche eingeführt wurde. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Politikbereichen finden können, der es ermöglicht, die Punkte Umwelt, Wirtschaft und Arbeit anzugehen. Die dazu notwendigen Instrumente bestehen bereits. So ermöglicht z.B. in Frankreich der räumliche Bewirtschaftungsvertrag (CTE)³ einen globalen Zugang auf Betriebsebene. Ausserdem könnten sich die Betriebe zusammenschliessen, um eine Person anzustellen, die sich um die „Umwelt“-Aufgaben kümmert. Eine Agrar-Umweltmassnahme erstreckt sich auf fünf Jahre. Das ist sehr oft jene Zeit, die es für die Anpassung eines Betriebs oder eines Systems braucht und ein zu kurzer Zeitraum für die Planung von Investitionen.

Ein dritter Vorschlag ist die Förderung von Projekten für eine nachhaltige Landwirtschaft auf lokaler Ebene. Das bringt uns zurück zu einem obersten Ziel, das sich auch in der Politik der EU wiederfindet; nämlich die Anpassung an die Vielfalt. Wir sind relativ optimistisch in Bezug auf die gemeinsame Organisationskapazität von Landwirtschaft und einheimischer Bevölkerung, weil es für die Nutzung von Almen und die Nahrungsmittelverarbeitung durchaus einige historisch sehr weit zurückreichende gemeinschaftliche Organisationen gibt. In den sechziger und siebziger Jahren, als man vom Ende der Bauern in Frankreich sprach, blieben die Alpen verschont. Allerdings durchlaufen sie derzeit, je nach Region auf unterschiedliche Weise, genau diese Entwicklung. Wir sind in der Tat am Ende des Familienbetriebs angelangt, und der Boden wird zu einem ganz gewöhnlichen Produktionsgut. Diese Entwicklung ist in gewissen Regionen Österreichs oder Italiens im Vergleich zu Frankreich oder Deutschland weniger weit fortgeschritten. Die in einem Familienbetrieb gehandhabte Art der Nachhaltigkeit, bei der landwirtschaftliche Praktiken an einen Erben weitergegeben werden und die auch ästhetische Aspekte der Landschaftsnutzung einschloss, ist dabei, genau in dem Moment zu verschwinden, in dem die öffentliche Politik beginnt, Multifunktionalität

³ Der räumliche Bewirtschaftungsvertrag (CTE) ist ein Individualvertrag zwischen einem Betriebsführer bzw. einer Betriebsführerin und dem Staat: die BetriebsführerInnen verpflichten sich, auf ihrem Betrieb während fünf Jahren sowohl wirtschaftliche als auch ökologische Ziele umzusetzen, und der Staat verpflichtet sich, ihnen Zuschüsse für die Unterstützung dieser vielfältigen Aktivitäten auszus zahlen.

Durch die Unterzeichnung eines CTE gehen die LandwirtInnen ein neues Bündnis mit der Gesellschaft ein. Dank der CTE erfüllen die Landwirtschaftsbetriebe die Erwartungen der Gesellschaft an die Landwirtschaft in Bezug auf die Aufwertung von Qualitätsprodukten, Umweltschutz, Achtsamkeit bezüglich der Erneuerung natürlicher Ressourcen, Landschaftspflege... Der CTE bietet auch die Möglichkeit, innovativ tätig zu werden, so z.B. durch die Suche von neuen Nischen, durch den Zusammenschluss mit anderen Betriebsführerinnen und Betriebsführern für die Förderung eines Produktes, etc.

Quelle: <http://www.cte.agriculture.gouv.fr>

und die nachhaltige landwirtschaftliche Nutzung zu berücksichtigen. Die Weitergabe eines Wissens, das früher innerhalb der Familie entwickelt wurde, kann sich heute sehr einfach auf der Ebene eines Tals oder einiger Gemeinden entwickeln. Die Multifunktionalität, die vor Ort eine grosse Herausforderung darstellt, kann durch die neuen Beziehungen zwischen Landwirtschaft und einheimischer Bevölkerung Sinn erhalten. Auf lokaler Ebene wird der Begriff der Multifunktionalität als etwas sehr Technokratisches wahrgenommen. Die Ausarbeitung eines gemeinsamen Projektes durch die Landwirtschaft und die Gesellschaft ermöglicht es einerseits, dass die Landwirtschaft ihre Praktiken und ihr Projekt an die Erwartungen der Gesellschaft anpasst. Andererseits kann dem Begriff der Multifunktionalität und der Gesamtheit der Herausforderungen in Bezug auf die Unterstützung der Landwirtschaft durch die Gesellschaft ein konkreter Sinn gegeben werden.

Diese Projekte können neue Dynamik in die Entwicklung des ländlichen Raums bringen. Dabei wird das Lokale nicht aus lokalzentrierter Sicht betrachtet, sondern als eine Ebene, die es ermöglicht, die Abkehr von einer auf Familienbetrieben basierenden Landwirtschaft zu berücksichtigen. Diese könnte sich zu einer Landwirtschaft entwickeln, die auf lokalen Entwicklungsprojekten beruht .

Auf Ebene des Programms Sagri-Alp⁴ haben wir an der Entwicklung einer Methode gearbeitet, die es ermöglicht, unter Einbezug einer wissenschaftlichen Diagnose lokale Projekte zu entwickeln. Sie berücksichtigt Nachhaltigkeitsziele globaler Natur (Biodiversitätsmanagement, Klimawandel) und beinhaltet eine Moderationsphase, in der die verschiedenen AkteurInnen (LandwirtInnen, Bevölkerung, Vereine) zusammengeführt werden, um ein Projekt mit einer zukunftsorientierten Vision zu erarbeiten. Es werden also die lokale und globale Dimension miteinander verbunden.

Mit Hilfe des Programms konnte eine Arbeitsmethode entwickelt werden, die es ermöglicht, unter Hinzuziehen von externen Informationen ein Inventar der Situation auf Ebene einer Gruppe von AkteurInnen zu erstellen, einen Zeitraum von zwanzig Jahren zu betrachten und mögliche Vorgehensweisen zu untersuchen. Dies ist eine konkrete Folgewirkung des Programms. Heute wurde diese Arbeit in fünf Alpentälern (Frankreich, Italien, Deutschland, Österreich) durchgeführt, und wir sind dabei, in den französischen Nord- und Südalpen den operationellen Aspekt dieses Projekts aufzubauen.

Diese Idee eines lokalen Projekts steht absolut nicht im Widerspruch zur Idee der Definition neuer Gebiete bzw. Regionen auf Alpenebene. Das Interesse, sowohl auf lokaler Ebene aktiv zu werden als auch am Aufbau neuer Gebiete zu arbeiten, liegt im Austausch von Erfahrungen, der Prüfung von Innovationen und der Entwicklung von funktionierenden Netzwerken.

⁴ Das Forschungs- und Entwicklungsprojekt Sagri-Alp wurde im Hinblick auf eine nachhaltige Nutzung des Alpenraums durch die Landwirtschaft ins Leben gerufen.
Quelle: <http://www.euromontana.org/doc/octobre/seminai1.doc>

Diskussion

über die europäische Landwirtschaftspolitik

ERWIN STUCKI

VERANTWORTLICHER DER WESTSCHWEIZER ZWEIGSTELLE DES
INSTITUTS FÜR AGRARWIRTSCHAFT AN DER EIDGENÖSSISCHEN
TECHNISCHEN HOCHSCHULE ZÜRICH (SCHWEIZ)

Unter Bezug auf Diskussionen während der Pause möchte ich gerne einige Elemente zu meinem Vortrag hinzufügen.

Ich habe darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, die Anforderungen der Gesellschaft zu eruieren, zu messen und zu konkretisieren. Wir haben versucht, die gesellschaftlichen Erwartungen durch die Festlegung der davon betroffenen Dimensionen zu messen. Dabei haben wir eine erste Auswahl getroffen, indem wir z.B. die Aspekte Biodiversität, soziale Identität, Erhaltung der Bausubstanz, dezentralisierte Siedlungen in den Tälern, Besiedelung und Vermeidung von Naturkatastrophen einbezogen haben. Wir haben potentiell Interessierte, die Tourismummilieus (Hotellerie, Fremdenverkehrsbüro, SprecherInnen der Gäste), kontaktiert, um ihre Wünsche an die Landwirtschaft zu eruieren. Dabei wurde in der Regel von allen die Priorität bei der Verhütung von Naturkatastrophen (Lawinen, Erdbeben, Unterbrechung von Strassenachsen) gesetzt. Wir haben auch andere AkteurInnen getroffen, die viel sensibler in Bezug auf Natur- und Umweltschutzfragen sind. Hier zeichnete sich ein anderes Profil ab, bei dem Biodiversität und Landschaft im Vordergrund stehen.

Andererseits ist der marktorientierte Zugang zur Landwirtschaft ein klassischer Marketingzugang, bei dem sehr spezifische Produkte, wie z.B. der Käse Tomme des Bauges, identifiziert und dann auf dem Markt positioniert werden: Sind sie auf einem attraktiven Markt? Gibt es eine Nachfrage von Seiten der Konsumenten? Ist diese Nachfrage hoch oder niedrig? Das ist eine Richtung, die



MODERATION:
PHILIPPE DESCAMPS



die Produzentinnen der Berggebiete nur wenig oder gar nicht beeinflussen können. Sie können aber durch ihre Praktiken mehr oder weniger konkurrenzfähig, effizient oder rationell sein. Man muss sich abgrenzen können, um – insbesondere für Qualitätsprodukte – attraktive Positionen zu besetzen und gleichzeitig das Know-how der Bergbevölkerung von früher verwerten zu können, das diese als einzige besitzt. Dieses ist auch heute noch zum Teil vorhanden. Wir können den aus der französischen Beaufort-Bergregion stammenden Käse nicht in der Umwelt und der Landschaft der Bretagne produzieren.

Sie finden all dies im Werk „Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Walliser Landwirtschaft“ auf der Homepage www.agrivalais.ch (Homepage über die Walliser Landwirtschaft).

MICHEL FOURCADE

MOUNTAIN WILDERNESS FRANKREICH AN PHILIPPE FLEURY

Zur Lösung der Problematik der Frage Schutz versus Produktion und der neuen gewünschten Alpen- oder Berglandwirtschaft gibt es in Frankreich das Instrument der „räumlichen Bewirtschaftungsverträge“. Sie wurden nicht erwähnt, was halten sie von diesem Instrument? Welche Rolle spielt es für die Lösung dieser Problematik? Welchen Wert hat es für Sie? Gibt es in anderen Ländern ähnliche Modelle?

PHILIPPE FLEURY

KOORDINATOR DES EU-PROGRAMMES SAGRI-ALP BEIM SUACI/GIS FRANZÖSISCHE NORDALPEN

Dieser räumliche Bewirtschaftungsvertrag hat seinen Ursprung im neuen französischen Rahmengesetz zur Landwirtschaft. Es handelt sich um einen umfassenden Zugang zur Bewirtschaftung, der es ermöglicht, die ökologische, wirtschaftliche und soziale Ausrichtung, die drei Bestandteile der nachhaltigen Entwicklung, zu kombinieren. Es handelt sich um ein Instrument, das es ermöglicht, den nötigen Einklang zwischen Berg, Wirtschaft, Umwelt und Arbeitsbedingungen der LandwirtInnen zu finden.

Wir befinden uns in Frankreich im zweiten Jahr der Umsetzung der räumlichen Bewirtschaftungsverträge, und es wird derzeit über dieses Instrument Bilanz gezogen.

ANONYM

Ich möchte hier auf einen Kontrast verweisen, der einerseits zwischen einem Zugang bestehen kann, der logisch, perfekt, gut durchdacht scheint, so wie ihn uns Frau Claire Sauvaget präsentiert hat und andererseits der Realität vor Ort, so wie sie von Herrn Stucki analysiert wurde. Wir dürfen nicht vergessen, dass es in den Berggebieten keine homogene Bevölkerung und keine alpine Identität gibt. Ich habe das Gefühl, dass in den Berggebieten dasselbe passiert wie ausserhalb dieses Raumes. Es werden zahlreiche Massnahmen umgesetzt. Ich möchte aber als bedeutendes Beispiel die Kontingente heranziehen, über die anscheinend Konsens besteht, weil sie als interessantes Verwaltungsinstrument angesehen werden. In Gebieten mit grosser Bevölkerungsabnahme werden sie aber nicht unmittelbar innerhalb eines Betriebs übernommen, weil es nicht immer jemanden gibt, der jene Person ersetzt, welche ihre landwirtschaftliche Aktivität beendet. Die Überführung in die Reserven

des Departements ist ungenügend. die Kontingente und andere Produktionsrechte für Fleisch werden schlussendlich in die nationalen Reserven überführt und ausserhalb der Berggebiete neu verteilt. Hier handelt sich um ein Phänomen des umgekehrten nationalen Absaugens der Produktionsrechte. So führt der Katalog der verfügbaren Beihilfen in Kombination mit den verschwindenden Produktionsrechten vor Ort zu einem totalen Unverständnis und einer völlig inadäquaten Situation.

Die räumlichen Bewirtschaftungsverträge (CTE) sind ein gut angepasstes, überdachtes Instrument mit einer langen Anlaufzeit, in dem die Umweltaspekte berücksichtigt werden. Das Problem besteht darin, dass der Boden, ein zentrales Element bei der Ausarbeitung eines CTE in Berggebieten mit starkem Bevölkerungsschwund, in den Bergen nicht mehr den ansässigen LandwirtInnen gehört. Wir stossen bei der Umsetzung der CTE in Gebieten mit starker Abwanderung auf sehr grosse Schwierigkeiten. Genauso wie die Alpen als Labor oder zur Erahnung von Entwicklungsfehlern dienen können, haben gewisse Berggebiete einen Punkt erreicht, an dem es keinen Weg zurück gibt. Ein Zugang wie jener, den Herr Stucki aufgezeigt hat, ist viel angepasster und weniger technokratisch und scheint besser geeignet, diese Probleme zu lösen. Vor Ort sind wir sehr weit von einem System entfernt, das so logisch ist, wie das von Frau Sauvaget vorgestellte.

CLAIRE SAUVAGET

GENERALINSPEKTORIN FÜR LANDWIRTSCHAFT UND HAUPTVERWALTERIN BEI DER GENERALDIREKTION FÜR LANDWIRTSCHAFT DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION

Die Programme wurden so erstellt, dass sie logisch sind, damit die Massnahmen durch die Definition spezifischer Parameter an alle lokalen Situationen angepasst sind. Das kann dann natürlich kompliziert erscheinen.

Es wurde erwähnt, welche grosse Anzahl von Massnahmen die Provinz Bozen einsetzt, um „nach Mass“ arbeiten zu können. In den verschiedenen Mitgliedstaaten werden bei der Programmerstellung lokale Traditionen oder die Verwaltungsstruktur berücksichtigt. Es wurde heute Vormittag erwähnt, dass die Dezentralisierung in ihrer französischen oder italienischen Ausgestaltung Probleme aufwirft. Beim Studium der Struktur der Pläne für die Entwicklung des ländlichen Raums, die verschiedene Mitgliedstaaten vorgelegt haben, fand ich es sehr interessant, dass zwei föderalistische Staaten, nämlich Österreich (ein nationaler Plan) und Deutschland (ein Plan pro Bundesland) auf Grundlage von Traditionen, die als gleichartig erachtet werden, verschiedene Massnahmen ergriffen haben. Auf nationaler Ebene bietet die österreichische Politik ein Inventar, das kompliziert erscheinen mag, weil es darauf abzielt, die Besonderheiten unterschiedlicher Regionen zu berücksichtigen. Die Logik des Systems zeigt sich dann aber am Besten beim nächsten Schritt, bei dem die LandwirtInnen entscheiden, welche Massnahmen sie wählen und welche nicht.

PHILIPPE DESCAMPS

Wie reagieren Sie auf die wahrgenommene Diskrepanz?

CLAIRE SAUVAGET

Es ist nicht die Aufgabe Brüssels, Programme zu erstellen und zu entscheiden, dass in einem gewissen Teil der Alpen eine gewisse Massnahme angewendet werden muss. Wir stellen Instrumente zur Verfügung, und es zeigt sich, dass gewisse von ihnen mehr genutzt werden als andere. Wenn es zu Beginn des Programmzeitraums bei der Definition der Parameter Unterschiede im Vergleich zum vorhergehenden Zeitraum gibt, dann deswegen, weil die durchgeführten Aktivitäten und das, was gelungen oder misslungen ist, berücksichtigt wurden. Ein ideales Programm kann nicht von Brüssel aus definiert werden. Die Mitgliedstaaten entscheiden sich für die Anwendung derjenigen Instrumente, die ihnen am geeignetsten für die konkrete Umsetzung vor Ort scheinen.

PHILIPPE DESCAMPS

Danke, das war die Antwort aus politisch-administrativer Sicht. Als Nächstes hören wir die Antwort eines Beobachters, Erwin Stucki:

ERWIN STUCKI

Ich möchte zwei zusätzliche Gedanken zur Vielfalt bei der Anwendung einer gemeinsamen Politik im Alpenraum einbringen. Ich möchte eine Erfahrung mit Ihnen teilen, die ich mit Kollegen vom SUACI-GIS gemacht habe. Wir befanden uns in Bardonecchia im italienischen Piemont in der Provinz Turin. Bardonecchia ist ein kleiner Landwirtschafts- und Tourismusort in der Nähe der französischen Grenze. Auf diesem Gebiet befanden sich drei Familienbetriebe, die seit 5 Jahren in Arbeit erstickten, weil ihre Grundstücke riesig sind. Sie produzierten alle möglichen Produkte auf Milchbasis (Käse, Rahm,...). Sie sahen sich mit den gesundheitspolizeilichen Normen konfrontiert und standen vor folgender Wahl: Modernisieren oder aufhören. Sie entschieden sich dafür, ein Modernisierungsprojekt für den Verarbeitungsraum einzureichen: Ein Beamter besichtigte den Ort, und drei Jahre später war immer noch keine Antwort eingetroffen. Wenn Sie heute diese Gemeinde besuchen, finden Sie in 1 km Entfernung eine völlig verlassene Ortschaft. Das widerspiegelt die Abwanderung der ganzjährig ansässigen Bevölkerung aus den Berggebieten. Sie werden an diesem Ort eine Baustelle mit geplanter Freigabe des Raumes für Bulldozer finden. Das Dorf wurde nämlich von einer grossen Baufirma in Turin aufgekauft, die es renovieren möchte, um Zweitwohnsitze zu verkaufen. Dieses Unternehmen erhält noch dazu Mittel aus den Strukturfonds. Das berührt uns, weil diese LandwirtInnen weder die Zeit noch die Beziehungen hatten, um EU-Beihilfen anzufordern, die ein grosses Unternehmen in Turin erhalten konnte. Damit stellt sich das Problem nicht in Brüssel, sondern in der Provinz.

In Bezug auf die Milchkontingente, von denen die EU ankündigt, dass sie diese langfristig gesehen aufgeben wird, stellt sich die Frage, in welchem Mass die Berggebiete und insbesondere die Gebirge nicht bereits frühzeitig beantragen sollen, von den Kontingenten befreit zu werden, bevor dies in der Ebene geschieht, damit sie Marktanteile wiedererobern können. Wir müssen sicherlich vorausschauend arbeiten. In der Schweiz z.B. kann ein Milchkontingent keinesfalls von Berggebieten in die Ebene verschoben werden.

FRANÇOISE BOUSSON

ABGEORDNETE DES REGIONALPARLAMENTS – DELEGIERTE DES REGIONALEN NATURPARKS CHARTREUSE

Ich habe eine sehr kurze Frage zur französischen Wiesenprämie (prime à l'herbe¹). Man spricht von einer Extensivierung der Viehzucht. Die Prämie in ihrer jetzigen (lächerlichen) Form fördert aber weniger intensive Praktiken absolut nicht. Wird es zu diesem Punkt endlich eine rasche Entscheidung auf europäischer Ebene geben?

Meine zweite Frage spannt den Bogen von der Landwirtschaft zum Verkehr. Das Problem der Alpenquerungen ist ja leider immer noch aktuell: Die Frage der kurzen Kreisläufe kann vom Blickwinkel der Regionen, der Qualität, usw. angegangen werden. Gibt es seitens der EU den wirklichen Willen, kurze Kreisläufe, die lokale Produktion, die lokale Verarbeitung im Hinblick auf Qualität aber auch mit dem Ziel einer Verringerung des Verkehrs umzusetzen?

Meine dritte Frage betrifft die geschützte Ursprungsbezeichnung AOC. Es wurde eingehend auf ihre Vorteile eingegangen. In der Praxis hat man aber etwas den Eindruck, dass es in diesem Bereich zuwenig Kontrollen gibt. In letzter Zeit wurde in der Presse viel über Probleme mit AOC-Weinen berichtet. Auf der Ebene des regionalen Naturparks Chartreuse hatten wir mehrmals Probleme mit Weinplantagen in Feuchtgebieten. Etwas also, das den Bestimmungen des französischen Instituts für Ursprungsbezeichnungen (INAO)² widerspricht. Wie kann sichergestellt werden, dass es für die KonsumentInnen eine wirkliche Garantie gibt, wenn von einem Produkt aus einem gewissen Gebiet die Rede ist?

CLAIRE SAUVAGET

In Bezug auf die Milchkontingente muss die Kommission beim Europäischen Rat in Berlin über die Entwicklung der Milchprodukte und anderer Produkte Bericht erstatten.

Es nicht meine Aufgabe mich darüber zu äussern, ob die Höhe der französischen Wiesenprämie lächerlich ist oder nicht, es handelt sich um eine von der EU kofinanzierte Massnahme, die bei ihrer Erneuerung aufgrund der vorgelegten Evaluierung mit zusätzlichen Auflagen verbunden wurde. In Frankreich wird im Rahmen eines globalen Haushalts für die Entwicklung des ländlichen Raums ein Entscheid über Geldmittel getroffen; diese werden dann auf die einzelnen Massnahmen verteilt.

In Bezug auf die geschützten Ursprungsbezeichnungen AOC oder genauer gesagt auf den EU-Begriff geschützte Ursprungsbezeichnung (g.U.), sieht sie Verordnung vor, dass für jede geschützte Ursprungsbezeichnung (g.U.) bzw. jede geschützte geographische Angabe (g.g.A.) ein genehmigtes Pflichtenheft erstellt werden muss. Die Kommission verpflichtet sich aber nicht, dieses umzusetzen.

In Bezug auf die Frage zum Verkehr verweise ich sie auf das Grünbuch³, das darauf abzielt,

¹ Die französische Wiesenprämie (prime à l'herbe oder prime au maintien des systèmes d'élevage extensifs – PMSEE) wurde vom französischen Staat durch die Verordnung Nr. 93-738 vom 29.3.1993 im Rahmen des Begleitplans zur Reform der EU-Agrarpolitik eingeführt und auf Anfrage Frankreichs von der EU als eines der Instrumente des Systems der Agrar-Umweltmassnahmen anerkannt. Sie betrifft Viehzuchtbetriebe, deren Bestossung pro Hektar weniger als eine Grossvieheinheit (GVE) beträgt, bzw. 1,4 GVE, wenn die Wiesen über drei Viertel der landwirtschaftlich genutzten Fläche ausmachen. Im Rahmen der vermehrten Ausrichtung der Förderungen an Agrar-Umweltmassnahmen hat die EU die Weiterführung der Prämie für extensive Viehzuchtssysteme für einen dritten Fünfjahreszeitraum aufgrund ihres nationalen Charakters und ihres ungenügenden Umweltcharakters abgelehnt. Die Prämie läuft mit 1. April 2003 aus.
Quelle: <http://www.senat.fr>

² INAO = Institut National des Appellations d'Origine (französisches Institut für Ursprungsbezeichnungen)

³ Grünbuch: "Hin zu einer europäischen Strategie für Energieversorgungs-Sicherheit" (siehe http://europa.eu.int/comm/energy_transport/de/lpi_lv_de1.html)

die wichtige Diskussion über die vor kurzem von der Europäischen Kommission verabschiedete Verkehrspolitik zu lancieren.

Es sollte nicht vergessen werden, dass die Politik der geschützten Ursprungsbezeichnungen darauf abzielt, Produkte einer bestimmten Region als solche aufzuwerten. Andererseits gibt es im Rahmen der Massnahmen für die Entwicklung des ländlichen Raums sowohl Fördermöglichkeiten für Investitionen in die Vermarktung und Verarbeitung vor Ort als auch für andere Orte. Insgesamt kann gesagt werden, dass gewisse Massnahmen zum Tierschutz auch Auswirkungen auf den Verkehr haben. Auch wenn es Massnahmen zur Förderung der Verarbeitung und des Konsums vor Ort gibt, ist dies kein exklusives Ziel, weil es wichtig ist, dass diese Produkte ausserhalb ihres Herstellungsgebietes vermarktet werden können. In touristischen Gebieten mit zwei Saisonen ist es möglich, einen grossen Teil der Käse- und Weinprodukte vor Ort zu konsumieren. Gewisse Berggebiete verfügen aber nicht zwangsläufig über zwei bedeutende Tourismussaisonen, die vor Ort diese Art von Absatzmarkt bieten. Für diese Regionen ist das Vorhandensein von Verkehrsnetzen ein wichtiges Element für die Vermarktung ihrer Produkte.

ANONYM

Ich möchte auf die Frage der Kontingente zurückkommen. Es handelt sich hierbei um eine sehr wichtige Frage, weil derzeit eine gewisse Anzahl von milchverarbeitenden Unternehmen oder Genossenschaften zu wenig Milch haben. Es scheint, dass zum Ausgleich dieses Mankos eine gewisse Menge Milch mehr oder weniger vorschriftsmässig angeliefert wird. Ich denke aber, dass die Abschaffung der Kontingente laut meiner Kenntnis für unsere savoyardische Landwirtschaft dann interessant sein kann, wenn wir unsere Produkte präventiv mittels der geschützten Ursprungsbezeichnung geschützt haben. Ich möchte daher wissen, ob wir wirklich für die Liberalisierung der Kontingente bereit sind.

G. LARRIEU

GESCHÄFTSFÜHRER VON SUACI FRANZÖSISCHE NÖRDALPEN

Ich möchte kurz auf die zwei letzten Fragen zur Kontrolle der Vorschriften der geschützten Ursprungsbezeichnungen in Frankreich (AOC) eingehen.

Bei den AOC ist der Berufsverband (der Verband der Ursprungsbezeichnung) für die Definition des Pflichtenhefts und die Durchführung der Kontrollen verantwortlich. Für die Überprüfung der Einhaltung der Bestimmungen sind nicht die Behörden, sondern der Berufsverband verantwortlich. Wenn der Verband Unregelmässigkeiten feststellt, beantragt er das Eingreifen der Behörden. Diese Organisationsweise ist interessant, weil von den BerufsvertreterInnen verlangt wird, dass sie sich darüber einig sind, was sie machen wollen, dass sie die Bedingungen definieren, in denen sie es machen wollen und dass sie sich dann verpflichten, selbst zu überprüfen, dass diese Bedingungen erfüllt werden. Es ist z.B. schwer vorstellbar, dass die Behörden definieren, was eine AOC ist und dann einen Kontroll- und Überwachungsmechanismus entwickeln, um bei den Produzenten und Käseherstellern zu überprüfen, ob dieser gut eingehalten wird. Im Bereich der Weine handelt es sich hierbei um eine fast hundertjährige Institution und eine gewisse Anzahl von Praktiken führen dazu, dass

es eine Diskrepanz zwischen dem gibt, was im Käsebereich und bei gewissen AOC-Weinen läuft.

PH. DESCAMPS

Weiss man ungefähr, wie viele und welche Art von Kontrollen jährlich z.B. in den französischen Nordalpen durchgeführt werden?

G. LARRIEU

Alle Produzentinnen und Landwirte verpflichten sich, ein Pflichtenheft einzuhalten, in dem Punkt für Punkt die Vorschriften bzgl. Herden, Fütterung... aufgeführt sind. Darüber hinaus gibt es seitens der INAO ein Kontrollkontingent, um regelmässig zu überprüfen, dass die Praktiken auch wirklich dem jeweiligen Pflichtenheft entsprechen.

Dann schafft der berufsübergreifende Verband, der die Milchproduktions-, Käseherstellungs- und Veredelungsbetriebe umfasst (zumindest für Frankreich und Italien gültig), ein Kontrollsystem und entnimmt monatlich mehrere Proben des betroffenen Käses im Warensortiment. Diese werden dann an einen Kontrollausschuss übermittelt, der überprüft, ob das Produkt in Bezug auf Präsentation, Qualität und Geschmack auch wirklich den Kriterien der Ursprungsbezeichnung entspricht. Für Käsesorten gibt es acht bis zehn monatliche Evaluierungen. In Frankreich werden gewisse Eingriffe durch die für die Betrugsbekämpfung zuständigen Behörden getätigt. Diese werden meist auf Märkten oder in Geschäften aktiv. Sie kümmern sich nicht nur um Nahrungsmittel, sondern werden auch auf Anfrage von Fachleuten tätig, die eine Anomalie festgestellt haben.

Es wurde auch die Perspektive der Abschaffung oder zumindest der Weiterentwicklung des Instrumentes der Milchkontingente angesprochen. In den französischen Nordalpen ist dieses Instrument wichtig, weil es ermöglicht hat, die Milch in Sammelgebieten zu erhalten und insbesondere – wenn auch mit sehr vielen Mängeln – die Konzentration der Milchproduktion im Griff zu haben. Wenn die Milchkontingente ohne neue Spielregeln liberalisiert werden (das Haupteinkommen kommt immer noch von der Produktion), kann man sich vorstellen, dass diejenigen wenigen Betriebe, die Milch zu den geringsten Preisen produzieren können, ihre Produktion ausweiten werden. In den Bergen und Tälern ist es kein Problem, Betriebe zu finden, die 600.000 oder 800.000 kg Milch produzieren. Ausserdem ist der Markt mit Qualitätsprodukten nicht erweiterbar und es besteht das Risiko, dass kleine Milchbetriebe keine Milch mehr liefern können. Das Phänomen wurde in Savoyen und Hochsavoyen für diese Sparten durch die Schaffung eines Managementmechanismus auf Departementsebene gelindert. Wenn aber in benachbarten Departementen, wie z.B. dem Departement Isère, wo ein Unternehmen die Kontingente managt, im Sammelgebiet ein abgelegener Betrieb die Milchproduktion einstellt oder ein kleines Kontingent hat, wird das Unternehmen nicht darauf drängen, dieses Kontingent auf diesem Betrieb zu belassen. Es wird es im Sammelgebiet belassen, aber es auf einen in Bezug auf den Produktionsradius besser gestellten Betrieb übertragen. Hier gilt es nicht, sich an die EU zu wenden, sondern das Management und die Umsetzung der von ihr gemachten Vorschläge anzugehen.

ANONYM

Ich möchte nochmals auf die Milchkontingente eingehen. Ich wollte mich in meinem Beitrag weder für ihre Erhaltung, noch für ihre Abschaffung aussprechen. Ich wollte auch nicht sagen, dass es sich um ein Problem der EU handelt, sondern in Erinnerung rufen, dass wir kein Recht haben, die Kontingente als Faustpfand zu nehmen indem wir einfach sagen, dass sie gut sind und die Probleme vor Ort ignorieren. Denken sie z.B. an die französische Region Hautes-Alpes, ein Gebiet mit sehr grosser Abwanderung, wo es nur noch wenige Betriebe gibt. Wenn ein alter Landwirt aufhört, dann braucht es zwei bis drei Jahre, bis sich ein junger Landwirt bzw. eine junge Landwirtin niederlässt, um in diesem Sektor Milch zu produzieren. Während dieser Zeit wird sein Kontingent trotz aller Massnahmen, die auf Verwaltungsebene ergriffen werden können, absteigen und sich in den nicht mehr zugänglichen Reserven wiederfinden. Das ist ein Problem des technischen Managements und man kann es nicht ausräumen, weil man die Kontingente braucht, um die Produktion in den Griff zu bekommen. Wir müssen die Alpen als einen Ort der Erahrung jener Fehler sehen, die gemacht werden können. Wir müssen das Faktum in Frage stellen, dass die Kontingente zu dem Zeitpunkt, an dem sich ein junger Landwirt ansiedelt, nicht zurückgeholt werden können. Das ist ein Verwaltungsproblem, das aus der Abwanderung resultiert.

ANONYM

Für die Landwirtschaft in periurbanen Gebieten wird man auf Ebene der Gebietskörperschaften die Bodenpolitik und den Kauf von Bodenreserven angehen müssen. Das wird wahrscheinlich kostspielig sein, wenn man gewisse Zonen bewahren will. Wird man diesbezüglich eines Tages auf Beihilfen der EU zählen können?

CLAIRE SAUVAGET

Zu den von der EU kofinanzierten Massnahmen zählt derzeit die Flurbereinigung, die relativ breit ausgelegt werden kann. Wenn dies für Sie heisst, dass Sie damit Grundstücke kaufen, die x Jahre auf eine neue Nutzung warten, dann befürchte ich, dass das Probleme aufwirft. Es geht nun darum, zu sehen, ob dies zu den definierten Prioritäten in einem bestimmten Programmplanungsgebiet gehört oder nicht. Aber es liegt nicht an mir, diese Frage zu beantworten.

FRÉDÉRIC DELATRE

SUACI FRANZÖSISCHE NORDALPEN

Frau Sauvaget, Sie haben von Perspektiven in Bezug auf die Weiterentwicklung der GAP gesprochen. Könnten Sie etwas mehr zum Ausgleich zwischen der Marktpolitik (90%) und der Politik der Entwicklung des ländlichen Raums (10%) in Richtung einer Verteilung von 50:50 sagen? Welche Überlegungen werden auf EU-Ebene gemacht, wie sieht der mögliche Inhalt einer neuen Politik für die Entwicklung des ländlichen Raums in fünf oder zehn Jahren aus?

CLAIRE SAUVAGET

Wir haben gerade erst alle Programme für die Entwicklung des ländlichen Raums gutgeheissen, und wir haben noch nicht einmal die Hälfte der Programme für das Management der Gemeinschaftsinitiative LEADER angenommen. In diesem Stadium streben wir v.a. danach, die normale Programmplanung erfolgreich abzuwickeln und nach Vorliegen der entsprechenden Informationen Schlüsse zu ziehen. Es ist verfrüht für eine Aussage darüber, was im nächsten Programmplanungszeitraum gemacht werden wird, da wir uns noch nicht einmal in der Mitte des jetzigen befinden. Die existierenden Mechanismen müssen perfektioniert werden. Wir versuchen, bei jedem Programmplanungs-Zeitraum alle durchgeführten, erfolgreichen und fehlgeschlagenen Aktivitäten zu berücksichtigen und daraus zu lernen.

MONSIEUR ADJOUTE

HAUTES-ALPES

In einem Lösungskatalog haben sie die Weitergabe des kulturellen Wissens angesprochen: Wenn ein Landwirt aufgibt, erfolgt diese Weitergabe ausserhalb der Familie. Könnten Sie diesen Prozess genauer ausführen? Glauben Sie, dass dies in Frankreich angesichts der stark von der Familie geprägten Tradition der Landwirtschaft möglich ist?

PHILIPPE FLEURY

Ich habe vom Ende des Modells des bäuerlichen Familienbetriebs, den in Österreich noch vorhandenen Betriebsstrukturen und den Entwicklungen von Betrieben mit gepachteten Grundstücken gesprochen. In Frankreich beginnen die LandwirtInnen gerade erst, ihren Bezug zum Boden und die Nachhaltigkeit der Produktionsfaktoren anders wahrzunehmen. Es entsteht eine neue landwirtschaftliche Betriebslogik. In anderen EU-Regionen ist der Prozess schon seit zwanzig Jahren in Gang. Ich wolle diese Idee aufzeigen, nicht so sehr den Aspekt der Weitergabe und Schaffung von Betrieben ausserhalb der Familie. Nichtsdestotrotz gibt es in den Regionen, in denen wir arbeiten, immer mehr Menschen, die ausserhalb der Logik der Übergabe innerhalb der Familie Landwirtschaft betreiben.

Schlussansprache

Wie haben Sie die heutige Veranstaltung erlebt, was nehmen Sie mit, welche eindrücklichen Punkte haben sie geprägt?

Ich werde nur einige abschliessende Bemerkungen machen. Die Diskussionen waren interessant, vielleicht bräuchte es aber mehr Zeit, um den Dingen auf den Grund zu gehen.

Mir scheinen in Bezug auf die von der Konferenz angesprochenen Fragen zwei Punkte von Bedeutung:

Erster Punkt: Wie kann die Europäische Union in Bezug auf den Alpenraum aktiv werden? Es wurden einige Fragen angesprochen und mir scheint, dass im Saal ein Konsens darüber gefunden wurde, dass der Alpenraum wahrscheinlich aus verschiedenen Gründen eine besondere öffentliche Intervention verdient. Dies deswegen, weil die dort bestehenden Probleme akut sind bzw., im weiteren Sinn, weil die Alpen als Labor angesehen werden. Die Probleme stellen sich dort auf so zentrale Weise, dass sie nach einer Lösung verlangen, und die selben Probleme müssen auch in anderen Gebieten gelöst werden.

Zweiter Punkt: Wie kann man diese öffentliche Politik umsetzen? Dies war das Thema dieses Vormittags. Ich glaube nicht, dass wir diese Frage ausdiskutiert haben, weil noch viele Hindernisse beseitigt werden müssen. Ich möchte hierzu drei Bemerkungen machen:

Erstens ist die EU eine Struktur mit zwischenstaatlichen Bindungen. Ihre Ansprechpartner sind die Staaten und sie kann natürlich nicht wirklich darüber hinausgehen. Sie kann also nicht ohne Zustimmung der Staaten auf regio-



FRANÇOISE GERBAUX

PROFESSORIN AM INSTITUT FÜR
POLITISCHE STUDIEN IN
GRENOBLE

naler Ebene tätig werden.

Zweitens scheint mir wichtig zu definieren, von welchem Gebiet wir sprechen. Im französischen wird hierzu der Begriff „territoire“ verwendet. Was genau verstehen wir unter „territoire“? Das passende Gebiet? Die lokale Ebene, die Bezirksebene, grössere Regionen? Im Französischen werden in der Politikwissenschaft durch den Begriff „territoire“ vier Arten von Gebieten abgedeckt:

- Erstens: Das Staatsgebiet, das Verwaltungseinheiten mit staatlichen Behörden umfasst.
- Zweitens: Gebiete mit politischer Vertretung, d.h. jene Gebiete, für die die BürgerInnen politische VertreterInnen wählen. Es gibt in den 15 EU-Mitgliedsstaaten und den Alpenländern eine ganze Reihe derartiger Gebiete. In Frankreich sind diese Gebiete aufgrund der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit der „pays“ (Gegenden) und der Agglomerationen in vollem Umbruch. Sie entsprechen weitgehend den Verwaltungseinheiten, aber es gibt dennoch zwei Machtzentren: Die staatlichen Behörden und die Gebietskörperschaften.
- Drittens: Das viel kompliziertere Gebiet der sozialen, kulturellen und ethnischen Zugehörigkeit. Es entspricht absolut nicht den zwei vorhergehenden Arten von Gebieten. Das Beispiel Ex-Jugoslawiens zeigt gut auf, dass das manchmal ein Problem für die administrativen und politischen Gebiete darstellt.
- Viertens: Die Gebiete der öffentlichen Politik. Sie wurden durch die Interventionssektoren Umwelt, Landwirtschaft, usw. geprägt. Man versucht nun, nicht mehr sektoral, sondern gebietsbezogen vorzugehen. Das Problem liegt darin, zu wissen, ob die Gebiete der öffentlichen Politik völlig den administrativen oder politischen Gebieten entsprechen oder im Gegenteil von ihnen verschieden sein sollen. In Frankreich ist heute Zweiteres der Fall; es gibt Abgrenzungen, die der öffentlichen Politik entsprechen (ländliche Gebiete, Küstengebiete, Berggebiete...).

Was also soll mit dem Alpenraum passieren? Hier liegt das Problem. Was kann man von der EU verlangen? Das ist Diskussionsgegenstand, weil wir uns in einer Zeit der Umwälzungen befinden.

Ich möchte eine letzte Bemerkung dazu machen, was man von der EU verlangen kann. Sie hat zwar eine gewisse Anzahl von Instrumenten zur Verfügung gestellt und in ihrer öffentlichen Politik gebietsbezogene Ansätze gewählt, das Problem liegt aber beim Zugang zu diesen Mitteln oder Instrumenten.

Nicht alle haben denselben Zugang, und dies gilt insbesondere für die Landwirtschaft. Es gibt heute eine grosse Zahl von Beihilfen in den Bereichen Entwicklung des ländlichen Raums und Landwirtschaft. Die EU schlägt ein neues Agrarmodell vor und nicht alle, die Modelle einer alternativen Landwirtschaft vorschlagen wollen, haben Zugang zu landwirtschaftlichen Förderungs-Beiträgen, weil es Normen gibt. Es gibt Verbände, die eine gewisse Macht haben und immer noch eine gewisse Anzahl von Etappen oder Instrumenten verwalten. In den Landwirtschaftskammern liegt die Macht in den Händen gewisser Organisationen und es haben nicht alle Zugang. Dies gilt insbesondere für diejenigen, die Alternativvorschläge ver-

treten. Dieser letzte Punkt ist meiner Meinung nach kompliziert.

Wir fragen uns alle, wie wir die Beziehungen zwischen administrativen Gebieten, politischen Gebieten, Gebieten kultureller oder sozialer Zugehörigkeit und Gebieten öffentlicher Aktivität so unkompliziert wie möglich gestalten können. Wie soll die Zusammenarbeit organisiert werden? Herr Kapriélian hat davon gesprochen, dass es INTERREG, LEADER, ... gibt, aber ich denke, dass wir vor dem Problem der Demokratie stehen. Was kann getan werden, damit die BürgerInnen Zugang zur EU-Politik haben?

Wir haben in Bezug auf die Zusammenarbeit der verschiedenen Regierungsebenen und auf den Zugang zu den Instrumenten der EU noch einen langen Weg und viel Arbeit vor uns.

Die Autorinnen und Autoren

ENRICO BORGHI

Geboren 1968, studierte Politikwissenschaft und internationales Recht an der Universität Pavia, arbeitet in Verbadia als Betriebsberater. Er ist Eigentümer eines Unternehmens, das sich auf die Unterstützung von Entwicklungsprogrammen für Klein- und Mittelunternehmen spezialisiert hat.

Er wurde im Alter von 23 Jahren in Vogogna in den Gemeinderat gewählt. Als Oppositionsvorsitzender schlug er mit Erfolg einen politisch-administrativen Kurs ein, der auf die Verankerung der Moral in der öffentlichen Verwaltung und die Korrektur des politischen Verhaltens abzielte.

Er ist seit 1995 Bürgermeister von Vogogna und hat sich dort bei der Lancierung einer Reihe von konkreten Projekten für die Neubelebung der städtischen Kultur engagiert. Diese Projekte erzielten in den Bereichen Erhaltung des historisch-architektonischen Erbes, Tourismus, produktive Aktivitäten und Unterstützung für Unternehmen und den Dienstleistungssektor sowie Umwelt und Schule beachtliche Ergebnisse.

Er ist seit 19. April 2000 Präsident des italienischen Berggemeindevereins UNCEM (Unione nazionale comuni, comunità, enti montani).

Enrico Borghi UNCEM Via Palestro, 30 I-00185 Roma

Tel. +39 06/4441382 Fax. +39 06/4441621

E-mail: uncem.nazionale@tiscalinet.it

PHILIPPE FLEURY

Geboren am 26. September 1958, promovierte 1994 an der nationalen technischen Hochschule in Lothringen (Institut National Polytechnique de Lorraine) im Bereich Agronomie. Er schloss je ein Aufbaustudium (DEA) „Geographie, Ökologie und Raumordnung in Berggebieten“ in Grenoble und der Hochschule für Sozialwissenschaften (Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales) in Paris ab.

Er ist seit Januar 1998 Projektleiter des Berggebietsdienstes der Landwirtschaftskammern Savoyen, Hochsavoyen und Isère (SUACI-GIS französische Nordalpen) und koordiniert Forschungs- und Entwicklungsprogramme zum Thema Landwirtschaft und nachhaltige Entwicklung (nationale und internationale Ebene). Er ist zudem wissenschaftlicher Experte der Europäischen Kommission zum Thema

Entwicklung des ländlichen Raums im Rahmen des 4. und 5. Rahmenprogramms für Forschung und Entwicklung in den Bereichen Landwirtschaft und Fischerei.
Er unterrichtet verschiedene Fächer (Agronomie, Umwelt, Ökologie, Entwicklung des ländlichen Raums) und ist Mitglied mehrerer wissenschaftlicher Ausschüsse (regionaler Naturpark Chartreuse, Institut für Naturräume der Region Rhône-Alpes...).

Philippe Fleury SUACI-GIS Alpes du Nord 11 rue Métropole F-73000 CHAMBERY
Tel. +33 (0)4 79 70 77 77 Fax. +33 (0)1 79 85 07 79
E-mail: fleury.gis@wanadoo.fr

FRANÇOISE GERBAUX

Forschungsbeauftragte am staatlichen französischen Forschungsinstitut CNRS (Zentrum für Politik, Verwaltung, Stadt und regionale Fragen CERAT), Institut für politische Studien (IEP) zur allgemeinen Thematik des regionalen Zugangs („territorialisation“) in der öffentlichen Politik.

- Forschungsarbeiten zur Bergpolitik im Alpenraum und insbesondere zur französischen Politik. Ihre Arbeit umfasst das Studium von Fragen der Landwirtschaft, des Tourismus, der Umwelt, der Beschäftigung und der Pluriaktivität.
- Evaluierung der öffentlichen Politik: Teilnahme an den Arbeiten des staatlichen Gremiums zur Evaluierung der französischen Berggebietspolitik am staatlichen Planungskommissariat (Commissariat général du Plan) (1997-99).

Françoise Gerbaux CERAT-IEP de Grenoble – BP48 F-38040 GRENOBLE cedex 9
Tel. +33 (0)4 76 82 60 73 – fax. +33 (0)4 76 82 60 98
E-mail: francoise.gerbaux@upmf-grenoble.fr

PHILIPPE KAPRIÉLIAN

38 Jahre. Verwalter bei der Europäischen Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik, Dienststelle für die Koordination der Interventionen und die Kohärenz mit anderen Gemeinschaftspolitiken. Aufgabengebiete:

- Fragen in Bezug auf Berggebiete,
- Kohärenz mit der Landwirtschaftspolitik und der Entwicklung des ländlichen Raums, der Fischereipolitik, der Verkehrs- und Energiepolitik,
- Koordination des Kohäsionsfonds,
- Betreuung der EFRE-Interventionen in Frankreich.

Co-Organisator der Konferenz „Die Politiken der Gemeinschaften und die Berggebiete“ in Brüssel im Oktober 2002.

Teilnahme an Arbeiten über die Zukunft des Kohäsionsfonds im Hinblick auf die Erweiterung der Europäischen Union.

Philippe Kapriélian, Generaldirektion Regionalpolitik
Unité de coordination des interventions et de la cohérence avec les autres politiques communautaires
Europäische Kommission, GD Regionalpolitik, B-1049 Bruxelles
E-mail: Philippe.Kaprielian@cec.eu.in

GÉRARD LARRIEU

Geschäftsführer des Berggebietsdienstes der drei Landwirtschaftskammern Savoyen, Hochsavoyen und Isère (SUACI Alpes du Nord) und Sekretär der wissenschaftlichen Interessengemeinschaft französische Nordalpen (GIS Alpes du Nord).

Aufgabe von SUACI ist die Definition der Position der Landwirtschaft in den Alpen im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung der Alpen. Zu diesem Zweck entwickelt der SUACI Interventionen für die derzeitige und künftige Berggebietspolitik, die Vermarktung von Bergprodukten und den Aufbau von Beziehungen zwischen Landwirtschaft, Umwelt und der betroffenen Region.

Zur Umsetzung seiner Aufgabe stützt sich der SUACI auf:

- Forschungs- und Entwicklungsarbeiten unter Federführung der GIS französische Nordalpen, deren Koordinationssekretariat er betreut.
- ein Netz von VertreterInnen der einzelnen Landwirtschaftszweige und der regionalen Landwirtschaftskammern
- Beziehungen und Programme mit Partnern jenseits der Grenze (Aosta, Piemont, Schweiz) und aus dem gesamten Alpenraum
- ein Team von etwa 12 IngenieurInnen mit komplementären Kompetenzen (Agronomie, Zoologie, Mikrobiologie, Wirtschaft, Marketing, Recht und Soziologie).

SUACI montagne Alpes du Nord 11 rue métropole – F-73000 Chambéry

Tel.: 33 04 79 70 77 75 Fax: 33 04 79 85 07 79

E-mail: glarrieu@suacigis.com

MANFRED PILS

Geboren 1954 in Wien, studierte Soziologie und Informatik an der Universität Wien. Von 1981 bis 1992 war er Chefredakteur der Zeitschrift „Naturfreund – Magazin für Freizeit und Umwelt“; seit 1992 ist er Generalsekretär der Naturfreunde Internationale, dem Zusammenschluss aller Naturfreundevereine. In dieser Funktion ist er für zahlreiche Projekte wie „Landschaft des Jahres“, „Blaue Flüsse für Europa“, „Grüne Wege für die Zukunft“ und das Projekt „Eco-Tour - ökologische Tourismusangebote auf dem Internet“ verantwortlich.

Im Mittelpunkt seiner zahlreichen Publikationen stehen der nachhaltige Tourismus und die ökologische Regionalentwicklung. Er ist Mitglied des Koordinationsgremiums der acht europäischen Umweltorganisationen in Brüssel („Grüne 8“), des Vorstandes des Instituts für Integrativen Tourismus (IITF) in Wien, des Vorstandes des Vereins „Ökologischer Tourismus in Europa“ (ÖTE) in Bonn und des Europäischen Partnernetzes für nachhaltigen Tourismus in Europa (ECOTRANS). Er ist ebenfalls Mitglied beratender Gremien der EU in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus.

Manfred Pils, Diefenbachgasse 36, A-1150 WIEN

Tel. +431 892 38 77 Fax. +431 812 97 89

E-mail: nfi@nfi.at

www.nfi.at

CLAUDE RAFFESTIN

Seit 1968 Doktor der Wirtschaftswissenschaften, ordentlicher Professor an der Universität Genf in der Disziplin „Städtebau und Raumordnung“.

Mitglied verschiedener Universitätsausschüsse, so z.B. im Jahr 2001 des Ausschusses für die Wirtschaftsfreiheit.

Experte des staatlichen französischen Forschungsinstituts CNRS und seit 1996 Mitglied des interdisziplinären Forschungsprogramms für Städte (PIR) am staatlichen französischen Forschungsinstitut CNRS.

In den siebziger und achtziger Jahren Mitwirkung in mehreren Ausschüssen des Staats Genf zu wirtschaftlichen und sozialen Problemen. Vom Staatsrat des Kantons Waadt als Experte zum Bericht des Vereins des Mittellands angefragt.

Verfasser von Dutzenden Artikeln für die nicht wissenschaftliche Presse; Teilnahme an zahlreichen Radio- und Fernsehsendungen zu wissenschaftlichen und nicht wissenschaftlichen Problemstellungen; Teilnahme an mehr als hundert Konferenzen zu wissenschaftlichen Themen in zahlreichen Ländern.

Pensionierung im Herbst 2001 – emeritierter Professor an der Universität Genf

Claude Raffestin, rue Calvin 7, CH-1204 Genf

E-mail: craffestin@hotmail.com

CLAIRE SAUVAGET

Generalinspektorin für Landwirtschaft, Hauptverwalterin (Bedienstete auf Zeit) der Generaldirektion Landwirtschaft der Europäischen Kommission, Dienststelle F.3 (Kohärenz der Entwicklung des ländlichen Raums).

Diplomierte 1977 an der nationalen französischen Verwaltungshochschule (Ecole nationale d'administration).

Letzte Anstellung in der französischen Verwaltung: Generalinspektorin für Landwirtschaft, bei der Generalinspektion des Ministeriums für Landwirtschaft und Fischerei (01.04.93).

Seit 16. April 2000 Hauptverwalterin bei der Generaldirektion Landwirtschaft (Koordination der Entwicklung des ländlichen Raums).

Claire Sauvaget, GD Landwirtschaft – Europäische Kommission, 200, rue de la Loi, B-1049 BRÜSSEL

ERWIN STUCKI

Verantwortlicher der Westschweizer Zweigstelle des Instituts für Agrarwirtschaft an der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH Zürich) (Schweiz)

Die Forschungen der Westschweizer Zweigstelle haben zwei thematische Hauptausrichtungen:

- integrierte Regionalentwicklung ländlicher Gebiete (in der Schweiz und Europa, insbesondere in den Berggebieten);
- Wettbewerbsfähigkeit des Nahrungsmittelsektors und Förderung von Qualitätsprodukten.

Der im Auftrag der Behörden des Kantons Wallis ausgearbeitete Bericht „Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Walliser Landwirtschaft“, zeigt einige der neuesten Fortschritte der interdisziplinären Forschungsgruppe an der Westschweizer Zweigstelle auf. Er konkretisiert die Konzeption der nachhaltigen Entwicklung im Bereich der Berglandwirtschaft (siehe <http://www.agrivalais.ch>).

Erwin Stucki

Tel. +41 21 693 57 11 Fax. +41 21 693 57 17

E-mail: erwin.stucki@iaw.agrl.ethz.ch

<http://www.iaw.agri.ethz.ch>

Die CIPRA setzt Akzente

Die Internationale Alpenschutzkommission CIPRA arbeitet für eine nachhaltige Entwicklung in den Alpen. Sie setzt sich für die Erhaltung des Natur- und Kulturerbes, für die Erhaltung der regionalen Vielfalt und für Lösungen grenzüberschreitender Probleme im Alpenraum ein. Dabei verfolgt sie einen ganzheitlichen Ansatz, der all diese Aspekte zusammen führt.

In unserem Kommunikationszeitalter ist es essentiell, mit der Informationsflut professionell umzugehen und den Überblick zu wahren. Die CIPRA arbeitet an der Aufbereitung eines mehrsprachigen und grenzüberschreitenden Informationsflusses im gesamten Alpenraum. Diese Informationsdrehscheibe erreicht Entscheidungsträger genauso wie jene Menschen, die vor Ort für eine „nachhaltige Entwicklung“ arbeiten – ein Konzept, für das sich die CIPRA seit langem einsetzt. Wir arbeiten an der Umsetzung dieser Idee, mit Hilfe von Publikationen und durch konkrete Projekte. Dabei ergänzen sich verschiedene Aktionsebenen:

Die CIPRA-Website (www.cipra.org) ist in den vier Hauptsprachen der Alpen (Deutsch, Französisch, Italienisch und Slowenisch) verfügbar.

Das CIPRA-Info, ein Heft von rund 20 Seiten, erscheint vierteljährlich ebenfalls auf Deutsch, Französisch, Italienisch und Slowenisch. Darin wird über einzelne Schwerpunktthemen ebenso informiert wie über Projekte und Entwicklungen in den Alpenländern im Bereich der nachhaltigen Entwicklung.

Der Alpenreport (Band 1 1998, Band 2 2001) erscheint ebenfalls in vier Sprachen und bringt auf über 900 Seiten Beiträge von anerkannten AutorInnen zu brennenden ökologischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aspekten.

Weitere CIPRA-Publikationen beleuchten ausgewählte und aktuelle Themen, u.a.
„Wintersport-Grossveranstaltungen in den Alpen“, „Trendsportarten“,
„Die letzten naturnahen Flüsse“, „Energiezukunft Alpen“

Die Sommerakademie „Brennpunkt Alpen“ findet jedes Jahr in Schaan/Liechtenstein statt. Neben einem dreiwöchigen und thematisch sehr breiten Basislehrgang gibt es zusätzlich einen optionalen vertiefenden Seminar- und Projektteil.

Im Gemeindefeldnetzwerk „Allianz in den Alpen“ arbeiten weit über 100 Gemeinden im gesamten Alpenraum an der konkreten Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung und tauschen Erfahrungen aus. Die CIPRA gab den Anstoss zur Gründung dieses Netzwerks.

www.alpmedia.net ist eine umfassende Informationsquelle für alpenrelevante Themen und für die Alpenkonvention. Die Website steht in 5 Sprachen zur Verfügung.

ADRESSEN

CIPRA-International
Im Bretscha 22, FL-9494 Schaan,
Tel. 00423-237 40 30, Fax. 00423-237 40 31,
e-mail: cipra@cipra.org
web: www.cipra.org

NATIONALE VERTRETUNGEN

CIPRA-Österreich
c/o Umweltdachverband, Alserstrasse 21/1/5, A-1080 Wien,
Tel.: 0043-1-40 113-36/34, Fax: 0043-1-40 113-50,
e-mail: cipra@umweltdachverband.at
web: www.umweltdachverband.at/cipra

Alpenkonventionsbüro der CIPRA-Österreich
c/o Oesterreichischer Alpenverein, Wilhelm-Greil-Str. 15,
Postfach 318, A-6010 Innsbruck,
Tel.: 0043-512-595 47 43, Fax.: 0043-512-595 47 40
e-mail: streicher.cipra@alpenverein.at

CIPRA-Schweiz
Hohlstrasse 489, CH-8048 Zürich,
Tel.: 0041- 1- 431 27 30, Fax: 0041-1- 430 19 33,
e-mail: cipra@cipra.ch

CIPRA-Deutschland
Heinrichgasse 8, D-87435 Kempten/Allgäu,
Tel.: 0049 831 520 95 01, Fax: 0049 831 18 024,
e-mail: info@cipra.de
web: www.cipra.de

CIPRA-Liechtenstein
c/o LGU, Im Bretscha 22, FL-9494 Schaan,
Tel.: 00423-232 52 62, Fax: 00423 237 40 31,
e-mail: lgu@lgu.li
web: www.lgu.li

REGIONALE VERTRETUNG

CIPRA-Südtirol
c/o Dachverband für Natur- u. Umweltschutz, Kornplatz 10,
I-39100 Bozen
Tel.: 0039-0471 97 37 00, Fax: 0039-0471 97 67 55,
e-mail: info@umwelt.bz.it
web: www.umwelt.bz.it

FÖRDERNDES MITGLIED

Nederlandse Milieugroep Alpen
Keucheniushof 15
NL-5631 NG Eindhoven
telefoon 040 - 2814784
e-mail: info@nmga.bergsport.com

Gedruckt auf Recyclingpapier

ISBN 3-906521-48-6

© CIPRA 2001

Die Organisation und Veranstaltung der Konferenz sowie die Publikation des Tagungsbandes wurden durch die finanzielle Unterstützung folgender Institutionen ermöglicht:

Französisches Ministerium für Ökologie und nachhaltige Entwicklung

Region Rhône-Alpes

Region PACA

Parlament des Departements Savoyen

Stadt Chambéry

